

WISO



WISO - Wirtschafts- und sozialstatistische Informationen

ZEITLEISTE: Das aktuelle wirtschaftspolitische Geschehen

ÜBERBLICK: Der Tiroler Arbeitsmarkt im dritten Quartal 2014

WISO WISSEN: Arbeitslosenraten: nationale vs. EU-Methode

WISO WESHALB: Freihandel EU - USA? Warum TTIP höchst problematisch ist.

WISO TAX: Wer ist Alleinverdiener im steuerrechtlichen Sinn?

WISO LOKAL: Aufgaben der Gemeinde: Behörde und Unternehmen

Brennpunkt Treibstoff: Mehrkosten für Tiroler Autofahrer

Online-Handel: Fluch oder Segen?

IN ZAHLEN: Zahlen und Fakten zur wirtschaftlichen Lage

WISO - WIRTSCHAFTS- und SOZIALSTATISTISCHE INFORMATIONEN
Ausgabe 2015/ I
Arbeiterkammer Tirol

Kontakt:
Mag. Armin Erger
Wirtschaftspolitische Abteilung
armin.egger@ak-tirol.com
0800 - 22 55 22 DW 1453



AK-Präsident Erwin Zangerl

Liebe Leserin, lieber Leser,

Mit Beginn des Jahres 2015 meldet sich das WISO wieder mit einer Reihe relevanter Artikel zum aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Geschehen zurück.

Die Arbeitsmärkte werden auch 2015 im Fokus stehen. In der Europäischen Union gibt es nach wie vor beinahe 25 Millionen Arbeitslose. Dazu kommt, dass sich die Struktur der Beschäftigung in den europäischen Ländern verschiebt, auch in Österreich: Teilzeit statt Vollzeit lautet der Trend.

Der Tiroler Arbeitsmarkt wird genau unter die Lupe genommen: mehr Beschäftigung, aber auch mehr Arbeitslosen. Sie finden Ergebnisse zu allen Tiroler Bezirken.

Worin unterscheiden sich die Arbeitslosenraten nach nationaler, österreichischer Methode und der Methode der EU? Dieses Hintergrundwissen ist wichtig, um wichtige Arbeitsmarktdaten richtig zu verstehen.

Das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA wird derzeit im Geheimen verhandelt. Viele Punkte daran sind äußerst kritisch zu sehen.

Wer ist im steuerrechtlichen Sinn ein Alleinverdiener? Vielleicht steht Ihnen beim Steuerausgleich der Alleinverdienerabsetzbetrag zu?

Die Gemeinden erfüllen eine Vielzahl von Aufgaben. Wann tritt die Gemeinde als Behörde, wann als Unternehmerin auf. Wir erklären die rechtlichen Unterschiede.

Die Tirolerinnen und Tiroler zahlen systematisch mehr für das Tanken als der Rest Österreichs. Wir haben die Situation analysiert.

Immer mehr Menschen kaufen im Internet ein. Wie ist der Onlinehandel wirtschaftlich zu bewerten? Wer profitiert ökonomisch, wie sieht die ökologische Bilanz aus?

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

WISO 2015 I

Inhalte

Zeitleiste: Im Wandel	S. 5
Die europäischen Arbeitsmärkte auf dem Weg in die Teilzeitgesellschaft	
Überblick: Der Tiroler Arbeitsmarkt	S. 22
Das Tiroler Arbeitsmarktgeschehen im dritten Quartal 2014	
WISO WISSEN: Arbeitslosenquoten	S. 32
Nationale vs. EU-harmonisierte Arbeitslosenrate	
WISO WESHALB: Freihandel EU - USA?	S. 34
Warum das Freihandelsabkommen TTIP höchst problematisch ist	
WISO TAX: Wer ist Alleinverdiener?	S. 40
Alleinverdienerinnen und -verdiener im steuerrechtlichen Sinn	
WISO LOKAL: Aufgaben der Gemeinde	S. 42
Wann ist eine Gemeinde Behörde, wann Unternehmerin?	
FACHARTIKEL: Brennpunkt Treibstoff	S. 46
Abschätzung der Mehrkosten für Tirols Autofahrer auf Basis des Absatzes und der Preise	
FACHARTIKEL: Online-Handel	S. 54
Ein ökonomischer Fluch oder Segen	
In Zahlen: Zahlen und Fakten zur wirtschaftlichen Lage	S. 59
Das dritte Quartal 2014	



cc: Tobi Gaulke

Im Wandel

Die europäischen Arbeitsmärkte auf dem Weg in die Teilzeitgesellschaft

Seit 2009, seit dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise in die Realwirtschaft, befindet sich Europa und die europäische Wirtschaft in einem offensichtlich krisenhaften Zustand: der europäische Wirtschaftsmotor kommt nicht recht in Schwung und Konjunkturprognose müssen regelmäßig nach unten korrigiert werden. Aus einer Perspektive heraus, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, bleibt die schwierige Lage am Arbeitsmarkt der Kern des Problems. Im dritten Quartal 2014 waren in der EU fast 25 Millionen Menschen ohne Arbeit. Zwar reduzierte sich die Zahl der Arbeitslosen im Jahresvergleich um 1,8 Millionen Menschen, aber von einer tiefgreifenden Erholung kann noch lange nicht gesprochen werden.

Denn auch die Struktur des europäischen Arbeitsmarktes verändert sich. Die europäischen Arbeitswelten orientieren sich immer mehr in Richtung Teilzeit. In besonderem Maße gilt dies für die Länder der Eurozone: in ihnen steht eine stagnierende Vollzeitbeschäftigung einer deutlich zunehmenden Teilzeitbeschäftigung gegenüber.

Österreich ist dafür ein gutes Beispiel. Während zwar die Beschäftigtenzahlen zunehmen, bleibt die Zahl

der insgesamt geleisteten Arbeitszeit gleich. Das heißt, ein konstantes Ausmaß an Arbeit wird auf immer mehr Köpfe verteilt. Gegen Teilzeitarbeit ist prinzipiell nichts einzuwenden, aber in unseren derzeitigen Systemen der öffentlichen Finanzierung und der sozialen Sicherung bringt sie längerfristig Nachteile: einerseits einen geringeren Pensionsanspruch in der Zukunft, andererseits eine relative Verkleinerung der Steuerbasis, da sehr viele der Teilzeitbeschäftigten keine Lohn- oder Einkommenssteuer zahlen. Das ist solange vergleichsweise wenig problematisch, solange es sich um zusätzliche Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsmarkt handelt.

Längerfristig kann es zu einem vermehrten Auftreten von Altersarmut kommen, wenn etwa Erwerbskarrieren immer fragmentierter werden und lange Phasen in Teilzeitarbeit enthalten. Außerdem kann für die öffentliche Hand Druck entstehen, Verbrauchssteuern zu erhöhen oder einzuführen. Diese wirken aber sozial unausgeglichen, da sie die niedrigen Einkommensschichten stärker betreffen.

Die Arbeitsmärkte steuern auf ein Dilemma zu, das uns noch lange beschäftigen wird.



International

USA

Das Ende des Quantitative Easing: die amerikanische FED dreht den Geldhahn zu

Mit Ende Oktober 2014 ließ die US-amerikanische Zentralbank FED die dritte Phase des „Quantitative Easing“ (QE3), d.h. des massiven Anleihenkaufprogramms seit 2009 auslaufen. 2009 eingeführt, kaufte die FED mit neu geschöpftem Geld seit 2009 im großen Stil US-amerikanische Staatsanleihen und andere öffentliche Papiere, um damit die krisengeschüttelten Finanzmärkte zu stützen, Zinsen zu senken und die Preise für Kapitalwerte zu erhöhen.

Zwischen 2009 und 2014 wurden Anleihenkäufe in der Höhe von rund drei Billionen Dollar getätigt und die Bilanz der FED auf mehr als vier Billionen Dollar aufgeblasen. Das Programm QE3 wurde im September 2012 mit Anleihenkäufen in der Höhe von 40 Milliarden Dollar im Monat gestartet. Diese Summe wurde allerdings bereits im Dezember 2012 auf 85 Milliarden Dollar im Monat angehoben. Im Juni 2013 wurde ein Ende der Anleihenkäufe erstmals angekündigt und damit begonnen, die Käufe schrittweise zurückzufahren. Zuletzt wurden etwa 12 Milliarden Dollar pro Monat in die Märkte gepumpt.

Die Frage ist, ob die verschiedenen QE-Programme seit 2009 erfolgreich waren? Untersuchungen ergeben, dass QE aller Wahrscheinlichkeit nach die Kosten der Kreditvergabe gesenkt hat, damit

Beendete das langjährige Kaufprogramm für US-Staatsanleihen mit dem Milliardenbeträge in die amerikanische Wirtschaft gepumpt wurden: FED-Chefin Janet Yellen.

einen Nachfrageeffekt erzeugen konnte und dadurch die volkswirtschaftliche Gesamtproduktion erhöht hat. Eine Studie der Bank of England kam zu dem Schluss, dass die US-amerikanische FED für jedes Prozent des BIP, das sie für Anleihen und staatlich gestützte Wertpapiere ausgab, die gesamtwirtschaftliche Produktion und die Inflation um jeweils einen Drittel Prozentpunkt anheben konnte.¹ Kritiker der QE-Programme wenden dagegen ein, dass die Öffnung der Geldschleusen durch die Zentralbank und die dadurch verursachten Niedrigzinsen, Investorinnen und Investoren einen Anreiz gegeben habe, auf der Suche nach Erträgen, in immer risikoreichere Anlagepapiere zu investieren und damit die Stabilität des Finanzsystems beeinträchtigt habe. Außer-



¹ vgl. The Economist (01. November 2014), S. 73

dem wenden Kritiker ein, dass die Anleihenkaufprogramme der FED die Vermögensverteilung in den USA ungleicher gemacht habe. Die FED habe durch ihre Kaufprogramme die Preise für Anleihen steigen lassen. Personen, die Anleihen halten, wurden durch die steigenden Preise vermögender. In der Regel handelt es sich bei den Anleihenbesitzerinnen und –besitzern jedoch um Personen, die bereits vorher einen gewissen Vermögensbestand aufwiesen.²

Niederlage für Obama: die Mid-term-Elections 2014

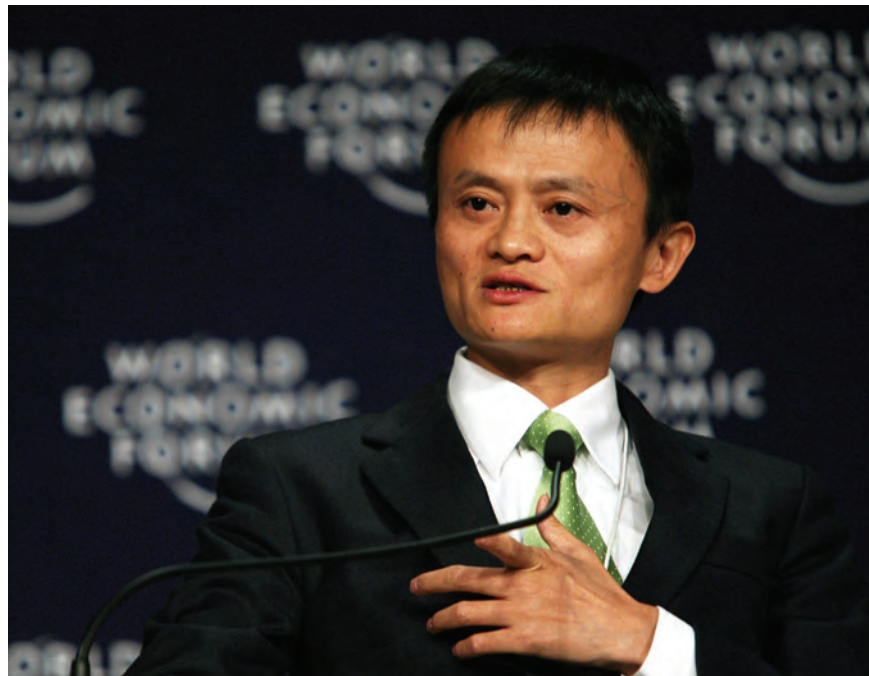
Die Midterm-Elections in den USA im November 2014 brachten eine schwere Niederlage für die demokratische Partei. Gewählt wurde in drei Bereichen. Im Senat wurden 36 der 100 Sitze neu gewählt, wobei die Republikaner acht Sitze zusätzlich erobern konnten (möglicherweise neun, da in Louisiana im Dezember 2014 noch Stichwahlen stattfinden). Die Republikaner gewannen mit ihren nun 53 Sitzen die Mehrheit im Senat zurück. Im Repräsentantenhaus, dessen 435 Sitze zur Gänze zur Neuwahl standen, konnten die Republikaner ihre bereits bestehende Mehrheit auf 234 Sitze ausbauen (+ 12 Sitze). Parallel dazu fanden auch Gouverneurswahlen in 34 Bundesstaaten der USA statt. Auch hier konnten die Republikaner Zugewinne verbuchen und stellen nun 31 der 50 Gouverneursposten in den USA.

China

Chinas Wirtschaft im Wandel

Nach der Machtübernahme von Xi Jinping als Staatspräsident und Generalsekretär der Kommunistischen Partei setzt die chinesische Wirtschaft ihren Strukturwandel weiter fort.

Während Chinas Exportindustrie in den letzten Jahrzehnten enorme Handelsüberschüsse erzielte, soll nun die Abhängigkeit des Landes von Exporten durch einen verstärkten Binnenkonsum gesenkt werden. Der Strukturwandel und das generelle Abkühlen der Weltwirtschaft sorgen dafür, dass zweistellige



Jack Ma Yun, der Gründer und CEO von Alibaba. Die chinesische Onlinhandelsplattform legte im September 2014 den größten Börsengang aller Zeiten hin.

Wachstumsraten wohl der Vergangenheit angehören. Im 3. Quartal 2014 blieb die Volksrepublik dementsprechend mit einem Wachstum von 7,3% leicht hinter den Erwartungen zurück.³

Wirtschaftliche Liberalisierung schreitet voran

Mit der Errichtung einer weiteren Freihandelszone in Chinas führender Wirtschaftsmetropole Shanghai sorgte die Zentralregierung im Herbst 2013 für eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Strukturwandels. Es soll ein Experiment sein, ein Pilotprojekt das je nach Erfolg auf andere Landesteile ausgedehnt werden könnte. Konkret soll es vor allem ausländischen Firmen erleichtert werden ihre Geschäfte im Reich der Mitte voranzutreiben. Das Projekt sieht den Abbau von Bürokratiehemmnissen zur Unternehmensgründung vor, zudem sollen Beschränkungen für ausländische Investoren und sogar die Internetsensur gelockert werden. Chinesische Firmen sollen verstärkt Zugriff auf Geld ausländischer Banken haben, zudem könnten in Zukunft sogar Kredit- und Sparzinsen nicht mehr staatlicher Regulierung unterliegen und somit frei festgelegt werden.⁴

Ein wichtiger Schritt in Richtung Liberalisierung der chinesischen Währung Renminbi wurde schlussendlich Anfang 2014 vollzogen. Bis zum Herbst soll der direkte Handel zwischen dem Euro und der chine-

¹ vgl. The Economist (01. November 2014), S. 73

² vgl. ebda.

³ vgl. Handelsblatt (13. September 2014)

⁴ vgl. Germany Trade & Invest (17. April 2014)



Wird bald auch über den Finanzplatz Frankfurt gehandelt: die chinesische Währung Renminbi.

sischen Währung möglich sein. In Zukunft können Zahlungen zwischen europäischen und chinesischen Unternehmen direkt über den Finanzplatz Frankfurt abgewickelt werden. Bisher erfolgte die Abwicklung solcher Geschäfte meist über Hongkong. Durch die Zeitverschiebung von sieben Stunden war es mitteleuropäischen Firmen bislang nur am Vormittag möglich, Bankgeschäfte zu tätigen. Außerdem wurden Verträge zwischen europäischen und chinesischen Firmen über US Dollar abgewickelt, d.h. es musste beispielsweise ein deutscher Geschäftspartner Euro in Dollar wechseln, um seine Schuld bei einem chinesischen Geschäftspartner zu begleichen und dieser musste die Dollar dann wieder in Renminbi umwechseln.

Der Wegfall dieses Dollar-Zwischenschrittes und die Möglichkeit europäischer Firmen in derselben Zeitzone über Frankfurt Geschäfte mit chinesischen Firmen abzuschließen, sollten nicht nur europäischen Firmen neue Perspektiven ermöglichen sondern auch chinesischen Firmen den Zugang zum europäischen Markt erleichtern.⁵

Alibaba feiert märchenhaften Einstieg an der Wall Street

In der westlichen Welt bis vor kurzem wohl noch gänzlich unbekannt versetzte im September 2014 der Börsengang des chinesischen Onlinehandel-Riesen

„Alibaba“ die Finanzwelt weltweit in Staunen. Mit Einnahmen von rund 25 Milliarden US-Dollar feierte das Unternehmen an der New York Stock Exchange den größten Börsengang aller Zeiten und sorgte bereits an seinem ersten Handelstag für ein wahres Kursfeuerwerk. Doch was steckt eigentlich hinter Alibaba? Im Vergleich zu anderen Mitstreitern im Onlinehandel deckt Alibaba quasi die gesamte Wertschöpfungskette ab.

Das Unternehmen richtet sich auf seinen Plattformen im Internet nicht nur an einzelne Kunden, auch Geschäftspartner können gegenseitig Warenausgeschäfte abwickeln.

Die Zahlungsabwicklung erfolgt dann über das eigens entwickelte Bezahlssystem Alipay und sogar für die Zustellung der Ware sorgt ein eigenes Logistikunternehmen.⁶ Der 48-jährige Firmengründer und frühere Englischlehrer Jack Ma, der bis 1995 noch nie einen Computer zu Gesicht bekommen hatte, benötigte nicht mehr als 15 Jahre um sein Onlineimperium aufzubauen und genießt in der Volksrepublik längst Kultstatus.

⁵ vgl. Die Welt (23.Juni 2014)

⁶ vgl. Handelsblatt (02.September 2014)



cc tristram sparks

EU und Eurozone

Der europäische Arbeitsmarkt I: Arbeitslosigkeit

In der Europäischen Union waren im dritten Quartal 2014 rund 24,6 Millionen Menschen auf Arbeitsuche. Gegenüber dem Vorjahresquartal reduzierte sich diese Zahl um 1,8 Millionen Menschen. In der 18 Staaten umfassenden Eurozone betrug die Arbeitslosigkeit im dritten Quartal 18,4 Millionen Personen - um etwa 766.000 Menschen weniger als ein Jahr zuvor, eine Reduktion um 4,0%. Nicht erfasst in der Statistik, folgend der Definition von Arbeitslosigkeit laut der europäischen Statistikbehörde Eurostat, sind Personen, welche es aufgegeben haben, nach Arbeit zu suchen.

Im zweiten Quartal 2014 gaben in der EU 3,8% und in der Eurozone 4,2% der befragten Personen an, zwar prinzipiell für den Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, aber nicht aktiv nach Arbeit zu suchen. Deutlich am höchsten war der Anteil dieser Personen mit 12,6% in Italien. In Spanien, dem europäischen Land mit den meisten Arbeitslosen, suchten dagegen nur 4,6% der Personen, welche für Arbeit zur Verfügung stehen, nicht aktiv danach. In Österreich lag der entsprechende Anteil bei 2,8%.

In Spanien reduzierte sich die Arbeitslosigkeit im dritten Quartal um mehr als eine halbe Million Menschen bzw. um 8,6%. Dies allerdings von einem exorbitant hohen Ausgangsniveau aus. Im dritten Quartal 2014 waren in Spanien, trotz dieser Reduktion, noch immer mehr als sechs Millionen Personen auf Arbeitsuche. In Polen ging die Zahl der Arbeitslosen um 259.000 Personen zurück - eine Verringerung um 14,5% gegenüber dem Vorjahr.

Ebenfalls um mehr als 14% ging die Zahl der Arbeitssuchenden in Portugal zurück (-119.000). Für Griechenland liegen noch keine Zahlen zum dritten Quartal vor, aber im zweiten Quartal 2014 zeigte der

Trend nach unten: die Zahl der arbeitslosen Griechen reduzierte sich um 60.000 Personen bzw. um 4,4%. Dennoch: im selben Zeitraum lag die Arbeitslosenquote in Griechenland bei mehr als 26% und fast 1,3 Millionen der rund 11 Millionen Griechen waren ohne Arbeit.

In Deutschland ging die Zahl der Arbeitslosen um knapp 88.000 zurück, während sie in Frankreich um 83.000 anstieg. Für Italien lagen ebenfalls noch keine Zahlen für das dritte Quartal vor, im zweiten Quartal zeigte die Arbeitslosigkeit nach oben: 47.000 Arbeitslose kamen im Jahresvergleich hinzu. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Italien war zur Gänze auf die Zunahme im Bereich der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zurückzuführen. Im zweiten Quartal kamen im Vergleich zum Vorjahr 59.000 Arbeitslose unter 25 Jahren hinzu - eine Steigerung um 9,2% (in anderen Altersgruppen kam es zu einem Rückgang, sodass sich im Saldo die Gesamtzunahme von 47.000 Arbeitslosen ergibt).

Der Trend bei der Jugendarbeitslosigkeit in Europa zeigt jedoch in die andere Richtung. Im dritten Quartal 2014 waren 609.000 junge Menschen weniger in der Arbeitslosigkeit als im Vorjahr. Allerdings erfolgte lediglich ein Drittel des Rückgangs in der Eurozone. In Spanien ging die Zahl der arbeitslosen Unter-25jährigen um 92.000 Personen zurück, die Arbeitslosenrate dieser Altersgruppe ist jedoch mit 53,9% nach wie vor katastrophal hoch. Im dritten Quartal waren in Spanien im Gesamten 850.000 junge Menschen ohne Arbeit. Mit 52,0% (2. Quartal 2014) wies Griechenland eine ähnlich hohe Jugendarbeitslosigkeit auf, aber auch Länder wie Kroatien (41,8%), Portugal (35,4%) und die Slowakei (29,1%) wiesen sehr hohe Arbeitslosenraten für junge Menschen auf. Im EU-Durchschnitt lag die Arbeitslosigkeit der Unter-25jährigen bei 21,6%, in der Eurozone



Im dritten Quartal 2014 waren in der Europäischen Union fast 25 Millionen Menschen die arbeiten wollten ohne Arbeit - 18,4 Millionen davon in der Eurozone.

lag er mit 23,3% etwas darüber. Die geringsten Anteile arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener wiesen Deutschland (7,7%) und Österreich (9,4% im 2. Quartal 2014) auf, sie waren auch die einzigen beiden EU-Länder mit Jugendarbeitslosenraten von weniger als zehn Prozent. Insgesamt waren in der EU fünf Millionen Jugendliche und junge Erwachsene ohne Arbeit, davon 3,3 Millionen in der Eurozone (Personen, welche einer Ausbildung nachgehen, werden grundsätzlich nicht in der Arbeitslosenstatistik aufgeführt, außer sie sind aktiv auf Arbeitssuche und könnten eine Arbeit innerhalb der nächsten zwei Wochen beginnen).

Leicht abnehmend zeigte sich die Arbeitslosigkeit der Menschen im Alter über 50 Jahren, allerdings galt dies nur für die Europäische Union als Gesamtes.⁵ Innerhalb der Eurozone nahm die Zahl der Arbeitssuchenden 50+ gegenüber dem Vorjahr um 1,3% zu (+48.400 Personen). In den großen Euroländern Spanien (+4,4%), Frankreich (+2,5%) und Italien (+4,0%) stieg die Zahl der Arbeitslosen aus dieser Altersgruppe weiter an, in Deutschland sank sie dagegen um fast 30.000 Personen (-4,4%). Beunruhigend: Österreich wies mit einer Zunahme von 16,5% (+5.300 Personen) eine der höchsten Steigerungsraten älterer Arbeitsloser in der gesamten Europäischen Union auf. Darüber lagen nur die Kleinstaaten Luxemburg, Malta und Zypern.

In der Europäischen Union waren im zweiten Quartal 2014 4,9 Millionen Menschen im Alter von über 50 Jahren ohne Arbeit, was einer Arbeitslosenquote von

7,1% entsprach. Spanien zeigte mit einer Arbeitslosenrate von 20,2% für diese Altersgruppe den höchsten Wert auf, nur knapp darunter findet sich Griechenland mit 18,7%. Österreich zeigte mit 3,2% die niedrigste Arbeitslosenrate der gesamten Europäischen Union, wies aber auch eine der höchsten Zuwachsraten bei dieser Gruppe von Arbeitslosen auf.

Der europäische Arbeitsmarkt II: Beschäftigung

Trotz der flauen Konjunkturlage in der Europäischen Union steigt die Beschäftigung moderat an. Im zweiten Quartal 2014 stieg die Zahl der Beschäftigten im Jahresvergleich um 935.900 Personen an, was einer Zunahme von 0,4% entsprach.⁶ Auf die Eurozone, welche

18 der 28 Mitgliedsstaaten der EU umfasst, entfiel aber nur rund ein Drittel dieses Anstiegs (+306.800). In absoluten Zahlen fand die größte Beschäftigungszunahme im Vereinigten Königreich statt. Im Jahresvergleich kamen 742.500 Personen in Beschäftigung hinzu – ein Plus von 2,6%. Die anderen großen EU-Staaten, mit der Ausnahme Spaniens, das um 1,2% zulegen konnte (+204.500 Personen), befanden sich nahe an der Stagnationsgrenze. In Deutschland und Frankreich nahm die Beschäftigung um lediglich 0,1%, in Italien nahm sie um 0,2% (-48.000 Personen) zu. Verluste an Beschäftigung gab es auch in den Niederlanden mit einem Rückgang von 1,3% (-106.100 Personen). Österreich gelangt ein im europäischen Vergleich überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum von 1,0% (+39.900 Personen).

Die Zahl der Beschäftigten im Alter von 15 bis 24 Jahren nahm im zweiten Quartal 2014 in der EU um 1,0% ab (-175.500 Personen). Im besonderen Maße galt das für die Staaten der Eurozone, die insgesamt einen Verlust von 309.200 beschäftigten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu tragen hatten (-2,8%). Alle großen Staaten der Eurozone wiesen einen Rückgang an Beschäftigten in dieser Alterskohorte auf: in Deutschland ging die Zahl der Beschäftigten Unter-25jährigen um 3,4% zurück (-138.600), in Spanien um 1,2%, in Frankreich um 0,5% und in Italien um 7,2% (-73.100). Auch in Österreich reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten dieser Altersgruppe um 1,6%. Eine große Ausnahme innerhalb der Eurozone bildet ausgerechnet Griechenland: hier stieg die Beschäftigtenzahl der

⁵ idF: Zahlen für das 2. Quartal 2014, Eurostat

⁶ Die Eurostat-Zahlen zur Beschäftigung für das dritte Quartal lagen zum Zeitpunkt des Verfassens noch nicht vor.



cc No Crop Photo

Beschäftigungsimpulse fanden in Europa nicht im Bereich der Vollzeitarbeit statt. In der Eurozone stand eine stagnierende Vollzeitarbeit einer steigenden Anzahl von Teilzeitkräften gegenüber.

Unter-25-jährigen um 14,3% an (+18.400 Personen). Im Gegensatz zur sinkenden Anzahl jugendlicher Beschäftigter steht eine Zunahme der Beschäftigten im Alterssegment 50+. Innerhalb der EU nahm die Zahl der beschäftigten Personen über 50 Jahre im zweiten Quartal 2014 um 3,0% zu. In der Eurozone war dieser Trend sogar nochmals ausgeprägter, hier stieg die Zahl der Beschäftigten um 3,4% auf mehr als 43 Millionen an. Alle großen EU-Staaten wiesen Zuwächse an Beschäftigten in dieser Altersgruppe auf: In Deutschland stieg die Anzahl der Beschäftigten 50+ im Jahresvergleich um 4,2%, in Spanien um 2,9%, in Frankreich um 2,1% und in Italien sogar um 5,5%. Österreich übertraf diesen Wert sogar noch und zeigte eine Steigerung von 6,0%. Österreich wies damit nach Slowenien (+10,8%) den höchsten Beschäftigungszuwachs in diesem Alterssegment in der EU auf.

Der europäische Arbeitsmarkt III: Vollzeit oder Teilzeit

Bedeutend für die Einschätzung der Beschäftigungsentwicklung ist die Frage, in welchem Ausmaß Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigungen zu- oder abnehmen. Für das zweite Quartal 2014 zeigte sich, dass Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung in der Europäischen Union im selben Ausmaß stiegen. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nahm um 605.500 Personen (+0,4%) im Jahresvergleich zu, die der Teilzeitbeschäftigten um 606.500 (+1,4%). Allerdings sind brisante Unterschiede zwischen der Eurozone und dem Rest der EU feststellbar, denn die gesamte Zunahme der Vollzeitarbeit fand in den Ländern außerhalb der Eurozone statt. In den 18 Staaten der Eurozone ging

die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 40.500 Personen zurück (+/- 0,0%), die Teilzeit stieg dagegen um 487.300 Personen (+1,6%) an. In den großen Staaten der Eurozone stagnierte die Entwicklung der Vollzeitbeschäftigung bzw. ging sie leicht zurück. Die Ausnahme bildet Spanien, wo die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten im Jahresvergleich um 119.500 Personen bzw. 0,8% anstieg. Negativ verlief die Entwicklung in Österreich. Hierzulande reduzierte sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 36.200 – ein Minus von 1,2% im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Die Zahl der Teilzeitkräfte stieg dagegen in Österreich um gleich 7,8% an (+86.000 Personen)! In der Eurozone stieg die Zahl der Teilzeitkräfte mit 1,6% stärker an, als im EU-Durchschnitt und in jedem der großen Eurostaaten war die Entwicklung der Teilzeit positiv. In Frankreich stieg sie sogar um 210.400 Personen im Jahresvergleich an (+4,4%). Entgegen dem Muster der Eurozone – sinkende Vollzeitarbeit, steigende Teilzeitarbeit – verlief die Entwicklung in Portugal. Einer steigenden Vollzeitarbeit (+ 4,1%) stand eine sinkende Anzahl von Personen in Teilzeitarbeit entgegen.

Verfestigung der „Lowflation“ in Europa

Seit Anfang 2014 kämpft die Europäische Union mit einer niedrigen Inflationsrate. Eine geringe Inflation oder gar eine Deflation, d.h. ein Sinken der Preise, erschwert den Schuldendienst öffentlicher und privater Kreditnehmer und übt Druck auf den Konsum aus, da die Konsumentinnen und Konsumenten ihre Käufe zurückhalten, um niedrigere Preise abzuwarten. In Europa scheint sich die sogenannte „Lowflation“,

d.h. eine Inflation von weniger als einem Prozent, aber noch nicht im Minusbereich, zu verfestigen.⁷ Im Oktober 2014 wiesen 18 der 28 Mitgliedsstaaten der EU eine Inflationsrate in diesem Bereich auf. Sechs Staaten befanden sich im deflationären Bereich (am stärksten Bulgarien mit -1,5%, gefolgt von Griechenland mit -1,4%). Nur drei Staaten – Rumänien, Großbritannien und Österreich – wiesen Inflationsraten von über einem Prozent auf. In keinem der Mitgliedsstaaten lag die Inflationsrate in der Nähe des EZB-Zielwertes von nahe bei, aber unter 2% Inflation. In der Tat wiesen Österreich und Großbritannien mit 1,4% bzw. 1,3% die höchsten Inflationsraten in Europa auf.



cc Kim Seng

Die europäische Wirtschaft stottert: für die Eurozone erwartete die Europäische Kommission ein reales Wachstum von 0,8% im Jahr 2014.

Speziell in der Eurozone kann von einer Verfestigung der „Lowflation“ gesprochen werden. Bereits vor einem Jahr, im Oktober 2013, lagen elf der achtzehn Staaten der Währungsunion mit ihren Inflationsraten unter einem Prozent. Vier Eurostaaten befanden sich in der Deflation. Im Oktober 2014 hatte sich zwar die Zahl der Eurostaaten im negativen Inflationsbereich auf drei reduziert, dafür waren nun in vierzehn Staaten Inflationsraten von weniger als einem Prozent zu verzeichnen. Einzig Österreich wies eine Inflationsrate von mehr als einem Prozent auf. In den beiden wichtigen Inflationshauptgruppen „Nahrungsmittel“

und „Wohnen, Wasser, Energie“, deren Gewichte zusammen etwa ein Viertel des gesamten Warenkorbes ausmachen, nahm der Preisdruck nach unten zu. In der Eurozone stagnierten die Preise im Jahresvergleich bei 0,1%. In elf Staaten der Eurozone verringerten sich die Preise der Nahrungsmittel im Vergleich zum Vorjahr, in sechs weiteren Staaten lag die Teuerungsrate bei unter einem Prozent, nur in einem Staat der Währungsunion, nämlich Österreich, machte der Preisauftrieb mehr als ein Prozent aus (AUT: +1,5%).

Im Bereich „Wohnen, Wasser, Energie“ zeigte sich eine stärker divergierende Preisentwicklung in der Eurozone. Während sieben Staaten sinkende Preise für diese Hauptgruppe aufwiesen, zeigten acht Staaten nach wie vor eine Inflationsrate von mehr als einem Prozent, waren also noch nicht im Bereich der Lowflation.

Eindeutig war allerdings die Richtung der Entwicklung bei den Energiepreisen. Hier reduzierten sich in allen achtzehn Staaten der Eurozone die Preise – im Durchschnitt um 2,0%. Österreich lag mit einer Preisreduktion von 1,6% etwas darüber, wies aber auch fallende Energiepreise auf.

Im Bereich der Kommunikation gab es zwischen der Preisentwicklung in Österreich und der Eurozone einen eklatanten Unterschied von 9,8 Prozentpunkten (AUT: +7,2%, Eurozone: -2,6%). In der Hauptgruppe Kommunikation wies Österreich mit weitem Abstand die stärkste Preisentwicklung Europas auf. Neben der Zunahme von 7,2% in Österreich, war Zypern mit einem Preisanstieg von 2,0% das Land mit der zweithöchsten Teuerungsrate.

Die Konjunktur in Europa: Prognose für die Jahre 2014 - 2016

Die Herbstprognose der Europäischen Kommission kommt zu wenig optimistischen Schlüssen was die unmittelbaren Wachstumsaussichten in Europa betrifft.⁸ Für 2014 erwartet die Kommission ein reales Wachstum von 1,3% in der EU und von 0,8% in der Eurozone. 2015 wird eine Zunahme der wirtschaftlichen Aktivitäten um 1,5% in der EU und um 1,1% in der Eurozone prognostiziert. Die hohe Arbeitslosigkeit, Schulden und die Unterausnutzung der Produktionskapazitäten, d.h. die mangelnde Nachfrage, würden die Wachstumsaussichten behindern. 2014 würden die Wachstumsperspektiven zwischen einer Schrumpfung von 2,8% im Falle von Zypern und ei-

⁷ idF Angaben HVPI lt. Eurostat

⁸ idF European Commission (04.11.2014)



Könnte nach dem 25. Jänner 2015 der neue griechische Ministerpräsident werden: Alexis Tsipras, der Chef der linksgerichteten Oppositionspartei „Syriza.“

ner Zunahme von 4,6% in Irland liegen. Für Österreich sieht die Kommission ein Wachstum von 0,7%, um 0,1 Prozentpunkte unter dem durchschnittlichen Wachstum der Eurozone. Für 2015 und 2016 sieht die Kommission eine graduelle Verbesserung der österreichischen Wachstumsaussichten auf 1,2% bzw. 1,5%. Deutschland, die größte europäische Volkswirtschaft, soll laut Prognose 2014 um 1,3% wachsen, Spanien um 1,2%, Frankreich stagniert bei 0,3% und die Wirtschaft Italiens kontrahiert um 0,4%.

Bemerkungen zur Situation Griechenlands

Folgend der Kommissionsprognose erreicht Griechenland erstmals seit 2008 wieder ein positives Wirtschaftswachstum. 2014 würde die griechische Wirtschaft um 0,6% zunehmen. Laut Analyse der Kommission tragen vor allem der private Konsum und die Exporte das erreichte Wachstum. Die verfügbaren Einkommen wären im Steigen begriffen und Geldmittel würden eingesetzt, welche während der Krise außerhalb des Bankensystems gelagert worden wären.⁹

Die tatsächlichen Quartalszahlen lassen das Wachstumsziel als nicht völlig unrealistisch erscheinen: in den letzten beiden Quartalen wies Griechenland Zuwächse auf, zuletzt, im dritten Quartal 2014, immerhin ein – prognostiziertes - Wachstum von 1,9%. Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle allerdings bleiben, dass damit noch lange keine Verbesserung für die Menschen in Griechenland verbunden ist. Denn,

auch wenn die Kommissionsprognose im Zeitraum von 2014 bis 2016 von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit von 26,8% auf 22,0% ausgeht, so stellt das „nur“ eine relative Verbesserung dar (die natürlich immer noch besser ist als keine), denn die Tatsache bleibt bestehen, dass Griechenland eine der höchsten Arbeitslosenraten Europas hat und dass dies für das Land eine soziale Katastrophe ist.

Der radikale Sparkurs und der damit verbundene Rückbau der öffentlichen Leistungen wird auf absehbare Zeit weitergeführt werden, so sich an den politischen Rahmenbedingungen nichts entscheidend ändert. Was allerdings durchaus geschehen könnte, denn bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 25. Jänner 2015 hat die linksgerichtete Oppositionspartei Syriza die besten Chancen die Mehrheit zu gewinnen.

Das Beschäftigungswachstum in der Eurozone wird 2014 nach der Prognose der Kommission 2014 bis 2016 anhalten, ja sich sogar von 0,4% (2014) auf 0,9% im Jahr 2016 beschleunigen. Für Österreich wird 2014 ein Beschäftigungswachstum von 0,9% erwartet. Wenig Verbesserung sehen die Ökonomen der Kommission für die Arbeitslosigkeit. In der Eurozone würde sich die Arbeitslosenrate von 11,6% im Jahr 2014 auf 10,8% am Ende des Prognosezeitraums reduzieren. Die Reduktion der Arbeitslosenrate ist jedoch zum Teil auch auf einen rechnerischen Effekt zurückzuführen: denn mit steigender Beschäf-

⁹ vgl. European Commission: Country Forecasts - Greece (04. November 2014)

tigung steigt auch die Basis, auf deren Grundlage die Arbeitslosenrate berechnet wird. Das bedeutet, auch wenn die Zahl der Arbeitslosen gar nicht sinkt, geht die Arbeitslosenrate zurück, da sich die Zahl der Beschäftigten ausweitete. Nach wie vor die höchsten Arbeitslosenraten würden Spanien (22,2%) und Griechenland (22,0%) im Jahr 2016 aufweisen.

Trotz intensiver Sparbemühungen zeigt die Kommissionsprognose nur sehr wenig Bewegung bei den Verschuldungsgraden der Mitgliedsstaaten. Der Schuldenstand in der Eurozone bleibt nahe bei 94% des BIP (2014: 94,5%; 2016: 93,8%). Den höchsten Schuldenstand 2014 weist Griechenland mit 175,5% auf, gefolgt von Italien (132,2%) und Portugal (127,7%). Österreich liegt mit 87,0% etwas unter dem Durchschnitt der Eurozone, aber deutlich über dem Verschuldungsgrad Deutschlands von 74,5%.

Stress für die europäischen Großbanken: Die „Umfassende Bewertung“ durch die EZB

Mit großer Spannung wurden Ende Oktober die Ergebnisse der „Umfassenden Bewertung“ (Comprehensive Assessment) der europäischen Großbanken durch die Europäische Zentralbank erwartet. Als vorbereitende Maßnahme zur Übernahme der gemeinsamen Bankenaufsicht (SSM – Single Supervisory Mechanism: die EZB übernahm diese Funktion mit 04. November 2014), kündigte die EZB Mitte des Jahres 2013 an, 125 europäische Großbanken ei-

ner strengen, zweiteiligen Prüfung zu unterziehen. Der erste Teil der „Umfassenden Bewertung“ sah eine Qualitätskontrolle der Aktiva der Banken (AQR – Asset Quality Review) vor, der zweite Teil bestand in einem „Stresstest“, der zeigen sollte, wie gut die Banken auf volkswirtschaftliche Schocks, d.h. eine erneute Wirtschafts-/ Finanzkrise vorbereitet wären. Die Qualitätskontrolle der Aktiva (AQR) stellte eine punktuelle Bewertung der Buchwerte der Bankaktiva zum Stichtag 31. Dezember 2013 dar.¹⁰ Nach der Überprüfung von mehreren zehntausend Schuldnerpositionen durch Teams der EZB und externer Prüferinnen und Prüfer mussten die Buchwerte der Aktiva der Banken um insgesamt 47,5 Mrd. berichtigt werden. Darüber hinaus erhöhte sich der Gesamtbestand der europäischen Großbanken an sogenannten notleidenden Engagements um 135,9 Milliarden Euro.¹¹

Der Stresstest baute auf den Ergebnissen der AQR auf. Darin wurden zwei Szenarien volkswirtschaftlicher Schocks durchgezogen. Im Basisszenario mussten die Banken zeigen, dass sie bei einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung eine Eigenkapitalquote von acht Prozent halten konnten und im adversen Szenario, das eine tiefgreifende Wirtschaftskrise simulierte, mussten die Banken ein Eigenkapital in der Höhe von zumindest 5,5% halten können, um den Stresstest zu bestehen. Der Test ergab bei 25 Banken eine Kapitallücke von insgesamt 25 Milli-



Verkündete im Oktober 2014 die Ergebnisse der „Umfassenden Bewertung“ der europäischen Großbanken durch die Europäische Zentralbank: EZB-Vizepräsident Vitor Constancio.

¹⁰ vgl. EZB (Oktober 2014), S. 3

¹¹ vgl. ebda. S. 5: Unter notleidenden Verbindlichkeiten werden solche verstanden, welche 90 Tage überfällig sind, ausfallsgefährdet oder bereits ausgefallen sind.

	Eigenkapital 31.12.2013	Berichtigung durch AQR	Eigenkapital im Stresstest Basisszenario	Eigenkapital im adversen Szenario des Stresstests
Raiffeisen Zentralbank Österreich AG	10,36%	9,71%	9,48%	7,77%
BAWAG P.S.K	14,51%	14,30%	11,86%	8,54%
Erste Group Bank AG	11,17%	10,00%	10,12%	7,58%
Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG	17,52%	16,85%	17,01%	11,81%
Raiffeisenlandesbank OÖ AG	11,42%	10,30%	10,55%	7,93%
Österreichische Volksbanken AG	11,48%	10,32%	7,22%*	2,06%*

* unter Sollwerten

Ergebnisse der österreichischen Banken in der umfassenden Bewertung der EZB.

arden Euro hochqualitativen Kernkapital. Diese 25 Milliarden sind notwendig, um eine Mindestkernkapitalquote von 8%, die der AQR (auf Basis der Eigenkapitalrichtlinie/ -verordnung) vorgab, zu erreichen. Diese acht Prozent beziehen sich auf das harte Eigenkapital, das sogenannte „Common Equity Tier 1 – CET1“, das in Österreich aus Stammaktien, Genossenschaftsanteilen, Vorzugsaktien und Grundkapital bestehen kann.¹²

Unterkapitalisierte Banken fanden sich vor allem in Südeuropa. Zu den Banken, welche die Mindestquote des harten Eigenkapitals verfehlten, gehörten: vier griechische Banken, neun italienische, jeweils eine zypriotische, eine portugiesische und eine spanische Bank. Hinzu kamen noch eine irische, eine französische, zwei belgische und eine deutsche Bank. Von den sechs geprüften österreichischen Banken, fiel die in der Restrukturierung befindliche Österreichische Volksbanken AG durch.

Die Höhe der 25 Milliarden Euro starken Kapitalücke ist jedoch zu relativieren, da sie auf dem Kapitalstand des 31. Dezember 2013 beruht. Seither haben zwölf der 25 betroffenen Banken ihre Kapitalbasis verbessert und zwei Banken, die österreichische Volksbanken AG und die belgische Dexiam, befinden sich in der Abwicklung. Dadurch verbleiben noch elf Banken, welche Eigenkapitalanforderungen in der Höhe von zehn Milliarden Euro zu erfüllen haben.¹³

Wie sind die Ergebnisse der „Umfassenden Bewertung“ einzuschätzen? Die Österreichische Nationalbank schätzt die Resultate der „Umfassenden Bewertung“ wie zu erwarten positiv ein. Es würde sich die verbesserte Krisenfestigkeit der österreichischen Bankenlandschaft zeigen und die Strategie

der nationalen Aufsicht, die „Eigenkapitalbasis der österreichischen Banken über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus zu stärken“, hätte sich als richtig erwiesen.¹⁴ Kritische Stimmen wenden dagegen ein, dass immerhin fast ein Fünftel aller geprüften Banken (25 von 130) den Tes-

terfordernissen nicht entsprochen hätte und dass der Ausfall jeder fünften systemrelevanten europäischen Großbank im Falle einer Krise, einer „Horrorvorstellung für die europäischen Steuerzahler“ entspräche.¹⁵ Dies besonders deshalb, da der Abwicklungsmechanismus für Großbanken noch immer lückenhaft wäre, weshalb die Gefahr besteht, dass erneut die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für entstandene Kosten einspringen müssten.¹⁶

315 Milliarden für Europa: Jean-Claude Junckers Investitionsprogramm

Im November 2014 stellte der neue Präsident der EU-Kommission Jean-Claude Juncker sein Konzept für eine „Investitionsoffensive für Europa“ vor, um den Investitionsstau in Europa zu lösen. Nach Junckers Plan soll ein Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI) geschaffen werden, der zunächst mit Mittel aus dem EU-Haushalt (16 Milliarden Euro) und der Europäischen Investitionsbank (5 Mrd. Euro; der ehemalige Vizekanzler Wilhelm Molterer ist einer der acht Vizepräsidenten der EIB) ausgestattet wür-



cc European Parliament

Jean-Claude Juncker: manche Kritikerinnen und Kritiker halten die Summe von 315 Milliarden Euro für sein Investitionspaket für einen Witz.

¹² EBA (Mai 2014)

¹³ vgl. Die Presse (26.10.2014)

¹⁴ OeNB (26.10.2014)

¹⁵ vgl. Die Presse (29.10.2014)

¹⁶ vgl. ebda.

de. Bei diesen 21 Milliarden soll es allerdings nicht bleiben, denn das Juncker-Konzept geht davon aus, dass mit dieser Summe ein Multiplikatoreffekt von 1:15 erreicht werden kann, was eine Mobilisierung von 315 Milliarden Euro über den Zeitraum von drei Jahren bedeuten würde.¹⁷ Um diese Hebelung zu erreichen würde mit öffentlichen Geldern Garantien übernommen, um private Investitionen anzuziehen. Konkret bedeutet das, dass die Europäische Union für die Verluste privater Investoren haften würde („substanzielle Risikoabsicherung“). Das Konzept-



cc-m:prinke

Juncker möchte im Investitionspaket einen Schwerpunkt auf erneuerbare Energien legen, allerdings dürften wohl auch viele „klassische“ Infrastrukturmaßnahmen finanziert werden.

papier verweist in diesem Zusammenhang auf eine Kapitalerhöhung der EIB im Jahr 2012, welche einen geschätzten Multiplikatoreffekt von 1:18 erreichte. Das heißt, für jeden eingesetzten Euro öffentlicher Gelder wurden private Investitionen von 18 Euro ausgelöst.¹⁸ Juncker hofft, dass die Mitgliedsstaaten auch Gelder für den Investitionsfonds beisteuern werden, um den Effekt weiter zu erhöhen. Er stellte auch in Aussicht, dass Gelder, welche in diesem Zusammenhang verwendet werden, nicht in die „Be-

wertung der öffentlichen Finanzen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts“ einfließen würden, d.h. nicht defizitwirksam würden.¹⁹

Mit der Investitionsoffensive, so sie denn die Zustimmung des Europäischen Rates findet, soll gezielt die Realwirtschaft in der Europäischen Union angekurbelt werden. Juncker nennt vor allem Infrastrukturmaßnahmen als Projektziele (Breitband- und Energienetze, Verkehrsinfrastruktur in Industriegebieten), aber auch Bildung, Forschung und Innovation, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz werden genannt.²⁰ Angesprochen werden sollen kleine und mittlere Unternehmen und sogenannte Mid-Cap-Unternehmen, das sind Unternehmen mit einem Börsenwert zwischen 500 Millionen Euro bis zu zwei Milliarden Euro. Das Ziel ist es, das Bruttoinlandsprodukt der EU innerhalb von drei Jahren um 330 bis 410 Milliarden Euro zu steigern und bis zu 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen.²¹

Kritikerinnen und Kritiker wenden ein, dass Junckers Investitionsoffensive, selbst wenn es gelingt, die vollen 315 Milliarden Investitionspotenzial zu erreichen, viel zu wenig ist. Das britische Wirtschaftsblatt „The Economist“ bezeichnete Junckers Vorschlag sogar als „lachhaft inadäquat“ und schätzte die Chancen, dass die Investitionen tatsächlich einen Impuls für Europa auslösen könnten, als „minimal.“²² Dieser Argumentation ist einiges abzugewinnen, denn immerhin macht der Stimulus auf ein einzelnes Jahr umgerechnet nur 0,8% des EU-BIPs aus.

Eine Reduktion der Arbeitslosigkeit um 1,3 Millionen Menschen – dies nur unter der Voraussetzung, dass neu geschaffene Arbeitsplätze ausschließlich von Menschen besetzt werden, die zuvor arbeitslos waren – ist angesichts einer Anzahl von ca. 25 Millionen Arbeitslosen in der EU viel zu wenig. Auch die Nationalstaaten sind aufgefordert, ihren fiskalpolitischen Spielraum, soweit es irgend möglich ist, zu nutzen, um Konjunktur und vor allem auch den Arbeitsmarkt zu beleben. In diese Richtung argumentierte auch EZB-Präsident Mario Draghi und ließ offen, welchen Mitgliedsstaat er damit im Besonderen meinte. Klar war es allerdings trotzdem: Deutschland.²³

¹⁷ vgl. European Commission (26. November 2014), S. 9

¹⁸ vgl. ebda., S. 9

¹⁹ ebda., S. 7

²⁰ vgl. ebda., S. 3

²¹ vgl. Euractiv.de (26. November 2014)

²² vgl. The Economist (29. November), S. 13

²³ vgl. ebda., S. 14



Österreich

Die Konjunkturaussichten in Österreich

Für das Jahr 2014 schätzt das WIFO in seiner Herbstprognose das Wachstum des österreichischen BIP auf 0,8% ein, für das Jahr 2015 wird eine leichte Beschleunigung auf 1,2% prognostiziert.²⁴ Nach wie vor ist die Nachfrage zu gering, um stärkere Wachstumsimpulse auszusenden. Die nachlassende internationale Nachfrage hat weniger mit der Krise in der Ukraine zu tun, als mit der Schwäche der großen Schwellenländer, die im Laufe des Jahres 2014 sehr hohe Kapitalabzüge sahen.

In der ersten Hälfte 2014 nahm der Export in Nicht-EU-Länder deshalb nur um 0,6% nominell zu, nur der Export in die USA nahm mit 6,0% deutlich zu. Noch schwächer als der Export in Drittstaaten entwickelten sich die Handelsbeziehungen mit den Staaten des Euroraums. In diese Staaten nahm der Export lediglich um 0,4% nominell zu.



Für 2014 ist mit einer Stagnation der Investitionen zu rechnen (+/- 0,0%), 2015 mit einer leichten Zunahme von 2,0%. Zwar herrschen aufgrund der niedrigen Zinssätze günstige Investitionsbedingungen, entscheidender ist aber die mangelhafte Nachfragesituation. Investitionen im Baubereich fielen mit 1,7% aufgrund des milden Winters deutlich besser aus, für 2015 rechnet das WIFO jedoch mit einem Rückgang auf 1,0%. Der Beschäftigungsanstieg in Österreich wird alleine vom Dienstleistungsbereich getragen, der 2014 um 0,7% und 2015 um 0,6% an Beschäftigung zulegen wird. Dabei kommt es jedoch

zu einer Verkürzung der Pro-Kopf-Arbeitszeit, da eine Ausweitung der Teilzeitstellen stattfindet und im Bereich der Vollzeit die Stundenzahlen zurückgehen (z.B. durch die Verringerung von Überstunden). Insgesamt stagniert das Arbeitsvolumen in Österreich: das Wirtschaftswachstum resultiert alleine aus Produktivitätssteigerungen.

Seit längerem gehen vom privaten Konsum in Österreich keine wesentlichen Wachstumsimpulse aus.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die zurückgehende Arbeitszeit pro Kopf bremsen den Lohnanstieg pro Kopf ein. Das WIFO rechnet für 2014 mit einem nominellen Bruttolohnanstieg von 1,7% und für 2015 mit einem von 2,0%. Die in Österreich vergleichsweise hohe Inflation (2014 voraussichtlich 1,8%), verbunden mit der kalten Progression, führen dazu, dass es auch im

In seiner Konjunkturprognose rechnet das WIFO mit einer negativen Reallohnentwicklung.

Zeithorizont der WIFO-Prognose zu einer negativen Reallohnentwicklung kommt. Nach einem Minus im Jahr 2013, nimmt der private Konsum 2014 wieder zu, jedoch mit 0,4% nur schwach. 2015 rechnet das WIFO mit einer Zunahme von 0,5%.

Metaller-Abschluss

Ende Oktober einigten sich die Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf einen Lohnzuwachs von 2,1% für die Beschäftigten in der Maschinen-

²⁴ vgl. idF WIFO Monatsbericht 10/2014, S. 659f.

und Metallwarenindustrie. Dieser Lohnabschluss gilt traditionellerweise als richtungsweisend für die Abschlüsse in anderen Branchen. Für die rund 120.000 Beschäftigten in den Betrieben dieser Branche gilt ab November 2014 ein Mindestlohn von EUR 1.724 brutto.

Vorangegangen war den zähen Verhandlungen eine Auseinandersetzung darüber, welche Inflationsrate als Verhandlungsbasis heranzuziehen wäre. Die Vertreter der Arbeitgeber argumentierten, dass die gesamteuropäische Inflationsrate heranzuziehen sei, da diese diejenige sei, welche für das Wettbewerbsumfeld relevant sei. Letztlich konnten sie sich mit dieser Position jedoch nicht durchsetzen. Die Vertreter der Belegschaften argumentierten erfolgreich, dass für die Beschäftigten in Österreich die österreichische Inflationsrate ausschlaggebend sei. Mit dem Abschluss von 2,1% liegen die Zuwächse um rund 0,4 Prozentpunkte über der österreichischen Inflationsrate.

Steuerreformmodelle liegen vor

Mitte Dezember 2014 lagen die Modelle zur Steuerreform von SPÖ (AK/ ÖGB-Modell), ÖVP und der Steuerreformkommission vor. Beide Modelle, SPÖ und ÖVP, sehen eine Senkung des Eingangsteuersatzes auf 25% vor. Im ÖVP-Modell würde dieser Steuersatz bis EUR 16.000 reichen, im AK/ÖGB-

Modell bis zu einem Jahreseinkommen von EUR 20.000. Der Höchststeuersatz von 50% bliebe in beiden Vorschlägen erhalten. Im SPÖ-Modell würde er ab einem Betrag von EUR 80.000 (statt bisher EUR 60.000) greifen, im ÖVP-Modell ab EUR 100.000. Eine Einführung einer Negativsteuer bis zu EUR 110 für Pensionistinnen und Pensionisten sehen auch beide Modelle vor. Bislang haben Personen im Ruhestand keine Möglichkeit auf Negativsteuer. Nicht angetastet von beiden Vorschlägen werden die steuerlichen Begünstigungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Hinsichtlich der Gegenfinanzierung setzen beide Modelle auf den Effekt der Selbstfinanzierung: durch die Steuererleichterungen würde der Konsum angekurbelt und dadurch steuerliche Mehreinnahmen generiert. Beide Modelle rechnen mit Zusatzeinnahmen von etwa einer Milliarde Euro. Streichungen von Steuerausnahmen sollen zwischen 0,8 Milliarden (SPÖ) und 0,9 Milliarden (ÖVP) bringen. Sehr viel weiter auseinander liegen die Annahmen, wenn es um mögliche Einsparungen bei der Verwaltung, beim Finanzausgleich und den Förderungen geht. Während die SPÖ hier mit Einsparungen von rund einer Milliarde Euro rechnet, sieht die ÖVP ein Potenzial von bis zu zwei Milliarden Euro. Einigkeit herrscht dagegen wieder bei der Verstärkung der Steuerbetrugsbekämpfung, die in beiden Modellen eine Milliarde Euro bringen soll. Wenig überraschend zeigten sich große Unterschiede bei den vermögensbezogenen Steuern. Das AK/ ÖGB-Modell rechnet mit Einnahmen aus einer „Millionärsabgabe“ in Höhe von 1,5 Milliarden Euro und zusätzlichen 0,5 Milliarden, die mittels einer Erbschafts- und Schenkungssteuer lukriert

werden sollen. Das ÖVP-Modell enthält keine Gegenfinanzierung mittels vermögensbezogenen Steuern.



Durch eine Steuerreform soll mehr Netto vom Brutto bleiben. Eine Einigung der Regierungsparteien steht noch aus.

Modell bis zu einem Jahreseinkommen von EUR 20.000. Der Höchststeuersatz von 50% bliebe in beiden Vorschlägen erhalten. Im SPÖ-Modell würde er ab einem Betrag von EUR 80.000 (statt bisher EUR 60.000) greifen, im ÖVP-Modell ab EUR 100.000. Eine Einführung einer Negativsteuer bis zu EUR 110 für Pensionistinnen und Pensionisten sehen auch beide Modelle vor. Bislang haben Personen im Ruhestand keine Möglichkeit auf Negativsteuer. Nicht angetastet von beiden Vorschlägen werden die steuerlichen Begünstigungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Das ÖVP-Modell sieht einen etwas „steileren“ Anstieg des Steuersatzes vor, sieht aber eine Verringerung

Kurz nach Veröffentlichung der Modelle von SPÖ und ÖVP präsentierte auch die ebenfalls von SPÖ und ÖVP eingesetzte Steuerreformkommission ihre Ergebnisse. Auf mehr als 200 Seiten wurden Handlungsoptionen präsentiert. Keine Einigung konnte zum Thema vermögensbezogener Steuern getroffen werden. Die Frage, ob an den reduzierten Mehrwertsteuersätzen etwas geändert werden sollte, wurde an die politische Ebene delegiert.²⁵ Die Kommission schlug darüber hinaus vor, die Besteuerung von Dienstwägen zu erhöhen (mit Ausnahme von Autos mit sehr wenig CO₂-Ausstoß), die Abzugsfähigkeit von Spenden sollte überprüft werden und eine erneute Reform der Pendlerförderung wurde angeregt.

²⁵ vgl. derstandard.at (12. Dezember 2014)



Tirol

Tiroler Bruttoregionalprodukt 2013

Im Vergleich zum Vorjahr nahm das Bruttoregionalprodukt (BRP) von Tirol 2013 um 2,5% zu. Mit einem Volumen von fast 29 Milliarden Euro machte das Tiroler BRP immerhin 8,9% des gesamten österreichischen Bruttoinlandsproduktes aus und übertraf auch leicht den Bevölkerungsanteil Tirols an Österreich (8,5%). Fast dreimal so groß war das BRP in Wien: mit fast 83 Milliarden Euro erwirtschafteten die Wienerinnen und Wiener, die ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung ausmachen, mehr als ein Viertel der inländischen Wirtschaftsleistung.²⁶ Auf die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner umgerechnet betrug das Tiroler Bruttoregionalprodukt € 40.000 und lag damit leicht über dem österreichischen Durchschnitt von € 39.800. Im Vergleich der Bundesländer ordnete sich Tirol damit an der dritten Stelle ein, nach Wien (€ 47.200) und Salzburg (€ 45.000).²⁷

Der Rechnungshofbericht zur Hypo Tirol

Der Rechnungshof veröffentlichte im Dezember 2014 einen kritischen Prüfbericht zur Hypo Tirol Bank AG.²⁸ Schwerpunktmäßig geprüft wurden die Aktivitäten der Landesbank in den Jahren 2001 bis 2011. In diesen Zeitraum fällt auch die Phase der Expansion der Bankaktivitäten nach Italien, welche zu einer ganzen Reihe von Kreditausfällen führte.

Der Rechnungshof merkt in seinem Bericht die hohen freiwilligen Zahlungen an ausscheidende Vorstandsmitglieder an. So wären in den Jahren 2003 bis 2012 rund 2,3 Millionen Euro an Zahlungen zur

Beendigung von Vorstandstätigkeiten geleistet worden. 60% davon wären freiwillige Zahlungen gewesen. Im Hinblick auf Zahlungen im Jahr 2003 in der Höhe von mehr als 600.000 Euro an drei scheidende Vorstandsmitglieder, wäre es der Hypo Tirol nicht möglich gewesen, Nachweise über die vereinbarten, als Gegenleistung zu erbringenden Beratungsleistungen, zu erbringen.²⁹

Auch die Kosten für externe Beratungen für die Landesbank wurden vom Rechnungshof kritisch aufgeführt. So wären in den Jahren 2003 bis 2008 Kosten von 3,91 Millionen Euro für drei externe Berater entstanden. Allerdings hätte die Bank keine Unterlagen bezüglich des Auswahlverfahrens der Berater vorlegen können bzw. auch keine weiteren Angaben darüber machen können.³⁰

Immer wieder weist der Prüfbericht darauf hin, dass die Hypo Tirol intern und extern auf Schwächen in ihrem Kreditprozess hingewiesen wurde und diese nicht zeitnah oder nur ungenügend behoben hätte.³¹ Zusammen mit Schnittstellenproblematiken mit der Italien-Tochter Hypo Tirol Italien (z.B. wegen unterschiedlicher EDV-Systeme und ungenügender Italienischkenntnisse³²) hätte dies den Expansionskurs in Italien zu einem riskanten Unterfangen gemacht.

Insolvenzen und Jobabbau

Die gedrückte Wirtschaftslage wirkt sich heuer auch auf die Unternehmensinsolvenzen aus. Im Vergleich zum Gesamtjahr 2013 sind diese in Tirol in den ersten

²⁶ vgl. Statistik Austria (2014, I)

²⁷ vgl. Statistik Austria (2014, II)

²⁸ Bericht verfügbar unter: <http://www.rechnungshof.gv.at/berichte/ansicht/detail/hypo-tirol-bank-ag.html>

²⁹ vgl. Rechnungshof (2014), S. 18f.

³⁰ vgl. ebda., S. 22

³¹ vgl. ebda., S. 28 ff.

³² vgl. ebda., S. 31

3 Quartalen bereits um 5% von 139 auf 146 angestiegen (Veränderung gesamt Österreich im Vergleich zum Vorjahr + 2,9%). Auch wenn österreichweit 2014 ein genereller Anstieg der Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen ist handelt es sich prinzipiell um kleinere Insolvenzen, auch die Anzahl der betroffenen Mitarbeiter ist im Vergleich zum Vorjahr um 39% gesunken.³³

Mit Passiva von jeweils 11 Mio. Euro sorgten in Tirol die Huter Recycling und Transport GmbH in Vals bei Steinach am Brenner sowie die Steindl Glas GmbH in Itter bei Wörgl für die größten Unternehmensinsolvenzen. Betroffen sind 41 beziehungsweise 118 Mitarbeiter. Beim Recycling Unternehmen aus Vals sind die Gründe der Insolvenz vielschichtig.

Trotz der derzeit vorherrschenden Niedrigzinsen ist das Unternehmen aufgrund des starken Fremdkapitalanteils mit einer enormen Zinslast konfrontiert, die jahrelange Weiterführung von verlustreichen Unternehmensbereichen verschärfte zusehends das Liquiditätsproblem des Unternehmens.³⁴ Beim Hersteller von Isolier- und Sicherheitsglas Steindl führten letztlich eine ungünstige Kapitalstruktur sowie Auftragsrückgänge zur Unternehmensinsolvenz. Sinkende Margen und ein generelles Überangebot in der Branche wirkten sich zusätzlich negativ auf die Gesamtlage des Unternehmens aus.³⁵

Tirols Weltkonzerne Swarovski und Plansee sorgten in den letzten Monaten ebenfalls für Schlagzeilen. Plansee, Hersteller von metallischen Werkstoffen aus Breitenwang bei Reutte, verkündete Anfang Oktober den Ausbau der bereits vorhandenen Präsenz in Südkorea mit dem Bau eines neuen Werkes in Dontang, etwa 40 Kilometer südlich der Hauptstadt Seoul. 2016 soll das Büro- und Produktionsflächen umfassende Werk fertiggestellt sein. Trotz des Beschäftigungsrekords am Außerferner Stammsitz von 2350 Mitarbeitern verkündete das Unternehmen kürzlich die Freistellung von circa 80 Mitarbeitern. Grund dafür ist die Pleite des US-Unternehmens GTAT, ein Zulieferer des Technologiekonzerns Apple, den Plansee mit Materialien für die Herstellung von kratzfestem Saphirglas belieferte.³⁶

Wenig erfreuliche Nachrichten verkündete im September 2014 auch der Tiroler Kristallkonzern Swarovski. Nachdem Anfang Jänner 2014 Teile der Produktion vom Stammwerk in Wattens in ein neues Werk in Serbien verlagert worden waren verkündete der Konzern im Sommer aufgrund der anhaltend schwierigen Markt- und Wettbewerbssituation den Abbau von 200 Mitarbeitern in Wattens. Betroffen sind vor allem Leiharbeiter. Das Unternehmen gab an, eine sozial verträgliche Abwicklung in enger Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat anzustreben.³⁷

Quellen

EBA publishes list of Common Equity Tier 1 (CET1) capital instruments

EBA – European Banking Authority, Mai 2014

<https://www.eba.europa.eu/-/eba-publishes-list-of-common-equity-tier-1-cet1-capital-instruments>

Zugriff: 30.10.2014

Free Exchange: Early retirement

The Economist, 01. November 2014

Fiddling while Europe burns: Jean-Claude Juncker's investment package is laughably inadequate

The Economist, 29. November 2014

Juncker präsentiert 315-Milliarden-Euro-Investitionspaket

Euractiv.de, 26. November 2014

<http://www.euractiv.de/sections/finanzen-und-wirtschaft/juncker-stellt-300-milliarden-euro-investitionspaket-vor-310341>

Zugriff: 03.12.2014

2014 Autumn Economic Forecast: Slow recovery with very low inflation

European Commission, 04. November 2014

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1362_en.htm

Zugriff: 01.12.2014

2014 Autumn Economic Forecast: Country Forecasts – Greece

European Commission, 04. November 2014

http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2014_autumn/el_en.pdf

Zugriff: 02.12.2014

Eine Investitionsoffensive für Europa

European Commission, 26. November 2014

http://ec.europa.eu/priorities/jobs-growth-investment/plan/docs/an-investment-plan-for-europe_com_2014_903_de.pdf

Zugriff: 03.12.2014

³³ vgl. KSV1870 (23. September 2014)

³⁴ vgl. KSV 1870 (29. Juli 2014)

³⁵ vgl. Die Presse (06. Mai 2014)

³⁶ vgl. Tiroler Tageszeitung (14. Oktober 2014)

³⁷ vgl. Tiroler Tageszeitung (23. Jänner 2014)

Ergebnisbericht zur Umfassenden Bewertung
EZB – Europäische Zentralbank, Oktober 2014
<http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/aggreatereportonthecomprehensiveassessmenttextsum201410.de.pdf>
Zugriff: 30.10.2014

Freihandelszone in Chinas Shanghai öffnet Marktzugang
Germany Trade & Invest, 17. 04.2014
<http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=998608.html>
Zugriff: 22.10.2014

Was Alibaba alles macht
Handelsblatt, 02.09.2014
<http://www.handelsblatt.com/finanzen/aktien/neuemissionen/ipo/cloud-computing-grosshandel-bezahlsysteme-was-alibaba-alles-macht/10636512.html?slp=false&p=2&a=false%20-%20image>
Zugriff: 15.09.2014

Chinas Wirtschaft schaltet auf Binnenkonsum um
Handelsblatt, 13.09.2014
<http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/daempfung-des-wachstums-chinas-wirtschaft-schaltet-auf-binnenkonsum-um/3538154.html>
Zugriff: 15.09.2014

Europäischer Stresstest bestätigt für Österreichs Banken die erwarteten Ergebnisse
OeNB - Österreichische Nationalbank, 26. Oktober 2014
http://www.oenb.at/Presse/20141026.html?utm_source=Newsletter&utm_medium=Newsletter&utm_campaign=Europ%C3%A4ischer%20Stresstest%20best%C3%A4tigt%20f%C3%BCr%20%C3%96sterreichs%20Banken%20die%20erwarteten%20Ergebnisse
Zugriff: 31.10.2014

Bankenstresstest: EU-Banken fehlen zehn Milliarden Euro
Die Presse, 26.10.2014
http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/4197263/Bankenstresstest_EUBanken-fehlen-zehn-Milliarden?direct=4198168&_vl_backlink=/home/wirtschaft/international/4198168/index.do&selChannel=&from=articlemore
Zugriff: 31.10.2014

Banken: Warum der Stresstest Steuerzahler stresst
Die Presse, 29.10.2014
http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/4198168/Banken_Warum-der-Stresstest-Steuerzahler-stresst?direct=4546242&_vl_backlink=/home/wirtschaft/international/4546242/index.do&selChannel=&from=articlemore
Zugriff: 31.10.2014

Bericht des Rechnungshofes: Hypo Tirol Bank AG
Rechnungshof, 2014
http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2014/berichte/teilberichte/tirol/Tirol_2015_05/Tirol_2014_05_1.pdf
Zugriff: 09.12.2014

Steuerreform: Viele Begünstigungen könnten fallen
derstandard.at, 12.12.2014
<http://derstandard.at/2000009331771/Steuerreform-Viele-Beguenstigungen-koennten-fallen>
Zugriff: 12.12.2014

Bruttoregionalprodukt 2013 nach Bundesländern, laufende Preise
Statistik Austria I, 2014
http://www.statistik.at/web_de/static/bruttoregionalprodukt_2013_nach_bundeslaendern_im_ueberblick_019123.pdf
Zugriff: 22.12.2014

Bruttoregionalprodukt, absolut und je Einwohner nach Bundesländern, laufende Preise
Statistik Austria II, 2014
http://www.statistik.at/web_de/static/bruttoregionalprodukt_2000-2013_nach_bundeslaendern_absolut_und_je_einwohn_019118.pdf
Zugriff: 22.12.2014

Chinas Währung Yuan kommt nach Frankfurt
Die Welt, 23.06.2014
<http://www.welt.de/finanzen/article129381455/Chinas-Waehrung-Yuan-kommt-nach-Frankfurt.html>
Zugriff: 15.09.2014

Großinsolvenz in Tirol: Huter Recycling und Transport GesmbH
KSV 1870, 29.07.2014
<https://www.ksv.at/insolvenzfaelle/grossinsolvenz-in-tirol-huter-recycling-und-transport-gesmbh>
Zugriff: 17.09.2014
Pressemitteilung: Die Insolvenzen steigen wieder: Unternehmensinsolvenzen der ersten drei Quartale 2014
KSV 1870, 23.09.2014

Konkurs der Tiroler Steindl Glas trifft 129 Dienstnehmer
Die Presse, 06.05.2014
<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/3801759/Konkurs-der-Tiroler-Steindl-Glas-trifft-129-Dienstnehmer>
Zugriff: 17.09.2014

Auslagerung nach Serbien: Swarovski baut 200 Jobs ab
Tiroler Tageszeitung, 23.01.2014
<http://www.tt.com/wirtschaft/7776688-91/auslagerung-nach-serbien-swarovski-baut-200-jobs-ab.csp>
Zugriff: 17.09.2014

Plansee baut neues Werk in Südkorea
Tiroler Tageszeitung, 14.10.2014
<http://www.tt.com/wirtschaft/9115444-91/plansee-baut-neues-werk-in-s%C3%BCdkorea.csp>
Zugriff: 17.09.2014



Der Tiroler Arbeitsmarkt

Das dritte Quartal 2014

Im dritten Quartal 2014 setzte sich die bisherige Entwicklung des Tiroler Arbeitsmarktes ungebrochen fort. Einem zunehmenden Maß an Beschäftigung steht ein ansteigendes Niveau an Arbeitslosigkeit gegenüber.

Die Quellen des Beschäftigungszuwachses sind vor allem Frauen, die einem jahrzehntelangen Trend folgend, in einem immer stärkeren Ausmaß in den Arbeitsmarkt eintreten und Personen aus dem Ausland, welche Beschäftigungsmöglichkeiten in Tirol wahrnehmen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit betrifft vor allem die Älteren. Allein die Arbeitslosen im Alter von über 50 Jahren machen fast die Hälfte der zusätzlichen Arbeitslosen in Tirol aus.

Tirol als Ganzes

Im dritten Quartal 2013 waren in Tirol 319.478 Personen in Beschäftigung, eine Zunahme von 2.688 Personen gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Arbeitssuchenden stieg um 1.560 Personen bzw. um 9,2% auf 18.542 im Quartalsdurchschnitt. Die Zu-

nahme der Arbeitslosen beruhte zu fast der Hälfte (46%) auf den zusätzlichen Arbeitssuchenden aus dem Alterssegment 50+. Deren Anzahl stieg um 728 Personen auf 4.579 in ganz Tirol – ein Zunahme um 18,9%. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg im Vergleich zur Altersarbeitslosigkeit und auch zur allgemeinen Arbeitslosigkeit unterdurchschnittlich an. Eine Zunahme von 105 Personen unter 24 Jahren bedeutete einen Zuwachs von 3,5%. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen machten nur 7% aller zusätzlichen Arbeitslosen aus.

Die Zahl der Personen in Schulung stieg um 302 bzw. um 16,3% an. Die Arbeitslosenrate in Tirol lag für das dritte Quartal 2014 bei 5,5%. Werden die 2.153 in Schulung befindlichen Personen noch in Betracht gezogen, so steigt die Arbeitslosenrate um 6,1% an.

Imst

In Imst standen im dritten Quartal 2014 25.523 Personen in Beschäftigung. Gegenüber dem Vorgang stieg damit die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmer um 0,5% bzw. um 130 Personen zurück. Die Zahl der Arbeitslosen stieg dem gegenüber um 100 (+7,2%) auf 1.489 Personen an. Die Zahl der arbeitslosen Personen im Alter von 50 Jahren und mehr stieg im Jahresvergleich um 31 an, eine Zunahme um 9,7%. In keinem anderen Tiroler Bezirk lag die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Altersschicht 50+ niedriger als in Imst. Insgesamt waren im Bezirk 346 Menschen in dieser Altersgruppe auf Arbeitssuche. Die Arbeitslosenrate im Bezirk betrug 5,5% und lag damit exakt im Tirol-Schnitt. Werden die 101 Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS in die Berechnung der Arbeitslosenquote miteinbezogen, so steigt diese moderat auf 5,9% an.

Innsbruck/ Innsbruck-Land

Innsbruck und Innsbruck-Land bilden zusammen den größten Tiroler Arbeitsmarktbezirk. Mit 125.440 Beschäftigten stellen Innsbruck und Innsbruck-Land etwa 40% aller Tiroler Beschäftigten. Im Vorjahresvergleich stieg die Zahl der Beschäftigten um 1.666 Personen bzw. um 1,3% an. Das entsprach der stärksten Beschäftigungszunahme Tirols. Allerdings stieg auch die Zahl der Personen auf Arbeitssuche mit 11,7% (+866 Personen) deutlich an. Im Vergleich zum Tirol-Durchschnitt stieg vor allem die Zahl der beschäftigungslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen an. Mit 9,3% (+118 Personen) lag sie fast um das Dreifache über dem Tirol-Schnitt von 3,5%. Insgesamt waren 1.386 Personen unter 25 Jahren auf Arbeitssuche.

Die Zahl der Arbeitslosen im Alter 50+ stieg um 345 Personen bzw. um 22,2% an. Allein diese Altersgruppe war für fast vierzig Prozent des Gesamtanstiegs an Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die Arbeitslosenrate in Innsbruck und Innsbruck-Land lag bei 6,2% und damit um 0,5 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von AMS-Schulungsmaßnahmen miteinbezogen, so steigt die Arbeitslosenrate auf 6,9% an.

Kitzbühel

In Kitzbühel waren im dritten Quartal 2014 25.581 Personen in Beschäftigung. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bezirk um 0,8% bzw. um 195 Personen an. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit um 8,3% bzw. um 84 Personen an. Für den Großteil – fast drei Viertel – dieses Anstiegs der Arbeitssuchenden war die Altersgruppe 50+ verantwortlich. Die Zahl der beim AMS gemeldeten Personen im Alter über 50 Jahre

stieg um 62 bzw. um 20,3% an. Damit waren im Bezirk 366 Menschen über 50 Jahre beim AMS gemeldet. Weniger als die Hälfte dieser Zahl, nämlich 150 Personen, betrug die Anzahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Arbeit. Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der jungen Arbeitssuchenden sogar um 7,6%. Die Arbeitslosenrate im Bezirk lag mit 4,1% unter dem Tiroler Durchschnitt (5,5%). Inklusive der Personen in AMS-Schulungsmaßnahmen (133 Personen) betrug die Arbeitslosenquote 4,6%.

Kufstein

In Kufstein nahm die Zahl der Beschäftigten um 1,2% (+546 Personen) zu, womit der Beschäftigtenstand im dritten Quartal 2014 44.977 Personen betrug. Zeitgleich stieg die Arbeitslosigkeit im Bezirk um 5,4% bzw. um 126 Personen an. Im Vergleich zum Tiroler Durchschnitt einer Steigerung der Arbeitslosigkeit um 9,2% zeigte sich der Anstieg in Kufstein damit moderater. Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit und bei der Arbeitslosigkeit der Gruppe 50+ lag Kufstein unter dem Tiroler Durchschnitt.

Die Zahl der arbeitssuchenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nicht. Gesamt waren im Bezirk 428 Männer und Frauen unter 25 Jahren ohne Arbeit. Die Zahl der Arbeitslosen über 50 stieg auf 600 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr kamen 62 Personen hinzu (+11,6%). Die Arbeitslosenrate im Bezirk betrug 5,2% und lag damit leicht unter dem Tiroler Durchschnitt von 5,5%. Werden die 366 Personen in AMS-Schulungsmaßnahmen berücksichtigt, steigt die Arbeitslosenquote auf 5,9%.

Landeck

Gegenüber dem Vorjahr stagnierte die Beschäftigung im Bezirk Landeck weitgehend. Nur eine Zunahme von 0,4% bzw. von 69 Personen konnte im dritten Quartal festgestellt werden. Die Zahl der Beschäftigten in Landeck betrug 18.845 Personen. Dem gegenüber stieg die Zahl der Personen auf Arbeitssuche um 114 bzw. um 7,8% an.

Der weitaus größte Teil dieses Anstiegs der Arbeitslosigkeit, nämlich 73%, ging auf das Konto der Zunahme der Arbeitslosen 50+. 84 zusätzliche Personen dieser Altersgruppe waren ohne Arbeit, das entsprach einer Zunahme von 26,5% gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt waren 402 Personen im Alter über 50 Jahren beim AMS gemeldet. Die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Arbeit

stieg um 13 Personen bzw. um 5,3% an. Landeck wies im dritten Quartal 2014 mit 7,8% die höchste Arbeitslosenquote der Tiroler Bezirke auf. Inklusive der Schulungsteilnehmer von AMS-Maßnahmen steigt die Arbeitslosenrate auf 8,5% an.

Lienz

Lienz war im dritten Quartal 2014 zusammen mit Imst einer von zwei Tiroler Bezirken mit einem schrumpfenden Beschäftigungsstand. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Beschäftigten um 79 Personen zurück, wobei der Rückgang ausschließlich der negativen Beschäftigungsentwicklung bei den Männern geschuldet ist (-161 Personen), während es bei den Frauen eine Beschäftigungszunahme zu verzeichnen gab (+81 Personen). Die Zahl der Arbeitslosen im Bezirk stieg im Tirol-Vergleich nur unterdurchschnittlich an: 52 Personen mehr als im Vorjahr bzw. eine Zunahme von 3,6%. Hinzu kamen nur arbeitssuchenden Männer. Deren Anzahl stieg um 54 Personen an, während die Zahl der beim AMS gemeldeten Frauen um 2 Personen abnahm.

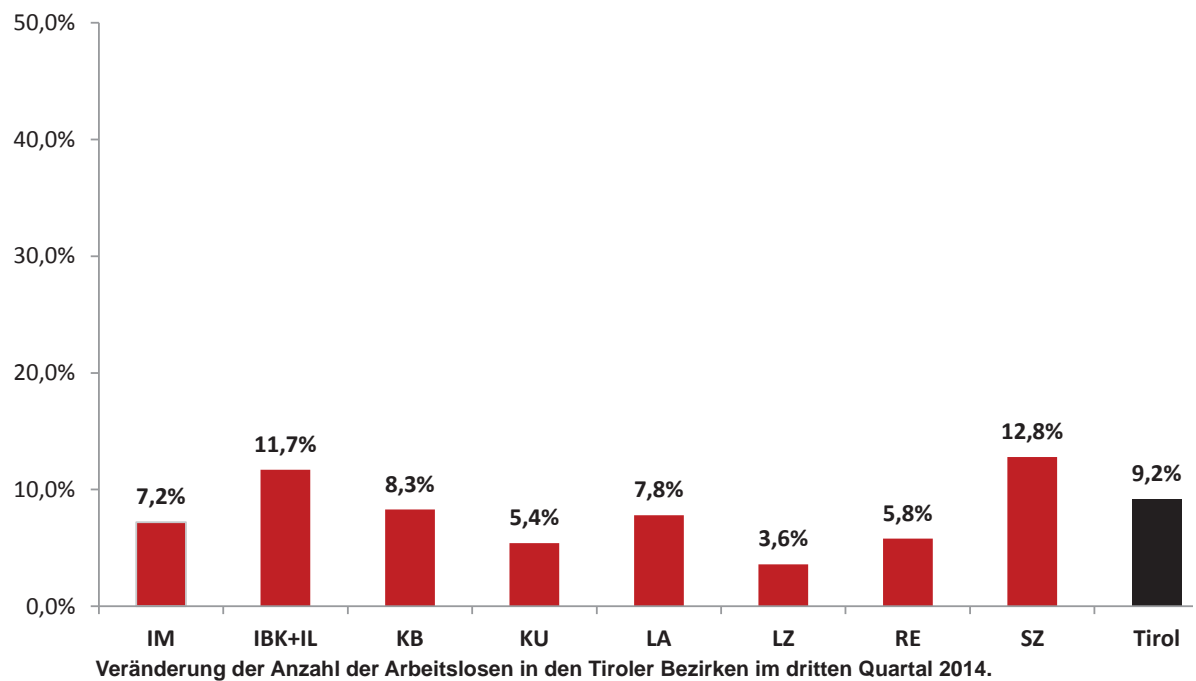
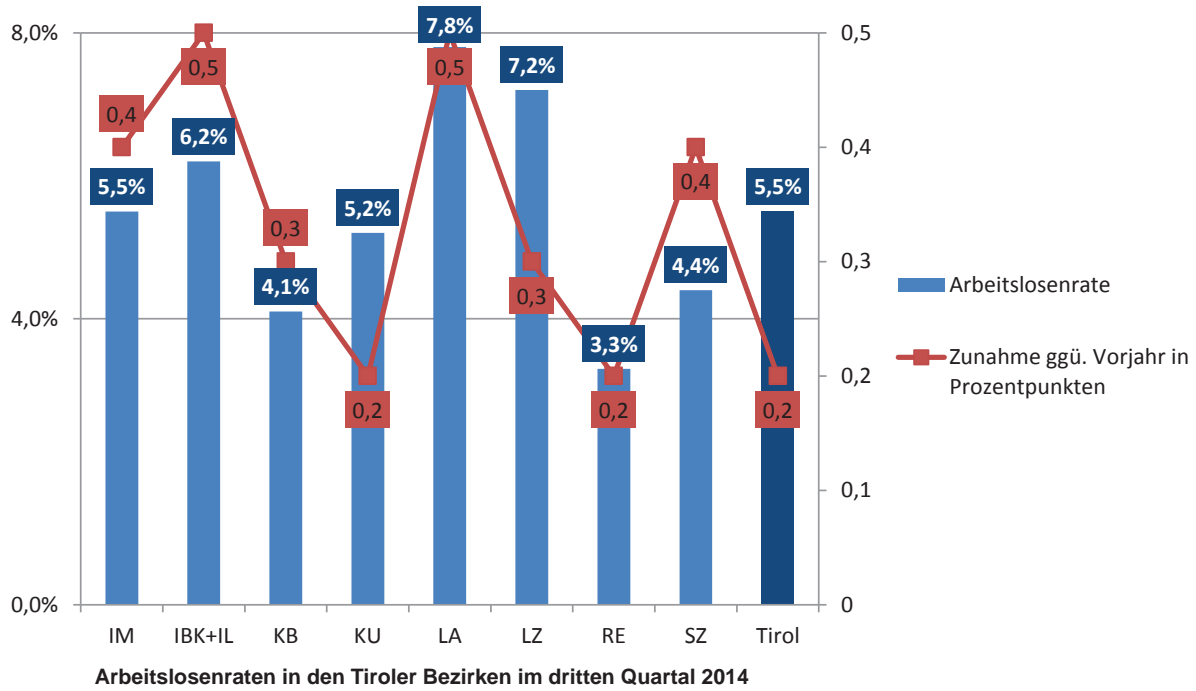
Die Zunahme der Arbeitslosigkeit betraf vor allem die Altersgruppe über 50 Jahre, die um 47 Personen anstieg (+12,6%). Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen stieg kaum an (+ 9 Personen, +4,0%). Die Arbeitslosenrate im Bezirk lag bei 7,2%. Werden auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von AMS-Schulungsmaßnahmen berücksichtigt, steigt die Arbeitslosenquote auf 7,9%.

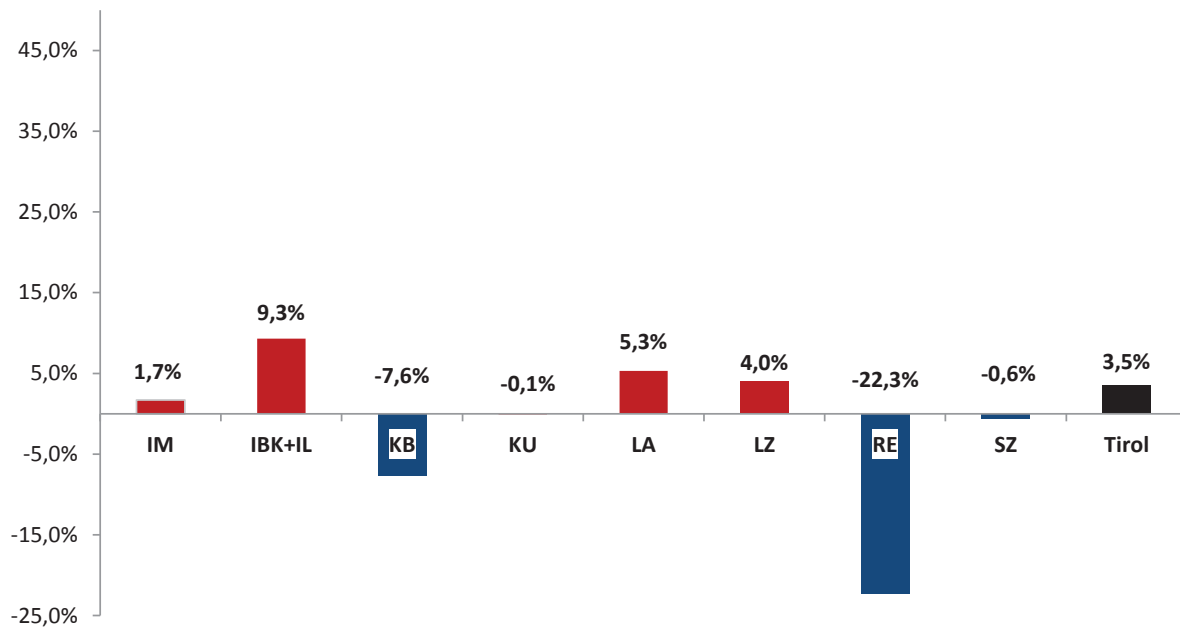
Reutte

Reutte, der mit 13.475 Beschäftigten kleinste Arbeitsmarktbezirk Tirols, wies mit 3,3% die niedrigste Arbeitslosenrate im dritten Quartal 2014 auf. Gegenüber dem Vorjahr kamen 25 beim AMS gemeldete Personen hinzu, das entsprach einer Steigerung von 5,8%. Die Beschäftigung nahm im Zeitraum von Juli bis August 2014 um 91 Personen zu (+0,7%). Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen nahm um 22,3% deutlich ab (-26 Personen). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Bezirk ging gänzlich zu Lasten der Altersgruppe 50+. Die Zahl der Arbeitslosen 50+ nahm um 31,1% bzw. um 28 Personen im Jahresvergleich zu. Die Zahl der Schulungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in AMS-Maßnahmen betrug 72 Personen. Werden diese in der Arbeitslosenquote berücksichtigt, so steigt diese auf 3,8% an.

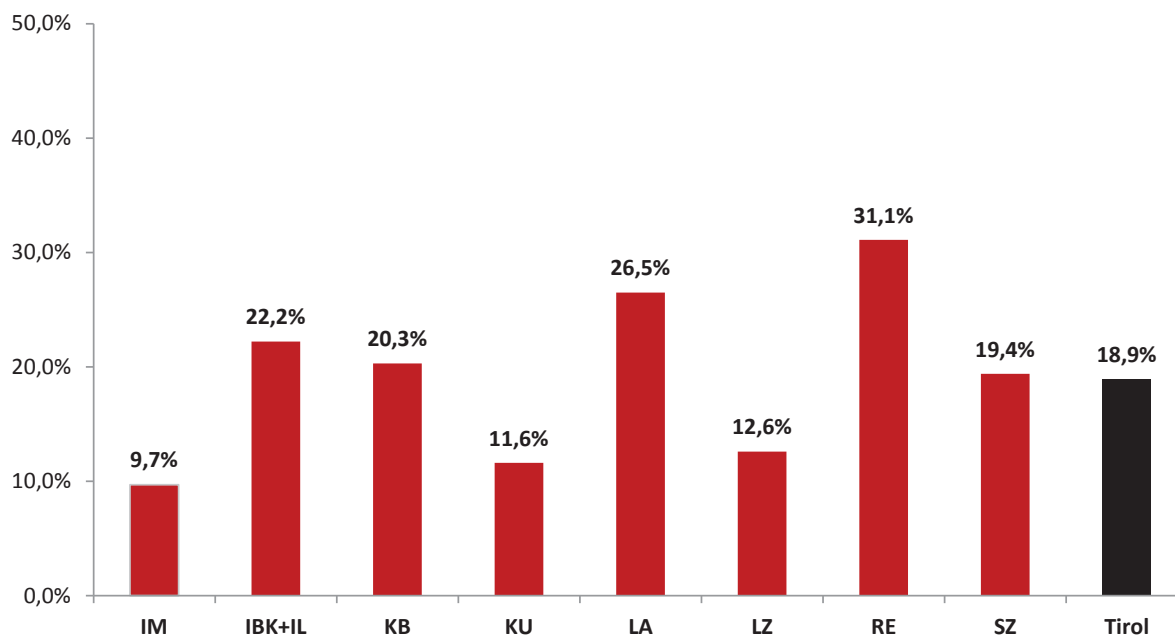
Schwaz

393 Personen betrug die Beschäftigungssteigerung im Bezirk Schwaz im dritten Quartal 2014. Damit stieg die Gesamtzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bezirk auf 36.919 Personen an. Begleitet wurde diese Zunahme der Beschäftigung allerdings vom stärksten Zuwachs an Arbeitslosigkeit aller Tiroler Bezirke. Gegenüber dem Vorjahr kamen 192 beim AMS gemeldete Personen hinzu – eine Steigerung von 12,8%. Während die Jugendarbeitslosigkeit stagnierte (-2 Personen bzw. -0,6%), nahm die Arbeitslosigkeit der Altersgruppe 50+ um 19,4% zu (+69 Personen). Damit waren 422 Personen über 50 Jahre im Bezirk auf Arbeitssuche. Eine deutliche Zunahme gab es auch bei den Personen in AMS-Schulungsmaßnahmen: diese nahmen um 42 auf 201 Personen (+25,0%) zu. Werden diese Personen in der Berechnung der Arbeitslosenquote berücksichtigt, steigt diese von 4,4% (reguläre Arbeitslosenrate) auf 4,9% an.





Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren in den Tiroler Bezirken im dritten Quartal 2014.



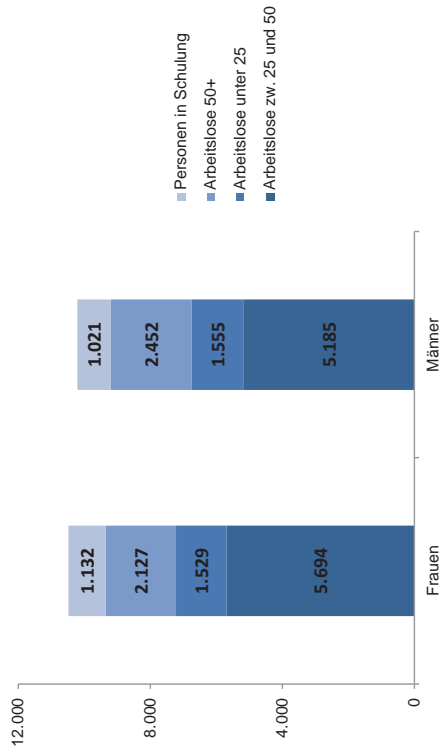
Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen 50+ in den Tiroler Bezirken im dritten Quartal 2014.

Tirol gesamt

Arbeitsmarktübersicht 3. Quartal 2014

Tirol	3. Quartal 2014				Vergleich zum Vorjahr				
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	319.478	150.557	168.921	+2.688	+1.635	+1.020	+0,8%	+1,1%	+0,6%
Veränderung									
Arbeitslose	18.542	9.350	9.192	+1.560	+656	+904	+9,2%	+7,5%	+10,9%
Veränderung Arbeitslose									
Arbeitslosenrate	5,5%	5,8%	5,2%	+0,2PPP	+0,2PPP	+0,3PPP			
inkl. SchulungsteilnehmerInnen	6,1%	6,6%	5,7%						
Arbeitslose unter 25 Jahre	3.084	1.529	1.555	+105	+54	+50	+3,5%	+3,7%	+3,3%
Veränderung AL unter 25 Jahre									
Arbeitslose 50+	4.579	2.127	2.452	+728	+364	+364	+18,9%	+20,6%	+17,5%
Veränderung AL 50+									
Personen in Schulung	2.153	1.132	1.021	+302	+160	+142	+16,3%	+16,4%	+16,2%
Veränderung AL 50+									

Tirol Gesamt: Struktur der Arbeitslosigkeit

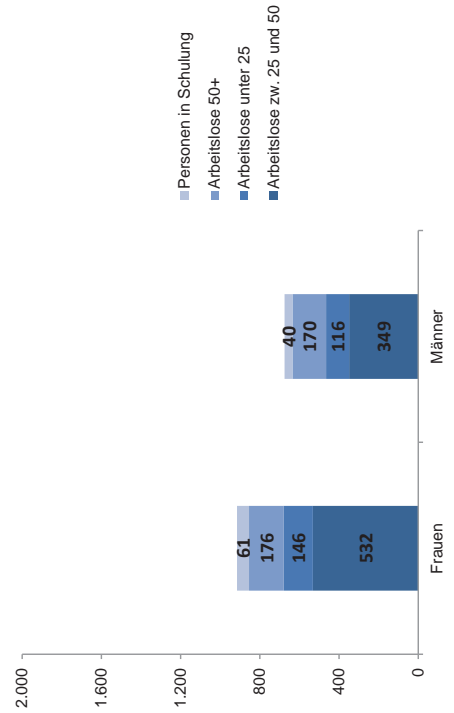


Bezirk Imst

Arbeitsmarktübersicht 3. Quartal 2014

Imst	3. Quartal 2014				Vergleich zum Vorjahr				
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	25.523	11.580	13.943	-130	-24	-106	-0,5%	-0,2%	-0,8%
Veränderung									
Arbeitslose	1.489	854	635	+100	+50	+50	+7,2%	+6,3%	+8,5%
Veränderung Arbeitslose									
Arbeitslosenrate	5,5%	6,9%	4,4%	+0,4PPP	+0,4PPP	+0,4PPP			
inkl. SchulungsteilnehmerInnen	5,9%	7,4%	4,6%						
Arbeitslose unter 25 Jahre	262	146	116	+4	-4	+9	+1,7%	-2,9%	+8,0%
Veränderung AL unter 25 Jahre									
Arbeitslose 50+	346	176	170	+31	+18	+12	+9,7%	+11,7%	+7,8%
Veränderung AL 50+									
Personen in Schulung	101	61	40	-19	-7	-12	-16,1%	-10,7%	-23,1%
Veränderung AL 50+									

Bezirk Imst: Struktur der Arbeitslosigkeit

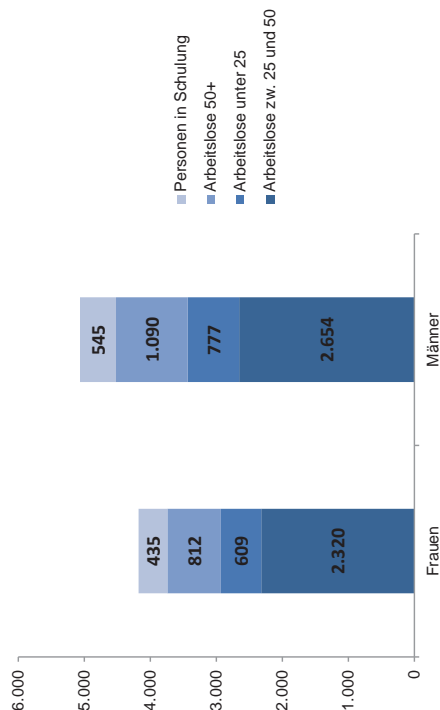


Innsbruck und Innsbruck-Land

Arbeitsmarktübersicht 3. Quartal 2014

Innsbruck (inkl. IL)	3. Quartal 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	125.440	60.583	64.857	+1.666	+754	+912
Veränderung				+1,3%	+1,3%	+1,4%
Arbeitslose	8.262	3.741	4.521	+866	+384	+482
Veränderung Arbeitslose				+11,7%	+11,4%	+11,9%
Arbeitslosenrate	6,2%	5,8%	6,5%	+0,5PP	+0,5PP	+0,6PP
inkl. SchulungsteilnehmerInnen	6,9%	6,5%	7,3%			
Arbeitslose unter 25 Jahre	1.386	609	777	+118	+71	+47
Veränderung AL unter 25 Jahre				+9,3%	+13,2%	+6,5%
Arbeitslose 50+	1.902	812	1.090	+345	+169	+176
Veränderung AL 50+				+22,2%	+26,2%	+19,3%
Personen in Schulung	980	435	545	+176	+68	+108
Veränderung AL 50+				+21,9%	+18,5%	+24,8%

Innsbruck & Innsbruck-Land: Struktur der Arbeitslosigkeit

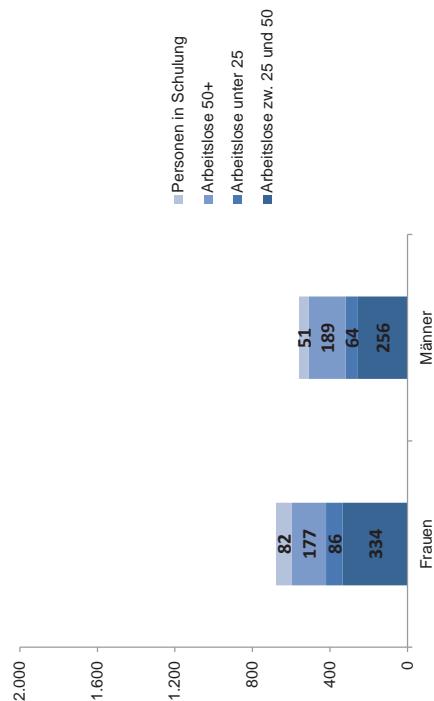


Bezirk Kitzbühel

Arbeitsmarktübersicht 3. Quartal 2014

Kitzbühel	3. Quartal 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	25.581	12.336	13.245	+195	+170	+25
Veränderung				+0,8%	+1,4%	+0,2%
Arbeitslose	1.106	597	509	+84	+32	+52
Veränderung Arbeitslose				+8,3%	+5,7%	+11,4%
Arbeitslosenrate	4,1%	4,6%	3,7%	+0,3PP	+0,2PP	+0,4PP
inkl. SchulungsteilnehmerInnen	4,6%	5,2%	4,1%			
Arbeitslose unter 25 Jahre	150	86	64	-12	-8	-4
Veränderung AL unter 25 Jahre				-7,6%	-8,5%	-6,3%
Arbeitslose 50+	366	177	189	+62	+28	+33
Veränderung AL 50+				+20,3%	+19,1%	+21,4%
Personen in Schulung	133	82	51	+35	+19	+16
Veränderung AL 50+				+35,7%	+29,6%	+46,7%

Bezirk Kitzbühel: Struktur der Arbeitslosigkeit

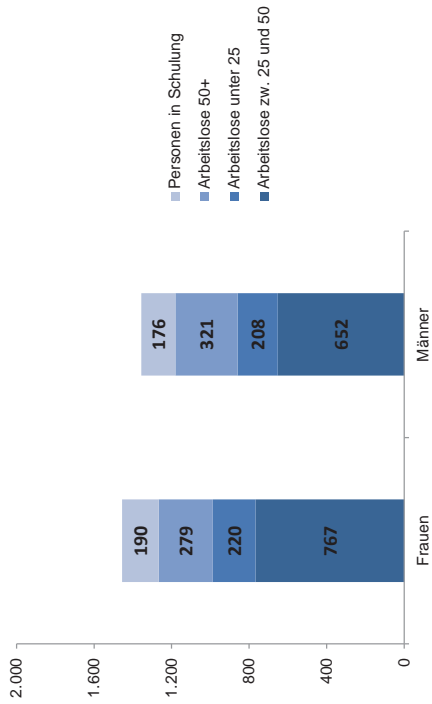


Bezirk Kufstein

Arbeitsmarktübersicht 3. Quartal 2014

Kufstein	3. Quartal 2014				Vergleich zum Vorjahr				
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	44.977	20.960	24.017	+546	+292	+254	+1,2%	+1,4%	+1,1%
Veränderung									
Arbeitslose	2.447	1.266	1.181	+126	+61	+65	+5,4%	+5,0%	+5,9%
Veränderung Arbeitslose									
Arbeitslosenrate	5,2%	5,7%	4,7%	+0,2PPP	+0,2PPP	+0,2PPP			
inkl. SchulungsteilnehmerInnen	5,9%	6,6%	5,4%						
Arbeitslose unter 25 Jahre	428	220	208	0	-3	2	-0,1%	-1,2%	+1,1%
Veränderung AL unter 25 Jahre									
Arbeitslose 50+	600	279	321	+62	+32	+30	+11,6%	+13,1%	+10,3%
Veränderung AL 50+									
Personen in Schulung	366	190	176	+67	+34	+33	+22,4%	+22,0%	+22,8%
Veränderung AL 50+									

Bezirk Kufstein: Struktur der Arbeitslosigkeit

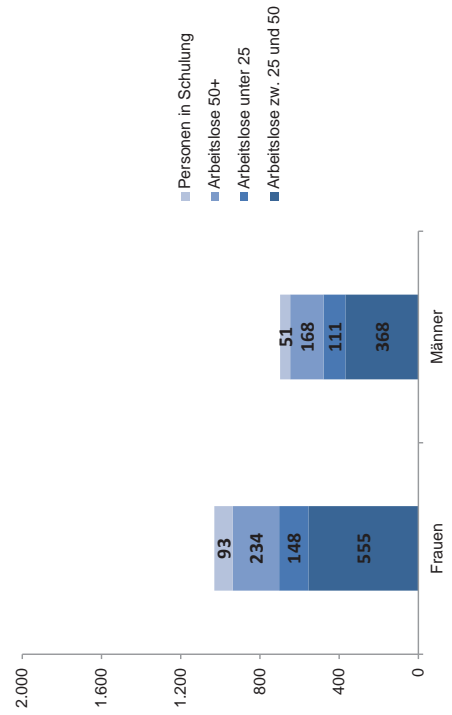


Bezirk Landeck

Arbeitsmarktübersicht 3. Quartal 2014

Landeck	3. Quartal 2014				Vergleich zum Vorjahr				
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	18.845	8.334	10.511	+69	+78	-10	+0,4%	+0,9%	-0,1%
Veränderung									
Arbeitslose	1.584	937	647	+114	+54	+60	+7,8%	+6,1%	+10,3%
Veränderung Arbeitslose									
Arbeitslosenrate	7,8%	10,1%	5,8%	+0,5PPP	+0,4PPP	+0,5PPP			
inkl. SchulungsteilnehmerInnen	8,5%	11,1%	6,3%						
Arbeitslose unter 25 Jahre	259	148	111	+13	+13	0	+5,3%	+9,9%	-0,3%
Veränderung AL unter 25 Jahre									
Arbeitslose 50+	402	234	168	+84	+48	+37	+26,5%	+25,5%	+27,9%
Veränderung AL 50+									
Personen in Schulung	144	93	51	+6	+9	-4	+4,1%	+11,2%	-6,7%
Veränderung AL 50+									

Bezirk Landeck: Struktur der Arbeitslosigkeit

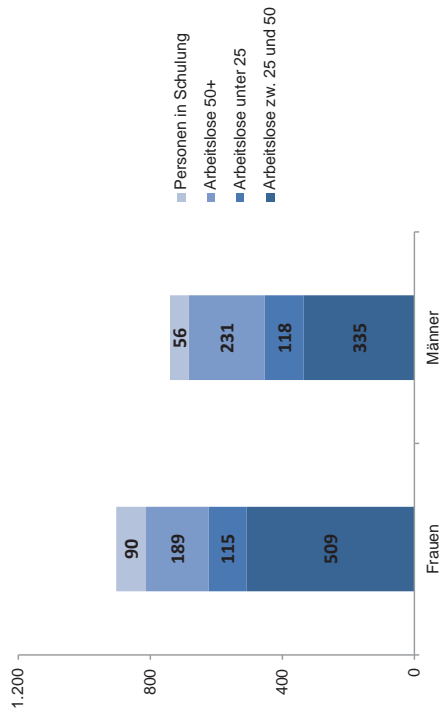


Bezirk Lienz

Arbeitsmarktübersicht 3. Quartal 2014

Lienz	3. Quartal 2014				Vergleich zum Vorjahr				
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	19.279	8.650	10.629	-79	+81	-161	-0,4%	+0,9%	-1,5%
Veränderung									
Arbeitslose	1.497	813	684	+52	-2	+54	+3,6%	-0,2%	+8,6%
Veränderung Arbeitslose									
Arbeitslosenrate	7,2%	8,6%	6,0%	+0,3PPP	-0,1PPP	+0,5PPP			
inkl. Schulungsteilnehmerinnen	7,9%	9,5%	6,5%						
Arbeitslose unter 25 Jahre	233	115	118	+9	-5	+14	+4,0%	-4,2%	+13,5%
Veränderung AL unter 25 Jahre									
Arbeitslose 50+	420	189	231	+47	+23	+24	+12,6%	+13,8%	+11,6%
Veränderung AL 50+									
Personen in Schulung	146	90	56	+5	+3	+3	+3,8%	+3,0%	+5,0%
Veränderung AL 50+									

Bezirk Lienz: Struktur der Arbeitslosigkeit

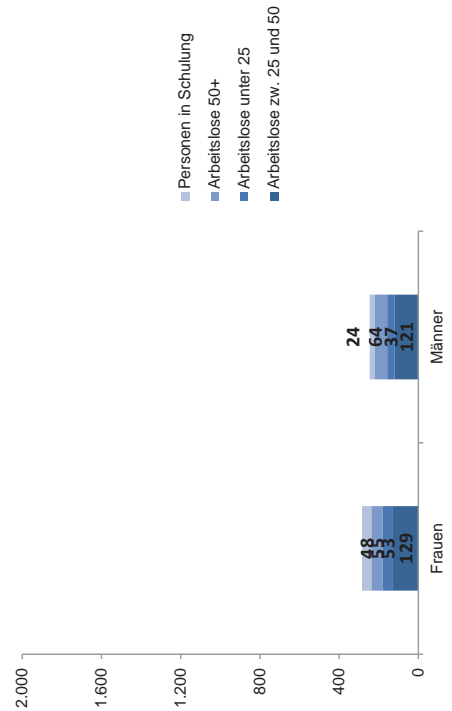


Bezirk Reutte

Arbeitsmarktübersicht 3. Quartal 2014

Reutte	3. Quartal 2014				Vergleich zum Vorjahr				
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	13.475	6.113	7.362	+91	+25	+66	+0,7%	+0,4%	+0,9%
Veränderung									
Arbeitslose	459	237	222	+25	-4	+29	+5,8%	-1,5%	+15,0%
Veränderung Arbeitslose									
Arbeitslosenrate	3,3%	3,7%	2,9%	+0,2PPP	-0,1PPP	+0,3PPP			
inkl. Schulungsteilnehmerinnen	3,8%	4,5%	3,2%						
Arbeitslose unter 25 Jahre	90	53	37	-26	-13	-13	-22,3%	-19,8%	-25,5%
Veränderung AL unter 25 Jahre									
Arbeitslose 50+	119	55	64	+28	+15	+14	+31,1%	+36,1%	+27,2%
Veränderung AL 50+									
Personen in Schulung	72	48	24	-10	-1	-9	-12,1%	-2,0%	-27,3%
Veränderung AL 50+									

Bezirk Reutte: Struktur der Arbeitslosigkeit

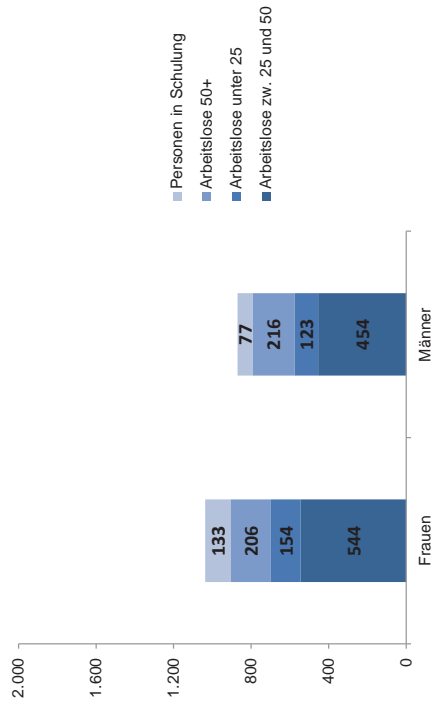


Bezirk Schwaz

Arbeitsmarktübersicht 3. Quartal 2014

Schwaz	3. Quartal 2014				Vergleich zum Vorjahr				
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	36.919	17.208	19.711	+393	+214	+179	+1,1%	+1,3%	+0,9%
Veränderung									
Arbeitslose	1.697	904	793	+192	+81	+111	+12,8%	+9,8%	+16,3%
Veränderung Arbeitslose									
Arbeitslosenrate	4,4%	5,0%	3,9%	+0,4PP	+0,4PP	+0,5PP			
inkl. SchulungsteilnehmerInnen	4,9%	5,7%	4,2%						
Arbeitslose unter 25 Jahre	277	154	123	-2	+3	-5	-0,6%	+2,0%	-3,6%
Veränderung AL unter 25 Jahre									
Arbeitslose 50+	422	206	216	+69	+31	+38	+19,4%	+17,5%	+21,3%
Veränderung AL 50+									
Personen in Schulung	210	133	77	+42	+35	+7	+25,0%	+35,8%	+9,9%
Veränderung AL 50+									

Bezirk Schwaz: Struktur der Arbeitslosigkeit





cc: Nationaal Archief

Arbeitslosenquoten

Vergleich: nationale vs. EU-harmonisierte Arbeitslosenrate

In Zeiten des angespannten Arbeitsmarktes geraten Diskussionen über anhaltend steigende Arbeitslosenzahlen ins Zentrum politischer und gesellschaftlicher Debatten. Durch die mediale Berichterstattung wird man stets mit Arbeitslosenzahlen und Statistiken konfrontiert. Je nach Berechnungsmethode ist die Vergleichbarkeit solcher Zahlen aber eher beschränkt. Hierzu ein kurzer Überblick.

Generell kann bei der Arbeitslosenquote zwischen einer nationalen und einer EU-Berechnung unterschieden werden. Bei der nationalen Berechnung setzt man die Zahl der arbeitslosen Personen ins Verhältnis zum Arbeitskräftepotential, das sich aus der Summe der arbeitslosen Personen und der unselbständigen Personen ergibt. Selbständige werden hierbei nicht hinzugezählt.

Laut nationaler Berechnungsmethode gilt also:

Arbeitslosenquote = Anzahl der Arbeitslosen / Arbeitskräftepotential

Für die EU-Berechnung werden vom statistischen

Zentralamt der Europäischen Union (Eurostat) Daten vom Mikrozensus herangezogen. Es handelt sich hierbei also um eine einwöchige Haushaltsbefragung, deren Teilnehmer nach bestimmten Zufallskriterien ausgewählt werden. Als arbeitslos gelten demnach Personen, die

- zum Zeitpunkt der Erhebung nicht erwerbstätig sind
- aktiv einen Arbeitsplatz suchen
- und innerhalb von 2 Wochen für eine Arbeitsaufnahme verfügbar sind.

Hingegen gelten gemäß Eurostat jene Personen als erwerbstätig, die während des Zeitraums der Erhebung mindestens eine Stunde pro Woche gearbeitet haben, sowie jene, die zwar nicht gearbeitet haben (z.B. wegen Krankheit oder Urlaub), aber prinzipiell erwerbsfähig sind.

Die Arbeitslosenquote ergibt sich dann aus dem Verhältnis zwischen den somit definierten Arbeitslosen und dem Arbeitskräfteangebot (Arbeitslose, Selbständige und unselbständige Erwerbstätige).

Nach der EU-Methode ergibt sich somit folgende Berechnungsmethode:

Arbeitslosenquote = Anzahl der Arbeitslosen gemäß Eurostat / Arbeitskräfteangebot

Die Interpretation von Arbeitslosenstatistiken

Der Aussagegehalt von Arbeitslosenstatistiken ist somit je nach Berechnungsmethode oft sehr unterschiedlich. Zudem können bestimmte Maßnahmen erheblichen Einfluss auf die Zahl der als arbeitslos geltenden Personen nehmen. Besonders stark zum Ausdruck kommt dies am Beispiel der Langzeitarbeitslosigkeit (länger als 12 Monate andauernde Arbeitslosigkeit), wo Österreich europaweit als Musterländer gilt. Dennoch muss berücksichtigt werden, dass manche Bestimmungen dieses gute Ergebnis auch begünstigen. Beispielsweise beginnt in Österreich die Phase der Arbeitslosigkeit nach einer Schulung von mehr als 28 Tagen von neuem. Dasselbe trifft zu, wenn ein Arbeitsloser Krankengeld bezieht. Laut Sozialministerium gab es aus diesen Gründen in Österreich 2013 im Schnitt gerade einmal 6795 Langzeitarbeitslose. Gleichzeitig wies das AMS aber darauf hin, dass im selben Zeitraum 57.462 der Ar-

beitslosen in Österreich mehr als ein Jahr lang ohne Arbeit waren.

Leider bedient sich die Politik solcher Methoden manchmal wissentlich, um verzerrte Bilder zu vermitteln oder unangenehme Tatsachen in weniger dramatisch klingende Worte zu verpacken. In Deutschland sorgten 2011 die aktuellsten Arbeitslosenzahlen für Aufsehen, als durch eine neue Sonderregelung plötzlich über 100.000 Menschen aus der Arbeitslosenstatistik verschwanden. Diese besagt, dass Menschen im Alter von über 58 Jahren mit mindestens 12 durchgehenden Monaten an Hartz IV-Bezügen nicht mehr als Arbeitslose geführt werden.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass es zu hinterfragen gilt, worauf eine Verbesserung der Arbeitslosenstatistik zurückzuführen ist. Schließlich macht es einen großen Unterschied, ob eine Senkung der Arbeitslosenrate aufgrund der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt erzielt wurde oder ob die Teilnahme an Schulungen oder der Bezug von Krankengeld durch Arbeitslose dafür verantwortlich ist.

	Nationale Methode	EU-Methode
Datenquelle für Anzahl der Arbeitslosen	AMS-Registrierungen	Mikrozensus-Befragung
Wer gilt als arbeitslos?	beim AMS als arbeitslos gemeldete Personen	Personen, die während des Befragungszeitraumes keiner Beschäftigung nachgehen, gleichzeitig aber auf Arbeitssuche und innerhalb von zwei Wochen für eine Arbeitsaufnahme verfügbar sind
Höhe der Arbeitslosenrate	Immer höher als EU-Quote	niedriger als nationale Quote
	arbeitslos – ja oder nein?	arbeitslos – ja oder nein?
Schulungsteilnehmer beim AMS	nein (AMS Schulungsteilnehmer scheinen nicht in der Arbeitslosenstatistik auf)	ja (aktive Jobsuche vorausgesetzt)
gleichzeitig AMS-Bezieher und geringfügig beschäftigt	ja (weil beim AMS gemeldet)	nein (da mindestens 1h in der Woche beschäftigt)
arbeitslose Selbständige	nein (keine Meldung beim AMS sofern keine Einzahlung in freiwillige Arbeitslosenversicherung)	ja (aktive Arbeitssuche vorausgesetzt)
Krankengeldbezieher	nein (keine Meldung beim AMS)	nein (wenn keine aktive Arbeitssuche)
Schul-/Studienabsolventen auf Arbeitssuche	nein (keine Meldung beim AMS)	ja (aktive Arbeitssuche vorausgesetzt)
arbeitsfähige Arbeitslose die aus Frustration nicht mehr aktiv auf Arbeitssuche sind	ja (sofern beim AMS gemeldet)	nein (weil nicht aktiv auf Arbeitssuche)
unfreiwillige Frühpensionisten	nein (keine Meldung beim AMS)	nein (keine aktive Arbeitssuche)



Freihandel EU - USA?

Warum das Freihandelsabkommen TTIP höchst problematisch ist

TTIP, eine Abkürzung, die sich immer öfter in den Medien findet, bezeichnet das Freihandelsabkommen, das derzeit zwischen der EU und den USA verhandelt wird. Dieses soll den Handel mit Gütern und Dienstleistungen zwischen den beiden großen Wirtschaftsräumen diesseits und jenseits des Atlantiks vereinfachen.

Freihandelsabkommen sind nichts Neues, die EU hat solche Abkommen bereits mit Südkorea, Bolivien und Peru abgeschlossen sowie zuletzt mit Kanada ausverhandelt, aufgrund der Größe und Wirtschaftsmacht des Handelspartners USA kommt dem TTIP jedoch eine besondere Bedeutung zu.

Die Vereinfachung und Liberalisierung des Welthandels schreitet schon seit Jahren voran, anfangs noch unter dem Dach der Welthandelsorganisation (WTO) auf multilateraler Ebene, also zwischen den 160 WTO-Mitgliedern. Hier bestehen diverse Abkommen zum Handel mit Gütern (GATT), mit Dienstleistungen (GATS) und zu handelsbezogenen Aspekten der

Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS). Da weitere Liberalisierungsschritte in den vergangenen Jahren auf WTO-Ebene stockten, entschied sich die EU in der Folge bilateral, also mit ausgewählten Staaten, weitere Freihandelsabkommen abzuschließen, eines davon mit dem Namen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). All diese Verhandlungen hatten bislang eines gemeinsam: Sie fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Geheimen statt und wurden erst veröffentlicht, als der fertige Text feststand.

Auf Seiten der EU verhandelt das TTIP die EU-Kommission, konkret die Generaldirektion Handel unter der Leitung des Handelskommissars. Bis Oktober 2014 war dies der Belgier Karel de Gucht, verhandlungsführend ist nun dessen Nachfolgerin, die Schwedin Cecilia Malmström. Basis der Verhandlungen ist das Verhandlungsmandat, das der Rat, das sind die zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten, im Juni 2013 beschlossen hat.¹

¹ Directives for the negotiation on the Transatlantic Trade and Investment Partnership between the European Union and the United States of America, Nr. 11103/13.



cc-Altab Uzzaman

Kitikerinnen und Kritiker des Freihandelsabkommens TTIP befürchten, dass Verbraucherschutzstandards, etwa bei Lebensmitteln, dadurch gefährdet sein könnten. In den USA sind etwa gentechnisch veränderte Nahrungsmittel zulässig.

Was wird verhandelt?

Das Verhandlungsmandat zum TTIP umfasst diverse Kapitel, unter anderem zu Zöllen, zu nichttarifären Handelshemmnissen (englisch: non tariff barriers: NTBs), zu landwirtschaftlichen Gütern, zu Industriegütern, zu Dienstleistungen, zum öffentlichen Beschaffungswesen, zum Investitionsschutz, zur Nachhaltigkeit und zu den geistigen Eigentumsrechten. Da es im Bereich der Zölle auf Güter, welche aus den USA in die EU bzw. umgekehrt importiert werden, nicht mehr allzu viel Spielraum nach unten gibt, liegt der Schwerpunkt der Verhandlungen bei den nichttarifären Handelshemmnissen.²

Nichttarifäre Handelshemmnisse

Nichttarifäre Handelshemmnisse sind Vorschriften eines Staates bzw. eines Staatenbundes wie der EU, die Produkte oder Dienstleistungen erfüllen müssen, damit sie in diesem Staat verkauft bzw. angeboten werden dürfen. Dabei handelt es sich beispielsweise um technische Bestimmungen für Maschinen oder Anlagen, um Sicherheitsstandards und Abgasnormen in der Automobilindustrie, um sanitäre oder phytosanitäre Maßnahmen in der Landwirtschaft (Standards zur Lebensmittelsicherheit), um Zertifizierungen, Verfahrenszulassungen oder Produktzulas-

sungen, vor allem für KFZ, Chemikalien, Kosmetik-Produkten, Textilien oder pharmazeutische Produkte. Aber auch Ausbildungsvoraussetzungen für die Erbringung von Dienstleistungen können nichttarifäre Handelshemmnisse darstellen.

Den Großteil der Wachstumsgewinne, die durch das Abkommen erreicht werden sollen, glaubt die Kommission durch die Eliminierung oder Reduktion dieser nichttarifären Handelshemmnisse auf beiden Seiten zu erreichen. Dabei gibt es in der Regel zwei Möglichkeiten, entweder durch Harmonisierung oder mittels gegenseitiger Anerkennung dieser Regelungen. Harmonisierung bedeutet, dass die EU und die USA sich auf gemeinsame Vorschriften und Standards einigen, was einen hohen Verhandlungsaufwand und legislative Veränderungen sowohl in den USA als auch in Europa bedeuten würde. Dieser Weg ist daher unrealistisch und man dürfte sich eher auf eine wechselseitige Anerkennung der eigenen Vorschriften in diversen Bereichen einigen.

Dies würde zum Beispiel bedeuten, dass ein Produkt, welches in den USA zugelassen ist, automatisch auch in der EU zugelassen wäre. Oder eine Ausbildungsvoraussetzung zur Ausübung eines be-

² vgl. Hillary John, Rosa Luxemburg Stiftung: The Transatlantic Trade and Investment Partnership – a charter for deregulation, an attack on jobs, an end to democracy, Februar 2014, S. 10 f.



Durch den Abschluss von TTIP könnte es auch zu einer Untergrabung von Arbeitsschutzbestimmungen kommen - die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden in der Luft hängen gelassen.

stimmt Berufen in einem EU-Staat wird ohne Vorschreibung zusätzlicher Qualifikationen in den USA anerkannt. Die beiderseitige Abschaffung von Vorschriften und Standards wäre eine dritte Variante, die zu einer maximalen Liberalisierung des Handels führen würde.

Die EU-Kommission schätzt, dass die bestehenden nichttarifären Handelshemmnisse zwischen der EU und den USA einem Zolläquivalent von 10-20% entsprechen, das bedeutet, die Produkte könnten durch Angleichung, Anerkennung oder Abschaffung um diesen Prozentsatz günstiger in den jeweils anderen Wirtschaftsraum exportiert werden, was den Handel entsprechend ankurbeln könnte.³

Kritiker dieser Angleichung der nichttarifären Handelshemmnisse, wie auch die Arbeiterkammer, sehen darin die Gefahr der Absenkung von Standards und Regelungen zum Schutz von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen, aber auch des Gesundheits-

und Umweltschutzes. Zum Beispiel im Bereich der Lebensmittelsicherheit bestehen sehr unterschiedliche Standards zwischen den USA und Europa. So ist es in den USA beispielsweise erlaubt, hormonbehandeltes Fleisch oder gentechnisch veränderte Nahrungsmittel auf den Markt zu bringen. Aber auch die Methode, Hühner nach der Schlachtung zur Desinfektion in ein Chlorbad zu legen (so genannte Chlorhühner), ist in den USA erlaubt und weit verbreitet, in der EU jedoch derzeit verboten. Diese medial stark diskutierten Beispiele unterschiedlicher Lebensmittelstandards dürften nach diversen politischen Äußerungen, wie zB der deutschen Bundeskanzlerin Merkel zu den Chlorhühnern, wohl ausdrücklich aus dem Abkommen ausgenommen werden.^{4,5} Sie zeigen aber deutlich auf, dass die Denkweise, wie in den USA Lebensmittel ver- bzw. bearbeitet werden können, sich vom europäischen Ansatz stark unterscheidet.

Das Abkommen birgt die Gefahr der Lockerung oder Abschaffung von wichtigen Regelungen und Regulierungssystemen in Europa. Da auch Pläne bestehen, ein Frühwarnsystem für künftige Regulierungen einzurichten, welches im Zuge von Folgenabschätzungen die Auswirkungen von geplanten Regulierungen auf den transatlantischen Handel auch nach Abschluss des eigentlichen Abkommens prüfen soll, könnte das TTIP ein „lebendes Abkommens“ werden. Dies nährt die Befürchtungen, dass auch zukünftige gesetzgeberische Maßnahmen in Europa, z.B. zum Schutz der Umwelt oder der Verbraucherinnen und Verbraucher, verhindert werden können, wenn diese den Handel mit den USA zu stark beeinträchtigen würden. Hierzu soll ein sogenanntes „Regulatory Cooperation Council“ eingerichtet werden, das neben der Beobachtung künftiger Entwicklungen auch fortlaufende Maßnahmen zur Harmonisierung bzw. gegenseitige Anerkennung im Fokus haben soll.

Investitionsschutz

Ein weiterer großer Kritikpunkt an diesem geplanten Abkommen, welcher aber auch das Abkommen mit Kanada und andere Freihandelsabkommen betrifft, ist das vorgesehene Investitionsschutzkapitel. Investitionsschutzabkommen wurden bisher auf nationaler Ebene abgeschlossen, um einerseits heimische Unternehmen/Investoren, welche in anderen Staaten eine Investition tätigen, zu schützen und andererseits ausländische Investoren anzulocken. Ein Investitionsschutzabkommen sieht in der Regel das Prinzip

³ vgl. AK Positionspapier zum Freihandelsabkommen der EU mit den USA, Mai 2013.

⁴ vgl. FAZ 24.05.2014, Merkel: Chlorhühnchen werde ich verhindern, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/merkel-mit-mir-gibt-es-keine-chlorhuehnchen-aus-amerika-12956071.html> (Zugriff am 26.11.2014).

⁵ vgl. Pressemitteilung der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, 9.1.2014: Hormonfleisch ist tabu im EU-US-Freihandelsabkommen, http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11958_de.htm (Zugriff: 19.11.2014).



cc Len Matthews

Durch das umstrittene Investitionsschutzabkommen des TTIP könnte eine nicht demokratisch legitimierte Gerichtsbarkeit für international tätige Konzerne geschaffen werden. Zu Recht ist man darüber besorgt.

der Gleichbehandlung vor, was bedeutet, dass ausländische Investoren aus dem anderen Vertragsstaat inländischen Investoren bzw. Unternehmen gleichgestellt werden und daher keine Diskriminierung erfahren dürfen.

Zum Schutz vor staatlichen Eingriffen garantiert ein solches Abkommen einem ausländischen Investor einen Entschädigungsanspruch bei Enteignungen und enteignungsähnlichen Maßnahmen, für Eigentumstitelentwertungen sowie für entgangene zukünftige Gewinne. Im Gegensatz zu nationalen Unternehmen steht den ausländischen Investoren hierfür bei einer solchen Verletzung ihrer Eigentumsrechte durch den Investitionsstaat eine Klagsmöglichkeit vor privaten Schiedsgerichten zu. Man spricht hier von einem Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (englisch: ISDS - Investor-state dispute settlement), welches auch für das Investitionsschutzkapitel im TTIP geplant ist.⁶

Angesichts der Tatsache, dass sowohl die EU-Mitgliedstaaten als auch die USA demokratische Staaten mit einer hoch entwickelten Rechtskultur und Rechtsstaatlichkeit sind, ist das Etablieren eines privaten Rechtsschutzsystems mit Schiedsgerichten aus rechtsstaatlicher und demokratiepolitischer Sicht bedenklich. Zudem sind diese Schiedsgerichte nur den ausländischen Investoren zugänglich, während inländischen Unternehmen bei gleichartigen Eigentumseingriffen ausschließlich das nationale Rechtssystem sowie die nationalen Rechtsgrundlagen unter Berücksichtigung des jeweiligen Verfassungsrechts zur Verfügung stehen. Diese heimischen Investoren können sich nämlich gegenüber dem eigenen Staat nicht auf das Abkommen stützen. Aus dem angestrebten Ziel der Gleichbehandlung ausländischer Unternehmen wird somit eine Ungleichbehandlung inländischer Investoren.

Private Schiedsgerichtsvereinbarungen gehören zum Standard in bilateralen Investitionsschutzabkommen, machen aber in der Regel nur dann Sinn, wenn ein Handelspartner ein weniger entwickelter Rechtsstaat ist, bei dem das Vertrauen ausländischer Investoren in die dortige Justiz nicht gegeben ist. Dass aber auch in solchen Fällen ein Investitionsschutzabkommen nur bedingt Sicherheit bietet, zeigt der Fall Sedelmayer gegen Russland auf. Ein bayrischer Unternehmer, der in den 1990er-Jahren von Russland enteignet wurde, und dem von einem schwedischen Schiedsgericht auf Basis eines Investitionsschutzabkommens zwischen Deutschland und Russland die vergleichsweise geringe Summe von 2,35 Millionen Dollar zugesprochen wurde, kämpft seit 20 Jahren mehr oder minder vergeblich darum, diese Schulden



cc seven resist

Ein Beispiel für die Auswirkungen eines Investitionsschutzabkommens: Der Fall „Vattenfall“ in Deutschland. Der schwedische Atomkraftwerkbetreiber verklagte die Bundesrepublik nach dem Atomausstieg auf 4,7 Mrd. Euro.

⁶vgl. European Commission: Public consultation on modalities for investment protection and ISDS in TTIP, 3.4.2014.

von Russland einzutreiben.⁷ Staaten können somit auch Exekutionen gegen Staatseigentum aufgrund von rechtskräftigen Schiedssprüchen erfolgreich veriteln, wenn die eigene Rechtskultur es zulässt.

Die Praxis der bisherigen Schiedsgerichtsverfahren zeigt aber auch andere gravierende Mängel auf: So sind diese Verfahren durch Intransparenz geprägt, da sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, sowie durch Widersprüchlichkeit und Unberechenbarkeit der Urteile, da es keinen Instanzenzug gibt und somit auch keine einheitliche „höchstgerichtliche“ Judikatur entwickelt werden kann. Weiters handelt es sich um sehr teure Verfahren auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des beklagten Staates. Auch die Unabhängigkeit der Schiedsrichter kann angezweifelt werden, da diese keine verfassungsmäßig weisungsfrei gestellten hauptberuflichen Richter sind, sondern meist ein überschaubarer Kreis von Anwälten großer auf ISDS spezialisierter Kanzleien, die abwechselnd als Richter oder Vertreter der Streitparteien tätig sind.⁸

Ein weiteres gewichtiges Argument gegen diese Streitbeilegungsverfahren ist die Erpressbarkeit von Staaten und von demokratisch gewählten Volksvertreterinnen und -vertretern in ihrer politischen Entscheidungsfreiheit, da die Summen, die in solchen Verfahren eingeklagt und manchmal auch zugesprochen werden, in die Milliarden gehen können. So hat beispielsweise der schwedische Energiekonzern Vattenfall eine Klage auf 4,7 Milliarden Euro gegen die Bundesrepublik Deutschland aufgrund des geplanten Atomausstiegs Deutschlands vor einem Schiedsgericht eingereicht, gestützt auf ein altes Investitionsschutzabkommen zwischen Deutschland und Schweden.

Allein die Kosten dieses Verfahrens belaufen sich für die Bundesrepublik seit 2012 bereits auf 3,23 Millionen Euro.⁹ Staaten und Regierungen, auf die Klagen sol-

Auch über den volkswirtschaftlichen Nutzen von TTIP für Europa wird gestritten: Während die Kommission von einem Wachstumsschub ausgeht, ergeben andere Berechnungen deutliche Jobverluste.

chen Ausmaßes zukommen können, überlegen sich manch sinnvolle politische Entscheidung zu Gunsten der Umwelt oder der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lieber zweimal. Fälle aus der Vergangenheit, in denen Staaten Entschädigungszahlungen auf Basis solcher Abkommen leisten mussten, weil sie Gesetzgebungsakte im öffentlichen Interesse erlassen haben, gibt es genug. Die Palette reicht von Umweltschutzabgaben in Kanada bis hin zu Anti-Raucher-Gesetzen in Australien, aufgrund derer multinationale Konzerne Schadenersatzklagen vor Schiedsgerichten eingebracht haben.

Was bringt das TTIP volkswirtschaftlich gesehen?

Jener Studie zufolge, welche die Europäische Kommission ihren Verhandlungen zu Grunde legt, soll das TTIP zu einem kumulierten Wirtschaftswachstum in der EU von 0,5% des BIP in 10 Jahren führen.¹⁰ Das bedeutet, dass das BIP bei weitestgehender Liberalisierung – d.h. gänzlicher Abschaffung aller Zölle und Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse um mindestens 25% sowie Öffnung der öffentlichen Vergabemärkte um 50% – EU-weit um 0,05% pro Jahr wachsen soll. Bei einem weniger ambitionierten, also weitaus wahrscheinlicheren Ergebnis der Verhandlungen soll sich das erwartete „Mehr“ an Wachstum in der EU auf 0,027% des BIP pro Jahr beschränken, so die offizielle Studie der EU-Kommission.¹¹ 0,027% jährliches Wachstum bedeutet ein wenig mehr als ein Euro pro Monat und Kopf für den einmaligen Zeitraum von 10 Jahren. Dies trifft jedoch nur dann zu,



⁷ vgl. Kemper Anna: Franz Sedelmayer gegen Russland, Zeit - Magazin vom 13.11.2014, S. 59.

⁸ vgl. Foglar Erich, Kaske Rudi: gemeinsames Schreiben des ÖGB und der AK zu CETA an BM Dr. Reinhold Mitterlehner, 25.8.2014.

⁹ vgl. FAZ 26.10.2014, Vattenfall-Klage kostet schon jetzt Millionen.

¹⁰ vgl. Europäische Kommission: EU-US-Handelsabkommen: Hier sind die Fakten, 18.02.2014, S. 4.

¹¹ Francois Joseph, Centre for Economic Policy Research (CEPRE): Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment - An Economic Assessment, London, März 2013.

wenn man von der unrealistischen Annahme ausgeht, dass das durch das TTIP zusätzlich geschaffene Einkommen gleichermaßen verteilt würde.¹²

Auch eine aktuelle Studie der US-amerikanischen Tufts University in Massachusetts bezeichnet diese EU-Studie als „unrealistisch“.¹³ Das geplante Freihandelsabkommen TTIP würde vielmehr einen gegenteiligen Effekt bewirken und in Europa 600.000 Arbeitsplätze kosten und zu Einkommensverlusten in Höhe von 165 Euro bis zu 5.000 Euro pro Person und Jahr führen. Die verwendeten Modelle der CEPRE-Studie der EU-Kommission seien aus den 1980er-Jahren und würden von der Annahme ausgehen, dass „wettbewerbsfähige“ Wirtschaftssektoren, die von einer Marktöffnung profitieren, alle entstandenen Verluste in den anderen schrumpfenden Sektoren

kompensieren. Dies würde aber den Erfahrungen der letzten Jahre in Europa widersprechen.¹⁴ In dieselbe Kerbe schlägt auch eine Analyse der CEPRE -Studie von Theurl, der die Qualität dieser EU-Studie anzweifelt, da sie beispielsweise a priori davon ausgeht, deregulierte Märkte würden automatisch Wohlstand für alle schaffen.¹⁵

Position der AK Tirol

Die aufgezeigten Risiken eines transatlantischen Freihandelsabkommens verbunden mit den zweifelhaften volkswirtschaftlichen Vorteilen, die man sich daraus verspricht, haben die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol dazu bewogen, sich in ihrer 166. Vollversammlung am 31.10.2014 gegen die Verträge CETA und TTIP auszusprechen und sie klar abzulehnen.

Quellen:

- AK Positionspapier zum Freihandelsabkommen der EU mit den USA, Mai 2013.

- Capaldo Jeronim, Global Development and Environment Institute, Tufts University: The Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership: European Disintegration, Unemployment and Instability, Working Paper No. 14-03, Oktober 2014.

- Directives for the negotiation on the Transatlantic Trade and Investment Partnership between the European Union and the United States of America, Nr. 11103/13.

- European Commission: Public consultation on modalities for investment protection and ISDS in TTIP, 3.4.2014.

- Europäische Kommission: EU-US-Handelsabkommen: Hier sind die Fakten, 18.02.2014, S. 4.

- FAZ 24.05.2014, Merkel: Chlorhühnchen werde ich verhindern, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/merkel-mit-mir-gibt-es-keine-chlorhuehnchen-aus-amerika-12956071.html> (Zugriff am 26.11.2014).

- FAZ 26.10.2014, Vattenfall-Klage kostet schon jetzt Millionen.

- Foglar Erich, Kaske Rudi: gemeinsames Schreiben des ÖGB und der AK zu CETA an BM Dr. Reinhold Mitterlehner, 25.8.2014.

- Francois Joseph, Centre for Economic Policy Research (CEPRE): Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment - An Economic Assessment, London, März 2013

- Hillary John, Rosa Luxemburg Stiftung: The Transatlantic Trade and Investment Partnership – a charter for deregulation, an attack on jobs, an end to democracy, Februar 2014.

- Kemper Anna: Franz Sedelmayer gegen Russland, Zeit - Magazin vom 13.11.2014, S. 59.

- Pressemitteilung der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, 9.1.2014: Hormonfleisch ist tabu im EU-US-Freihandelsabkommen, http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11958_de.htm (Zugriff: 19.11.2014).

- Theurl Simon: Freihandelsabkommen zwischen USA und EU – TTIP: Des Kaisers neuen Kleider, Arbeit und Wirtschaft, 11.12.2013, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/freihandelsabkommen-zwischen-usa-und-eu-ttip-des-kaisers-neue-kleider> (Zugriff: 25.11.2014).

- Theurl Simon: Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) - Eine kritische Orientierungshilfe zum besseren Verständnis der ökonomischen Folgenabschätzungen des Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und der EU, Dez. 2013, Hrsg. AK Europa.

- Wirtschaftsblatt 15.11.2014: Freihandelsabkommen TTIP kostet jeden EU-Bürger bis zu 5000 Euro.

¹² vgl. Theurl Simon: Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) - Eine kritische Orientierungshilfe zum besseren Verständnis der ökonomischen Folgenabschätzungen des Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und der EU, Dez. 2013, Hrsg. AK Europa.

¹³ Capaldo Jeronim, Global Development and Environment Institute, Tufts University: The Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership: European Disintegration, Unemployment and Instability, Working Paper No. 14-03, Oktober 2014.

¹⁴ vgl. Wirtschaftsblatt 15.11.2014: Freihandelsabkommen TTIP kostet jeden EU-Bürger bis zu 5000 Euro.

¹⁵ vgl. Theurl Simon: Freihandelsabkommen zwischen USA und EU – TTIP: Des Kaisers neuen Kleider, Arbeit und Wirtschaft, 11.12.2013, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/freihandelsabkommen-zwischen-usa-und-eu-ttip-des-kaisers-neue-kleider/> (Zugriff: 25.11.2014).

Wer ist Alleinverdiener?

Alleinverdienerinnen und -verdiener im steuerrechtlichen Sinn

Das Steuerrecht kennt eine eigene Definition des Alleinverdieners bzw. der Alleinverdienerin. Gemäß § 33 Abs. 4 Z 1 Einkommensteuergesetz (EStG) gilt als Alleinverdiener oder Alleinverdienerin, wer

- für mindestens ein Kind für mehr als sechs Monate Familienbeihilfe bezogen hat,
- mehr als sechs Monate im Kalenderjahr in einer Ehe, eingetragenen Partnerschaft oder Lebensgemeinschaft gelebt hat und
- der Partner/Partnerin höchstens Einkünfte von 6.000 Euro jährlich erzielt hat.

Für die Zuverdienstgrenze ist der Gesamtbetrag der Einkünfte zu errechnen. Bei ausschließlich unselbständigen Einkünften ist das der Brutto Bezug inklusive Sonderzahlungen, abzüglich steuerfreie Sonderzahlungen bis 2.100 Euro, steuerfreie Überstunden-, Sonn- und Feiertagszuschläge, steuerfreie Zulagen, Sozialversicherungsbeiträge, Gewerkschaftsbeiträge, Pendlerpauschale und Werbungskosten (zumindest das Werbungskostenpauschale von 132 Euro

jährlich).

Auch das Wochengeld und das Krankengeld sind bei der Berechnung der Zuverdienstgrenze einzubeziehen, nicht jedoch das Kinderbetreuungsgeld, Arbeitslosengeld, die Familienbeihilfe oder Unterhaltszahlungen.

Der Alleinverdienerabsetzbetrag (im Folgenden kurz: AVAB) beträgt bei einem Kind 494 Euro und erhöht sich bei zwei Kindern auf 669 Euro, jedes weitere Kind bedeutet eine Erhöhung um jeweils 220 Euro. Als Absetzbetrag bringt der AVAB einmal jährlich eine Steuergutschrift in dieser Höhe bzw. verringert die Lohnsteuer um diesen Betrag. Der AVAB steht nur einer Person innerhalb der Familie zu und zwar dem Partner mit dem höheren Einkommen (§ 33 Abs. 4 Z 1 EStG).

AVAB nur mehr für Paare mit Kind

Bis ins Jahr 2010 war es nicht maßgeblich, ob eine Alleinverdienerin oder ein Alleinverdiener ein Kind hatte oder nicht. So konnten etwa Pensionisten mit bereits erwachsenen Kindern oder kinderlose Paare ebenso den AVAB geltend machen. Durch die mit dem Budgetbegleitgesetz 2011 vorgenommene Gesetzesänderung entfällt der AVAB für Ehepaare und eingetragene Partner ohne Kinder.¹ Bei Lebensgefährten war für die Zuerkennung des AVAB bereits nach der bis 2010 geltenden Rechtslage Voraussetzung, dass diese ein Kind betreuen.

Die Gesetzesänderung aus dem Jahr 2010 wirkte sich vor allem auf Pensionisten negativ aus, die bis dahin einen AVAB in Höhe von 364 Euro erhielten. Nach dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom 29.09.2011 ist die Streichung des AVAB für kinderlose Paare nicht verfassungswidrig.² Als Ausgleich wurde 2011 der erhöhte Pensionistenabsetzbetrag in Höhe von 764 Euro geschaffen. Im Jahr 2014 steht der erhöhte Pensionistenabsetzbetrag dann zu,

Symbolbilder einer sehr oft noch...



cc Cross Duck

¹ vgl. BGBl I Nr. 111/2010

² VfGH 29.09.2011, G27/11



... klassischen Arbeitsteilung.

wenn die laufenden Pensionseinkünfte 19.930 Euro im Kalenderjahr nicht übersteigen und die Einkünfte des Partners nicht höher als 2.200 Euro jährlich sind. Bei Pensionseinkünften zwischen 19.930 und 25.000 Euro gilt für den erhöhten Pensionistenabsetzbetrag eine Einschleifregelung auf Null. Der erhöhte Pensionistenabsetzbetrag wird jedoch nicht als Negativsteuer erstattet. Interessantes Detail: Für die Berechnung der Einkünfte sind gemäß § 33 Abs. 6 EStG ausschließlich die Pensionseinkünfte und nicht der Gesamtbetrag der Einkünfte maßgeblich.

Geltendmachung des Alleinverdienerabsetzbetrages
Der AVAB kann entweder über den Arbeitgeber oder im Nachhinein über die Arbeitnehmerveranlagung geltend gemacht werden. Dabei ist die Anzahl der Kinder anzuführen, da sich der AVAB mit jedem Kind erhöht. Auch wenn während des Kalenderjahres der AVAB bereits vom Arbeitgeber berücksichtigt wurde,

ist der AVAB trotzdem zusätzlich in der Arbeitnehmerveranlagung anzugeben. Wird der AVAB monatlich im Wege der Lohnabrechnung berücksichtigt, sind Änderungen dem Arbeitgeber sofort bekanntzugeben. Wurde der AVAB vom Arbeitgeber berücksichtigt, obwohl die Voraussetzungen für den AVAB gar nicht vorlagen, da etwa der Steuerpflichtige für ein Kind keine Familienbeihilfe mehr erhält oder der Partner/die Partnerin mehr als 6.000 Euro im Jahr verdient oder das Paar sich im ersten Kalenderhalbjahr trennte, kommt es im Zuge der Arbeitnehmerveranlagung zur Nachversteuerung. Es handelt sich dabei um eine sogenannte Pflichtveranlagung.

Negativsteuer

Wenn der monatliche Bruttoverdienst unter 1.190 Euro liegt, sodass keine Lohnsteuer abgezogen wird, wird der AVAB als Negativsteuer vom Finanzamt rückerstattet. Dies gilt auch, wenn ganzjährig Kinderbetreuungsgeld oder Arbeitslosengeld bezogen wird. Der AVAB ist dabei in der Arbeitnehmerveranlagung zu beantragen.

Steuervorteile

Mit dem AVAB sind aber auch weitere steuerliche Vorteile verbunden:

- Bei Alleinverdienern verdoppelt sich der Höchstbetrag bei den Topfsonderausgaben von 2.920 Euro auf 5.840 Euro.
- Der Selbstbehalt bei den außergewöhnlichen Belastungen reduziert sich für Alleinverdiener um ein Prozent, sowie pro Kind um je ein weiteres Prozent.
- Behinderungsbedingte Aufwendungen können für den Partner/die Partnerin ohne Abzug eines Selbstbehaltes in der eigenen Steuererklärung geltend gemacht werden.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass auch EU/EWR-Bürger mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Österreich, deren Familie im Ausland lebt, Anspruch auf den AVAB haben. Voraussetzung ist dabei, dass sie den Großteil ihrer Einkünfte in Österreich erzielen (§ 1 Abs 4 EStG), der im Ausland lebende Partner die Zuverdienstgrenze nicht überschreitet und für die Kinder Anspruch auf die österreichische Familienbeihilfe dem Grunde nach besteht, d.h. es wird aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen keine österreichische Familienbeihilfe bezogen.³

³ LStR Rz 771a, 772c



cc abeck

Aufgaben der Gemeinde

Wann ist die Gemeinde Behörde, wann Unternehmerin?

Ob wegen Neubau oder Umbau, wegen geplanter Eheschließung, Anmeldung eines Hundes oder wegen Fragen zu Kinderbetreuungseinrichtungen. Das Gemeindeamt ist unser erster Ansprechpartner in vielen Angelegenheiten des täglichen Lebens. In den letzten Jahrzehnten hat sich, insbesondere innerhalb der von den Gemeinde zu besorgenden Angelegenheiten, ein Strukturwandel ergeben, der aus einem allgemeinem öffentlichen Interesse, wichtige Bedürfnisse der Bevölkerung durch eigene Leistungen befriedigen zu wollen, erwachsen ist.¹

Schwerpunkt der Aufgaben der Gemeindegeldverwaltung ist nicht die behördliche Tätigkeit der Gemeinde, sondern die Erbringung von Serviceleistungen für die Bürger. Aus der Daseinsvorsorge der Gemeinde für die Gemeindebürger sind u.a. zu nennen: Kindergarten, Volks-, Haupt- und Sonderschulen, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, Gemeindestraßen, Straßenbeleuchtung, Schwimmbäder, Sport- und Spielplätze, Naherholungseinrich-

tungen, Rettung, Feuerwehr, öffentlicher Verkehr, Kranken- und Altenpflege, Förderungen für örtliche Vereine, Wirtschaft, Tourismus und vieles andere. Für die Erbringung von Dienstleistungen bedienen sich die Gemeinden zum Teil privater Unternehmen, zum Teil schließen sich auch mehrere Gemeinden zwecks gemeinsamer Aufgabenerfüllung zu Gemeindeverbänden zusammen, wenn dies günstiger ist als die Eigenleistung durch die Gemeinde.² Wann tritt aber eine Gemeinde hoheitlich und wann im Rechtsverkehr als wirtschaftliches Unternehmen auf?

Zunächst einmal muss geklärt werden: Was ist eine Gemeinde? Die österreichische Bundesverfassung sieht die Gemeinde als Gebietskörperschaft mit dem Recht zur Selbstverwaltung. Was ist also eine Gebietskörperschaft? Gebietskörperschaften sind in Österreich: Bund, Länder und Gemeinden. Der Oberste Gerichtshof (kurz: OGH) hat sie folgend definiert: „Gebietskörperschaften sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, die alle Personen

¹ Neuhofer, Gemeinderecht, insbesondere 398ff, Springer Verlag

² http://www.gemnova.net/613/uploads/kommunales_management_in_der_europaregion_tirol.pdf



cc holding graz

erfassen, die in einer örtlichen Beziehung zu einem bestimmten Gebiet stehen. Zum Wesen einer Gebietskörperschaft gehört die Herrschaftsunterworfenheit sämtlicher Personen, die sich auf ihrem Gebiet aufhalten. Der Gebietskörperschaft kommt also in diesem Umfang behördliche Funktion zu.“³

Somit stellt sich eine Frage: Was macht eine Gemeinde? Welche Aufgaben hat sie? In vielen Angelegenheiten, wie u.a. in Bereichen des Baurechts, des Straßenrechts, etc. treffen die Gemeinden (Bürgermeister, Gemeinderat, Gemeindevorstand)⁴ Entscheidungen als Behörde und schreiben Steuern/Gebühren (z.B. Hundesteuer) vor. Sie betreiben aber auch wirtschaftliche Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, v.a. um den Bedürfnissen der Gemeindebürgerinnen und -bürgern zu entsprechen. Im Privatrechtsverkehr, z.B. beim Kauf eines Grundstückes, ist die Gemeinde keine Behörde, handelt nicht hoheitlich, sondern hat die gleichen Rechte und Pflichten wie jede andere natürliche oder juristische Person. Sie haftet also auch, wenn sie den Kaufpreis nicht bezahlt und kann sogar exekutiert werden.

Im Mittelpunkt der von der Gemeinde zu besorgenden Aufgaben stehen die Angelegenheiten des eigen-

nen Wirkungsbereichs. Der eigene Wirkungsbereich umfasst dabei alle Angelegenheiten, die im örtlichen Interesse sind und die innerhalb ihrer örtlichen Grenzen besorgt werden können.

Die Österreichische Bundesverfassung nennt in einer demonstrativen, also einer beispielhaften und nicht abschließenden Aufzählung, welche behördlichen Aufgaben von der Gemeinde im Rahmen des eigenen Wirkungsbereichs zu erledigen sind: Die Bestellung der Gemeindeorgane und Regelung der inneren Einrichtungen zur Besorgung der Gemeindeaufgaben (das sind organisatorische Maßnahmen, wie z.B. die Gliederung in verschiedene Abteilungen); Bestellung der Gemeindebediensteten und Ausübung der Diensthoheit; örtliche Sicherheitspolizei (dazu zählen Maßnahmen, die der Abwehr von allgemeinen Gefahren für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung dienen und keiner bestimmten Verwaltungsmaterie zuzuordnen sind⁵, z.B. Maßnahmen gegen die Erregung von störendem Lärm oder störendem Geruch⁶, Maßnahmen betreffend den Schutz vor Gefährdung und Belästigung durch Tiere⁷, etc.), örtliche Veranstaltungspolizei (gemeint sind Regelungen betreffend örtliche Veranstaltungen, z.B. Bewilligung von Tanzveranstaltungen, Faschingsumzügen, etc.⁸); Verwaltung der Verkehrsflächen der Gemeinde (diese kann öffentlich oder privatrechtlich erfolgen; in diesem Sinn gehören zu den behördlichen Aufgaben ua. die Widmung von Grundstücken als Gemeindestraßen), örtliche Straßenpolizei (z.B. Festlegung von Geschwindigkeitsbegrenzungen); Flurschutzpolizei (umfasst Maßnahmen zum Schutz des Feldgutes vor Beschädigung oder unbefugter Entfernung, z.B. Anordnung der Leinenpflicht für Hunde); örtliche Marktpolizei (umfasst Maßnahmen zum Marktgeschehen in der Gemeinde, z.B. Gemeinde kann Entgelte einheben für die Benützung eines Marktplatzes); örtliche Gesundheitspolizei (umfasst Maßnahmen zu lokalen Gesundheitsgefahren), Sittlichkeitspolizei (umfasst Maßnahmen wie die Überwachung der Prostitution); örtliche Baupolizei (umfasst ua. Maßnahmen wie Baubewilligungsverfahren, Ortsbildschutz, Bauaufsicht, örtlicher Landschafts- und Naturschutz); örtliche Feuerpolizei (umfasst z.B. die Bildung örtlicher bzw. freiwilliger Feuerwehren); örtliche Raumplanung (erfasst sind hier z.B. Erstel-

³ 7Ob537/92

⁴ Zwischenbemerkung: Der Begriff Behörde ist eine Teilmenge des Begriffs „Organ“: Unter Behörde sind jene Organe zu verstehen, denen hoheitliche Aufgaben übertragen sind, insb. wenn sie zur Erlassung von Bescheiden oder Verordnungen berufen sind. Es gibt also keine Behörde im organisatorischen Sinn, sondern ausschließlich Behörden im funktionellen Sinn; siehe dazu Raschauer, Allgemeines Verwaltungsrecht, 4. Auflage, RZ 138, Verlag Österreich

⁵ Neuhofer, Gemeinderecht, insbesondere 246ff, Springer Verlag

⁶ VfSlg 3201/1957

⁷ Siehe § 6ff Tiroler Landespolizeigesetz ua.

⁸ Siehe dazu Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 ua.



cc BY-ND/3.0

lung von örtlicher Raumordnungsprogramme, Erstellung von Flächenwidmungsplänen, etc.); öffentliche Einrichtungen zur außergerichtlichen Vermittlung von Streitigkeiten; freiwillige Feilbietungen beweglicher Sachen.

Neben diesen Angelegenheiten werden der Gemeinde vom Bundes- und Landesgesetzgeber in zahlreichen Gesetzen Aufgaben übertragen, die von der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen sind.⁹ Überaus zahlreich sind die vom Landesgesetzgeber an die Gemeinde übertragenen Angelegenheiten zur Besorgung im eigenen Wirkungsbereich. So werden die Gemeinden mitunter ermächtigt, Hausmüll zu sammeln und abzuführen, sie haben eine Auskunftspflicht soweit keine Verschwiegenheitspflicht entgegensteht, sie können verschiedenste Verordnungen erlassen, wie z.B. eine Kanalgebührenordnung. Weiters erfüllt die Gemeinde neben all den Angelegenheiten im eigenen Wirkungsbereich auch „fremde“ Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich für Land und Bund, wie z.B. das polizeiliche Meldewesen. Zu beachten ist hier, dass der Bürgermeister in Angelegenheiten im übertragenen Wirkungsbereich an Weisungen des Landes bzw. Bundes gebunden ist.

Wie bereits erwähnt, kann die Gemeinde auch wirtschaftliche Unternehmen gründen, erweitern, auflösen und sich an Unternehmen beteiligen.¹⁰ Wichtig ist hier eine Abgrenzung in der Form, dass dies solche Unternehmen betrifft, die durch ein nicht-hoheitliches Handeln der Gemeinde in Erscheinung treten. Sie bestehen aus Tätigkeiten der Privatwirtschaftsverwaltung, wie z.B. das Betreiben eines Schwimmbades durch die Gemeinde.

Wie kann aber der Einzelne erkennen, wann eine Tätigkeit der Gemeinde hoheitlich, wann nicht-hoheitlich erfolgt? Diese Frage lässt sich beantworten, wenn man die Form des Handelns der Gemeinde genauer betrachtet. Die Gemeinde handelt hoheitlich, wenn Gesetze für die Vorgehensweise der Gemeinde die Erlassung einer Verordnung oder eines Bescheides vorsehen. Es liegt somit auf der Hand, dass es am Landes- bzw. Bundesgesetzgeber liegt, ob Tätigkeiten der Gemeinde hoheitlich oder nicht-hoheitlich sind. Insoweit der Gesetzgeber also keine ausdrückliche Hoheitsverwaltung vorsieht, kann die Gemeinde frei wählen, in welcher Form sie tätig wird. Da die Österreichische Bundesverfassung auf die Form des Handelns der Gemeinde abzielt und nicht auf den Zweck, ist es irrelevant, ob die Gemeinde mit dem wirtschaftlichen Unternehmen eine Gewinnabsicht hat oder ob sie der Befriedigung der Bedürfnisse der Gemeindebürger erfüllen will, z.B. mit dem Betrieb eines Recyclinghofes.

Es bleibt also noch die Frage offen, wann eine Gemeinde ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt. In erster Linie gilt zu unterscheiden, ob es sich um reine privatwirtschaftliche Tätigkeiten der Gemeinde handelt oder ob sie in Form eines Unternehmens in Erscheinung tritt. Von wirtschaftlicher Unternehmung kann erst gesprochen werden, wenn es sich um eine auf Dauer angelegte Wirtschaftseinheit handelt.¹¹ Kauft also die Gemeinde lediglich ein Grundstück, handelt es sich rein rechtlich um ein Privatrechtsgeschäft und steht dem Verkäufer, wie jede andere natürliche oder juristische Person als Käufer gegenüber und hat dieselben Rechte und Pflichten. Sie handelt jedoch nicht als wirtschaftliches Unternehmen.

⁹ siehe § 60a Apothekengesetz, §113 Gewerbeordnung (Sperrstunde), § 94d Straßenverkehrsordnung, ua.
¹⁰ vgl. dazu § 75 Tiroler Gemeindeordnung ua.
¹¹ Binder, 14. Teil, RZ 7, in Klug/Oberndorfer/Wolney, Das Österreichische Gemeinderecht, Manz Verlag 2008

⁹ siehe § 60a Apothekengesetz, §113 Gewerbeordnung (Sperrstunde), § 94d Straßenverkehrsordnung, ua.

¹⁰ vgl. dazu § 75 Tiroler Gemeindeordnung ua.

¹¹ Binder, 14. Teil, RZ 7, in Klug/Oberndorfer/Wolney, Das Österreichische Gemeinderecht, Manz Verlag 2008

men. Dies würde sie nur tun, wenn sie auf dem gekauften Grundstück eine Sportstätte betreibt, die sie nach kaufmännischen Grundsätzen (verbunden mit Einnahmen/Ausgaben) führt.

Die Bedeutung der wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinde nimmt laufend zu. Hinzu kommt, dass der Aufgabenbereich der Gemeinden schon immer auf eine Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene ausgerichtet war. Von Unternehmen zur Trinkwasserversorgung ausgehend hat sich der Aufgabenkreis kommunaler Betriebe ständig erweitert. Gas- und Elektrizitätswerke, Verkehrsunternehmen, Fernwärmeunternehmen, Geld- und Kreditinstitute (z.B. Sparkassen), Versicherungsanstalten, Bauunternehmen, Landwirtschaftsbetriebe, Lagerhäuser, Gaststätten, Kino- und Veranstaltungsunternehmen, Fremdenverkehrsvereine, Badeanstalten, Friedhöfe, etc. gehören heute zum selbstständigen Erscheinungsbild der nicht-hoheitlichen Gemeindegewirtschaft.¹²

¹²Binder, 14. Teil, RZ 20, in Klug/Oberndorfer/Wolney, Das Österreichische Gemeinderecht, Manz Verlag 2008



cc-Alexander Babl

Brennpunkt Treibstoff

Abschätzung der Mehrkosten für Tirols Autofahrer auf Basis des Absatzes und der Preise

Seit Jahren gehört es zum gewohnten Bild, dass in Tirol die Treibstoffpreise deutlich über den Preisen in Ostösterreich liegen. Auf diesen Umstand weist die Arbeiterkammer Tirol regelmäßig hin. Unrühmlicher Höhepunkt war der Jahreswechsel 2012/2013, als das Preisniveau in Tirol um bis zu 8 Cent über jenem von Ostösterreich lag. Dieser dauerhafte „Westzuschlag“ ist ein Beispiel für die höheren Lebenshaltungskosten in Tirol und hat somit auch volkswirtschaftliche Auswirkungen, da er eine geringere Kaufkraft für die Tiroler Bürgerinnen und Bürger bewirkt. Aus diesem Grund wird in diesem Artikel versucht, diese Mehrkosten zu quantifizieren.

1. Verkaufszahlen für Ottokraftstoffe und Diesel

Der Fachverband der Mineralölindustrie Österreichs veröffentlicht jährlich einen Mineralölbericht für Österreich.¹ In diesem werden Absatzzahlen von Ottotreibstoffen (Eurosuper, Normalbenzin, Super Plus) und Dieseltreibstoffen auf Bundesländerebene ausgewiesen.

Aus Abbildung 1 wird ersichtlich, dass der Absatz an Diesel- und Ottokraftstoffen relativ konstant ist. 2013 kam es beim österreichweiten Absatz von Diesel nach mehreren Jahren der Stagnation bzw. Abnahme zu einem deutlichen Anstieg von fast 6% auf 6,45 Mio. Tonnen, wodurch erstmals die Zahl von 2007 (6,3 Mio. Tonnen) übertroffen wurde.

Bei Ottokraftstoffen ist von 2005 bis 2013 eine deutliche Abnahme von 2,07 auf 1,67 Mio. Tonnen festzustellen, was einem Minus von etwa 20% entspricht. Diese Abnahme erfolgte kontinuierlich und kann daher nicht mit der Finanzkrise ab 2008 begründet werden. Der Anteil der in Tirol abgesetzten Treibstoffe beträgt konstant etwa 14%.

Die im Jahr 2013 in Österreich abgesetzten 1,67 Mio. Tonnen Ottotreibstoffe sowie 6,45 Mio. Tonnen Dieseltreibstoffe verteilen sich auf die Bundesländer wie in Tabelle 1 gezeigt.

Am meisten Treibstoff (Summe von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen) wird in Oberösterreich mit 1,7 Mio. Tonnen sowie Niederösterreich mit 1,5 Mio. Tonnen verkauft. An dritter Stelle folgt bereits Tirol mit einem Absatz von insgesamt 1,15 Mio. Tonnen Treibstoff.

Aus den Prozentzahlen in Tabelle 2 wird ersichtlich, dass mehr als 20% des Treibstoffes in Oberösterreich abgesetzt wird. Nach Niederösterreich folgt Ti-

rol an dritter Stelle mit 14%. Das ist ein höherer Anteil als etwa in Wien (13%) und der Steiermark (11%). Gemäß Mineralölbericht 2013 wurden Dieselmotorkraftstoffe zu 43% an Großkunden (z.B. Transportunternehmen, LKW-Autohöfe, öffentliche Hand) weitergegeben, 57% wurden über Tankstellen verkauft. Ottomotorkraftstoffe werden praktisch zur Gänze über Tankstellen verkauft.

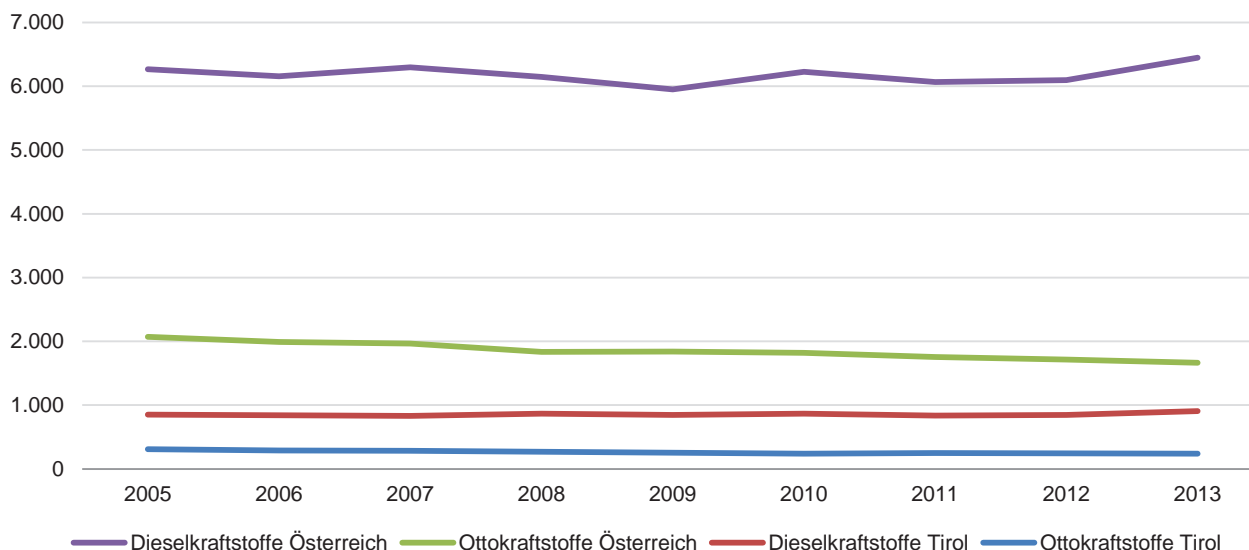


Abb. 1: Entwicklung des Absatzes von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen in Österreich und Tirol [in 1.000 Tonnen]

in 1000 Tonnen	Bgl	Ktn	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	T	Vbg	W	Gesamt
Ottomotorkraftstoffe	58	111	311	319	161	183	239	86	197	1.665
Dieselmotorkraftstoffe	230	374	1.163	1.405	573	684	907	243	868	6.447

Tab. 1: Absatz von Treibstoffen nach Bundesländern 2013 (Q: Mineralölbericht 2013)

in Prozent	Bgl	Ktn	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	T	Vbg	W	Gesamt
Ottomotorkraftstoffe	3,5%	6,7%	18,7%	19,2%	9,7%	11,0%	14,4%	5,2%	11,8%	100%
Dieselmotorkraftstoffe	3,6%	5,8%	18,0%	21,8%	8,9%	10,6%	14,1%	3,8%	13,5%	100%

Tab. 2: Relative Verteilung des Treibstoffabsatzes nach Bundesländern 2013 (Q: Mineralölbericht 2013)

Um eine Tonne Kraftstoff in Liter Treibstoff umzurechnen, sind folgende Kennzahlen heranzuziehen: 1 Tonne Ottomotorkraftstoff entspricht in etwa 1.324 Liter Benzin, und 1 Tonne Diesel entspricht etwa 1.183 Liter Dieselmotorkraftstoff.²

Aufgrund des Umrechnungsfaktors und unter Abzug des Diesels an Großkunden ergeben sich folgende Zahlen für den Treibstoffverkauf an den Tankstellen pro Bundesländer:

in Mio. Liter	Bgl	Ktn	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	T	Vbg	W	Gesamt
Ottomotorkraftstoffe	77	147	412	422	213	242	316	114	261	2.204
Dieselmotorkraftstoffe	155	252	784	947	386	461	612	164	585	4.347

Tab. 3: Absatz von Treibstoffen nach Bundesländern 2013 an Tankstellen [in Mio. Litern] (eigene Berechnung)



Werden diese Verkaufszahlen in Verhältnis zu den Einwohnerzahlen der einzelnen Bundesländer gesetzt, so ergibt sich, dass in Tirol mit Abstand am meisten Treibstoffe pro Einwohner verkauft werden.

Mit 851 Liter Diesel sowie 441 Liter Ottokraftstoffen pro Person sind diese errechneten Verkaufszahlen in Tirol sowohl für Diesel als auch für Ottokraftstoffe am höchsten. Salzburg liegt mit 725 bzw. 400 Litern an

zweiter Stelle. Oberösterreich folgt mit 666 bzw. 297 Litern. Alle anderen Bundesländer weisen deutlich niedrigere Zahlen auf. Für ganz Österreich liegt der Durchschnittsabsatz bei 513 Liter für Diesel und 260 Liter für Ottokraftstoffe. Damit ist der Absatz pro Österreicher um 40% niedriger als der Absatz pro Tiroler Bürger. Am geringsten ist der Absatz pro Einwohner in Wien, wo mit 334 bzw. 149 Liter pro Einwohner nur etwa ein Drittel so viel getankt wird wie in Tirol.

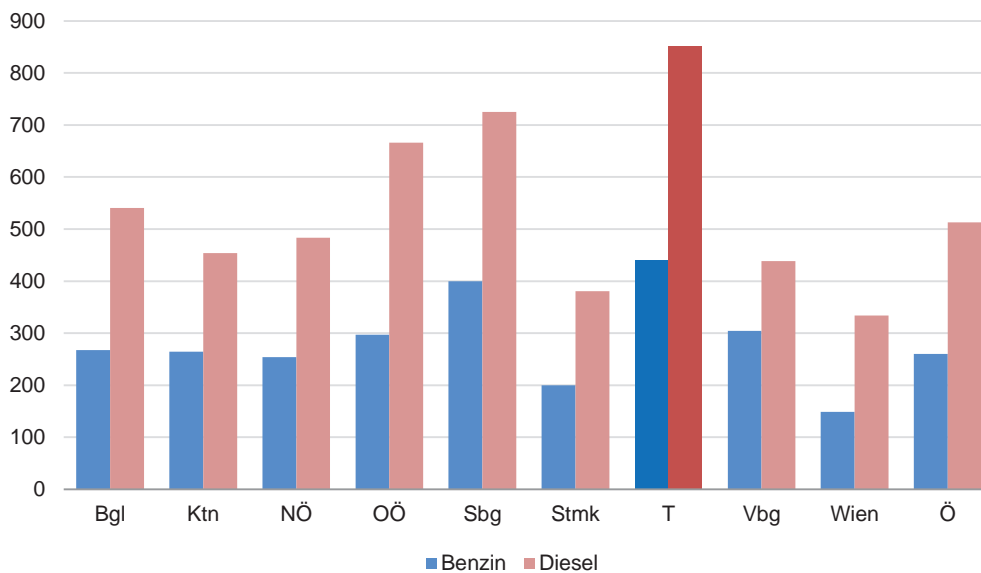


Abb. 2: Treibstoffverbrauch pro EinwohnerIn [Liter]

Ein ähnliches Verhältnis ist gegeben, wenn die Anzahl an zugelassenen PKW mit Benzin- bzw. Dieselantrieb herangezogen wird. Gemäß Statistik Austria waren 2013 in Tirol insgesamt 372.000 PKW zugelassen. Das entspricht 8% der in Österreich zugelassenen PKW. Mit etwa 516 PKW pro 1000 Einwohner

ist diese Zahl niedriger als in anderen Bundesländern. Im gesamten Bundesgebiet sind auf 1000 Einwohner nämlich 546 PKW zugelassen. Mit 633 PKW pro 1.000 Einwohner ist diese Kennzahl im Burgenland am höchsten.³

Mit 2.769 Litern Diesel und 2.112 Litern Benzin wird in Tirol der meiste Treibstoff pro PKW getankt. Im Österreicherschnitt liegen die Zahlen bei 1.659 Litern für Diesel und 1.100 Litern für Ottokraftstoffe. Pro PKW ist der Absatz in der Steiermark am niedrigsten: Hier

werden mit 1.154 Litern Diesel bzw. 793 Litern Benzin weniger als die Hälfte an Treibstoffen pro PKW abgesetzt.

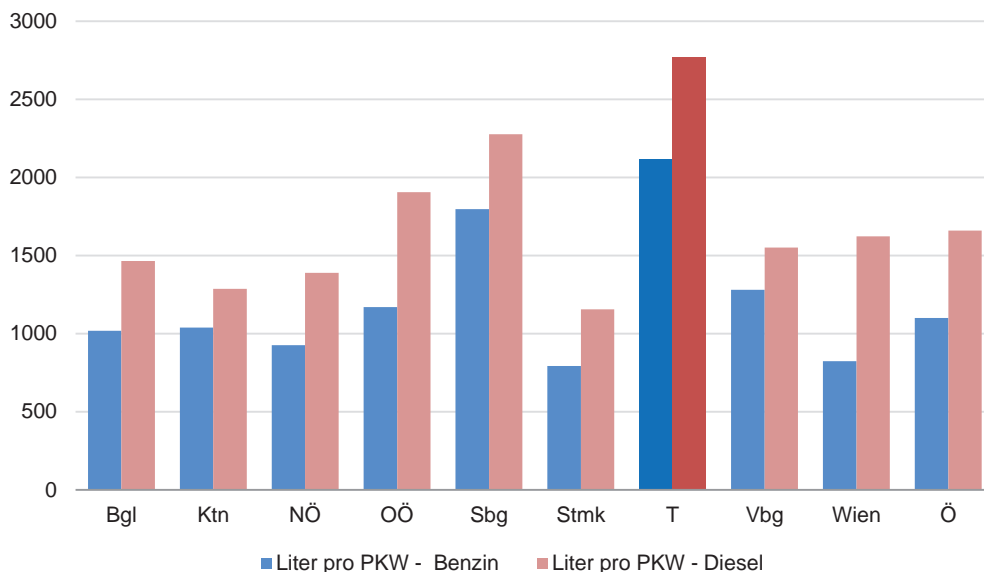


Abb. 3: Treibstoffverbrauch pro benzin- bzw. dieselgetriebenem PKW [Liter]

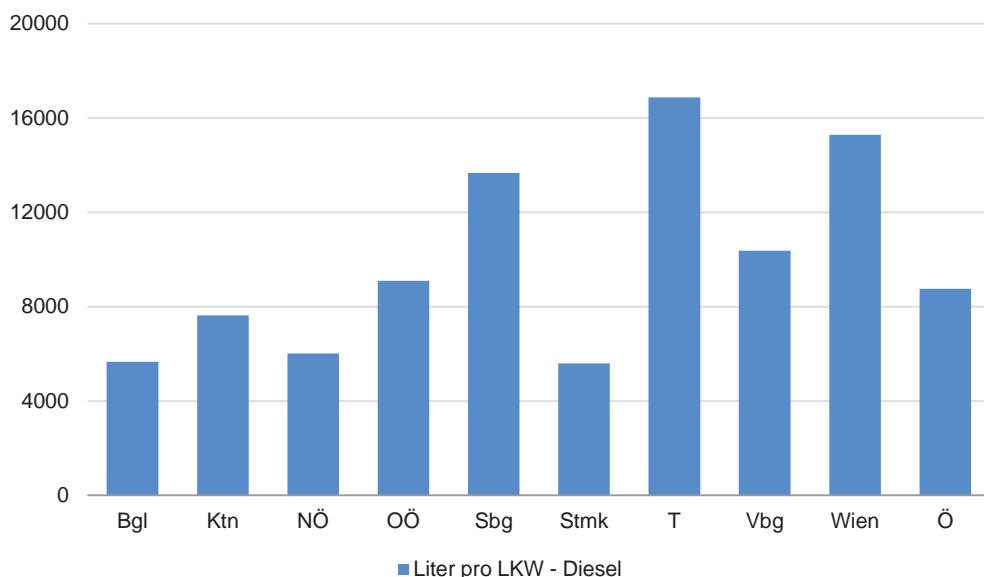


Abb. 4: Dieserverbrauch pro LKW [Liter]

Tirol liegt auch an der Spitze, wenn der durchschnittliche Dieselaabsatz pro LKW betrachtet wird. Für diese Berechnung in Abb. 4 wurde der gesamte Dieselaabsatz pro Bundesland herangezogen und nicht nur jene 57%, die über Tankstellen vertrieben wurden.

reich zugelassenen Fahrzeuge. Dieser Anteil ist damit geringer als der Tiroler Anteil an den in Österreich zugelassenen PKW und auch geringer als der Tiroler Anteil an der österreichischen Bevölkerung.

Gemäß Statistik Austria sind etwa 63.300 LKW, Zugmaschinen und Sattelfahrzeuge in Tirol zugelassen. Das entspricht einem Anteil von 7,3% aller in Öster-

In Tirol wurden 2013 pro LKW über 16.870 Liter getankt. Im Gegensatz dazu war es in der Steiermark mit 5.590 Liter gerade ein Drittel davon. Während Salzburg mit 13.670 Litern und vor allem Wien mit

15.290 Litern pro LKW nur knapp unter dem Tiroler Wert liegen, tankt im Österreichschnitt jeder LKW 8.760 Liter. Hierbei handelt es sich um theoretische Zahlen, da nicht der gesamte Dieselaussatz an LKW erfolgt. Sie zeigen aber eindrücklich die hohen Absatzmengen in Tirol, die beinahe doppelt so hoch sind wie für ganz Österreich.

Die Absatzzahlen pro Einwohner, PKW und LKW, die für Tirol deutlich höher sind als in den anderen Bundesländern, bedeuten natürlich nicht, dass die Tiroler Bürger doppelt so viel Treibstoff benötigen. Vielmehr sind sie ein Beleg für das beträchtliche Ausmaß des Tanktourismus in Tirol. Es ist nämlich nicht davon auszugehen, dass die Tiroler Autofahrer ein signifikant unterschiedliches Fahrverhalten an den Tag legen im Vergleich zu den anderen Bundesländern.

2. Abschätzung des Tanktourismus

Die Bundesländer mit dem niedrigsten Treibstoffverbrauch pro Einwohner sind Wien, die Steiermark, Kärnten, Niederösterreich und Vorarlberg. Der durchschnittliche Verbrauch dieser fünf Bundesländer beträgt 213 Liter Benzin und 407 Liter Diesel pro Einwohner. Diese Zahlen liegen um 52% unter den Tiroler Werten. Werden zur Berechnung alle Bundesländer außer Tirol herangezogen, so liegt deren Verbrauch pro Einwohner mit 482 Liter Diesel und 243 Liter Benzin immer noch um 44% unter den Tiroler Zahlen. Aufgrund dieser beiden Rahmencahlen ist davon auszugehen, dass der Anteil des Tanktouris-

mus in Tirol jedenfalls 44 bis 52% des Treibstoffabsatzes beträgt. Aus diesem Grund wird in weiterer Folge der Anteil des Tanktourismus in Tirol von 48% angenommen. Der Anteil kann sogar noch höher liegen, da nicht davon auszugehen ist, dass es in den Bundesländern mit den niedrigsten Verbrauchswerten keinen Tanktourismus gibt.

Die hier angestellten Berechnungen entsprechen auch den Zahlen des Umweltbundesamtes, das in Bezug auf die Emissionen den Anteil des Kraftstoffexportes auf 30% für das gesamte Bundesgebiet ermittelt hat.⁵

Hauptursache für den Tanktourismus ist zweifelsohne die Diskrepanz des Preisniveaus bei Treibstoffen zwischen Österreich und den Nachbarländern. Während Tschechien und Ungarn nur geringfügig über den durchschnittlichen Treibstoffpreisen von Österreich liegen, ist gerade zu den Tiroler Nachbarn Deutschland und vor allem Italien das Treibstoffgefälle beträchtlich. So sind mit über 30 Cent pro Liter gerade in Italien Treibstoffe empfindlich teurer, aber auch im Vergleich zu Deutschland betrug 2013 der Unterschied bei Super 20 Cent.

Bemerkenswert ist, dass in Anbetracht der Preisunterschiede zu den Nachbarländern gerade in Vorarlberg und Kärnten kein übermäßig hoher Treibstoffabsatz festzustellen ist.

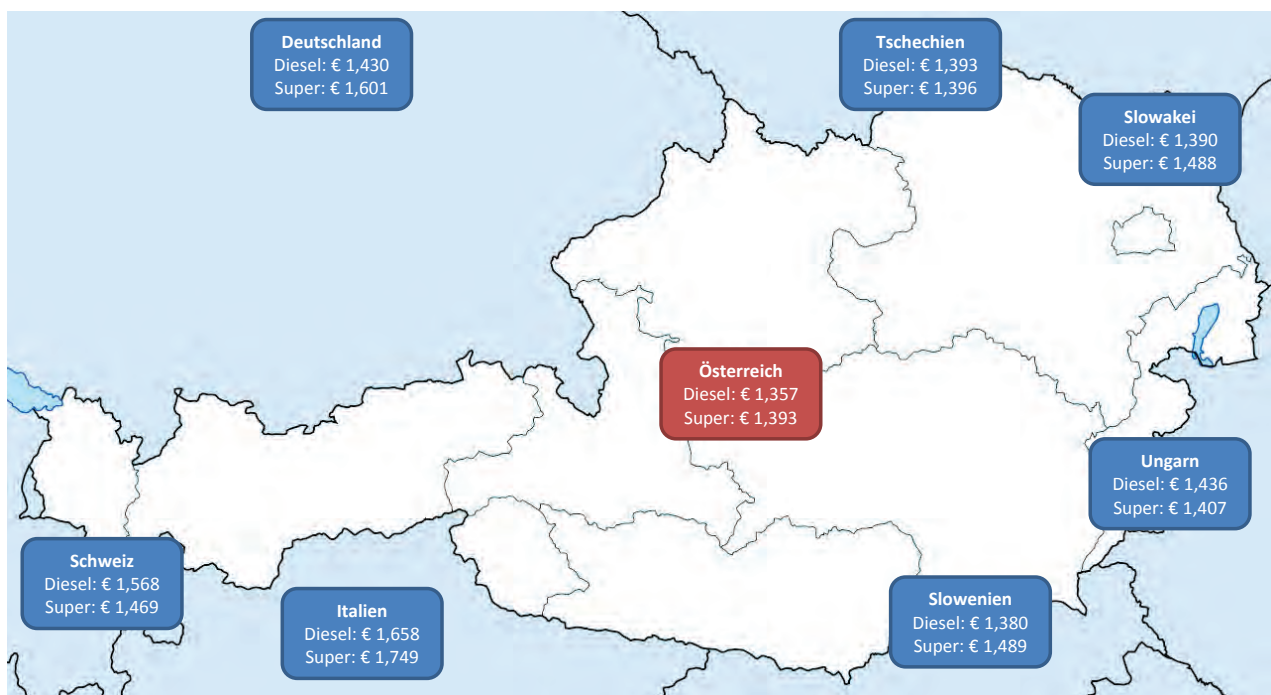


Abb. 5: Durchschnittlicher Preis für Diesel und Super im Jahr 2013 in Österreich und den Nachbarländern

Andererseits verzeichnet Oberösterreich überdurchschnittliche Absatzzahlen pro Einwohner, obwohl das Gefälle zu Tschechien geringer ist als zu jedem anderen Nachbarstaat.

Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass für die quantitative Betrachtung das Angrenzen an günstigere Nachbarstaaten eine geringere Rolle spielt als das Tanken ausländischer Lenker entlang der Transitachsen von Nord nach Süd (Tirol, Salzburg) bzw. von West nach Ost (Salzburg, Oberösterreich) und der sich dort konzentrierende Gütertransitverkehr.

3. Treibstoffpreise und Absatzzahlen

An Tiroler Tankstellen wurden im Jahr 2013 ca. 316 Mio. Liter Ottokraftstoffe und 612 Mio. Liter Diesel abgesetzt. Insgesamt wurden somit ca. 928 Mio. Liter Treibstoffe an Tirols Tankstellen verkauft. Wie bereits ausgeführt ist davon auszugehen, dass nicht mehr als 48 bis 56% hiervon von den Tirolern selbst gekauft werden und der Rest dem Tanktourismus zuzuordnen ist.

Die Verkaufszahlen bedeuten, dass ein um 1 Cent pro Liter erhöhter Treibstoffpreis in Tirol Mehrkosten von 9,28 Mio. Euro im Jahr für die KFZ-Fahrer bewirkt. Aufgrund der bisher getroffenen Schlussfolgerungen ist anzunehmen, dass bei einem um 1 Cent erhöhten Treibstoffpreis 4,45 Mio. Euro von Tanktouristen und etwa 4,82 Mio. Euro von Tiroler Autofahrern pro Jahr mehr bezahlt wird.

Ein Preisunterschied von 1 Cent zwischen West- und Ostösterreich ist jedoch nur an wenigen Tagen vorzufinden. Gemäß Quartalsberichten der e-Control über die Treibstoffpreise gemäß Spritpreisrechner ist in Tirol Diesel um durchschnittlich 3,2 Cent teurer als im Österreichschnitt, bei Eurosuper sind es 2,9 Cent pro Liter. Zu Oberösterreich – dem günstigsten Bundesland – beträgt die Differenz 4 Cent bei beiden Treibstoffsorten.

Diese Preisdifferenzen zwischen West- und Ostösterreich bedeuten, dass 2013 in Tirol um 9,2 Mio. Euro mehr für Ottokraftstoffe und 19,6 Mio. Euro mehr für Diesel bezahlt wurde. In Summe sind dies knapp 29

Preis pro Liter	Bgl	Ktn	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	T	Vbg	W	Gesamt
Eurosuper	1,403	1,400	1,388	1,384	1,394	1,389	1,424	1,419	1,393	1,395
Diesel	1,370	1,372	1,360	1,359	1,369	1,358	1,399	1,392	1,364	1,367

Tab. 4: Durchschnittspreise der Treibstoffe in den Bundesländern 2013 (Q: Quartalsbericht der e-Control; eigene Berechnung)



cc Michael Semensohn



Millionen, die an Tirols Tankstellen zusätzlich ausgegeben wurden, da die Treibstoffe in Tirol mehr kosten als in Ostösterreich. Es ist davon auszugehen, dass davon etwa 15 Millionen Euro von Tiroler Autofahrern zusätzlich bezahlt wurden.

Noch höher sind diese Mehrkosten, wenn nicht der österreichische Durchschnittspreis, sondern das günstigste Bundesland zum Vergleich herangezogen wird. Bei 4 Cent pro Liter Preisunterschied, wie er 2013 zwischen Tirol und Oberösterreich durchschnittlich gegeben war, betragen diese Mehrkosten 37 Mio. Euro, von denen die Tiroler KFZ-Fahrer ca. 19 Mio. Euro mehr bezahlen mussten.

Der bisher größte Preisunterschied zwischen Tirol und den übrigen Bundesländern war zu Jahresende 2012 und Jahresbeginn 2013 festzustellen, als Treibstoffe in Tirol bis zu 8 Cent teurer waren. Bei einem derartigen Preisgefälle während des ganzen Jahres würden KFZ-Fahrer in Tirol etwa 74 Mio. Euro mehr bezahlen, pro Tag entstehen bereits Mehrkosten von mehr als 200.000 Euro. Davon stammt mehr als 100.000 Euro von den Tiroler KFZ-Lenkern.

4. Mineralölsteuer

Seit 1. Jänner 2011 ist die Mineralölsteuer mit 48,2 Cent pro Liter auf Eurosuper und 39,7 Cent pro Liter Diesel festgesetzt. Das bedeutet, dass im Jahr 2013 an den Tiroler Tankstellen Mineralölsteuer in

Höhe von 152 Mio. Euro für Ottokraftstoffe und 243 Mio. Euro für Dieseldieselkraftstoffe eingehoben wurden. In Summe sind dies 395 Mio. Euro Mineralölsteuer. Wenn wiederum der Tanktourismus mit 48% angenommen wird, so leisteten nicht in Österreich ansässige Fahrer 190 Mio. Euro an Mineralölsteuer. Von den Tiroler Bürgern wurden 205 Mio. Euro an Mineralölsteuer entrichtet. Hinzu kommt – wie zu Beginn ausgeführt – der Absatz von Diesel an Großkunden. Gemäß Finanzministerium betragen im Jahr 2013 die Einnahmen durch die Mineralölsteuer 4,165 Mrd. Euro. Neben der Besteuerung von Treibstoffen wird Mineralölsteuer auch auf Heizöl eingehoben. Da auch bei Heizöl etwa 14% der Gesamtmenge in Tirol abgesetzt wurde, stammen etwa 583 Millionen Euro an Mineralölsteuer aus Tirol.

Während rund zwei Drittel der Mineralölsteuer in das Budget des Bundes fließen, werden im Rahmen des Finanzausgleiches 20,7% an die Länder und 11,883% an die Gemeinden ausgeschüttet. Aufgrund des Verteilungsschlüssels zwischen den Ländern gehen 8,5% des Länderanteils an Tirol. Somit flossen über den Finanzausgleich 2013 etwa 70 Mio. Euro Mineralölsteuer an das Land, weitere 40 Millionen gingen an Tiroler Gemeinden. Dementsprechend stehen den in Tirol entrichteten 583 Mio. Euro Mineralölsteuer 110 Millionen Euro gegenüber, die an das Land Tirol und die Tiroler Gemeinden rückgeflossen sind.

5. Fazit

Die Zahlen zum Absatz von Treibstoffen in den Bundesländern zeigen eindrücklich die hohen Mengen an Treibstoffen, die in Österreich und insbesondere in Tirol abgesetzt werden. So wurden 2013 an Tirol Tankstellen ca. 316 Mio. Liter Ottokraftstoffe und 612 Mio. Liter Diesel verkauft. Da im Vergleich zu den anderen Bundesländern der Absatz an Kraftstoffen pro Einwohner – je nach Betrachtungsweise – 44 bis 52% niedriger liegt, ist davon auszugehen, dass dieser Mehrverbrauch durch Tanktourismus entsteht. Außerdem bewirken die hohen Absatzzahlen, dass bereits ein um 1 Cent höherer Treibstoffpreis

in Tirol Mehrausgaben für die KFZ-Fahrer von 9,28 Mio. Euro im Jahr bewirken. An jenen Tagen, als das Preisgefälle zwischen West- und Ostösterreich mit 8 Cent seinen Höchststand erreichte, bedeutete dies für Tirol Mehrkosten von mehr als 200.000 Euro pro Tag. Und auch in Hinblick auf die Mineralölsteuer haben diese Zahlen enorme Auswirkungen, denn obwohl ca. 14% der Mineralölsteuer – das entspricht etwa 583 Mio. Euro – in Tirol eingehoben werden, fließen nur etwa 110 Mio. Euro an das Land und die Tiroler Gemeinden über den Finanzausgleich zurück.

¹ Fachverband der Mineralölindustrie: Jahresberichte

² Wirtschaftskammer Steiermark: Einnahmen aus dem Tanktourismus

³ Statistik Austria: KFZ-Bestand 2013

⁴ Statistik Austria: KFZ-Bestand 2013

⁵ Umweltbundesamt: Klimaschutzbericht 2014, S. 111ff

⁶ Statistik Austria: Steuern und Sozialbeiträge in Österreich, Einnahmen des Staates und der EU

⁷ Verordnung über die Prozentsätze für die Verteilung der Ertragsanteile in den Jahren 2011 bis 2014 (BGBl. II 248/2011)

Literaturverzeichnis

- Fachverband der Mineralölindustrie Österreichs:
Mineralölberichte

<https://www.wko.at/Content.Node/branchen/oe/Mineraloelindustrie/Jahresberichte.html>

Entnahme: 2.12.2014

- Statistik Austria: KFZ-Bestand 2013

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/verkehr/strasse/kraftfahrzeuge_-_bestand/index.html

Entnahme: 1.12.2014

- Statistik Austria: Steuern und Sozialbeiträge in Österreich, Einnahmen des Staates und der EU

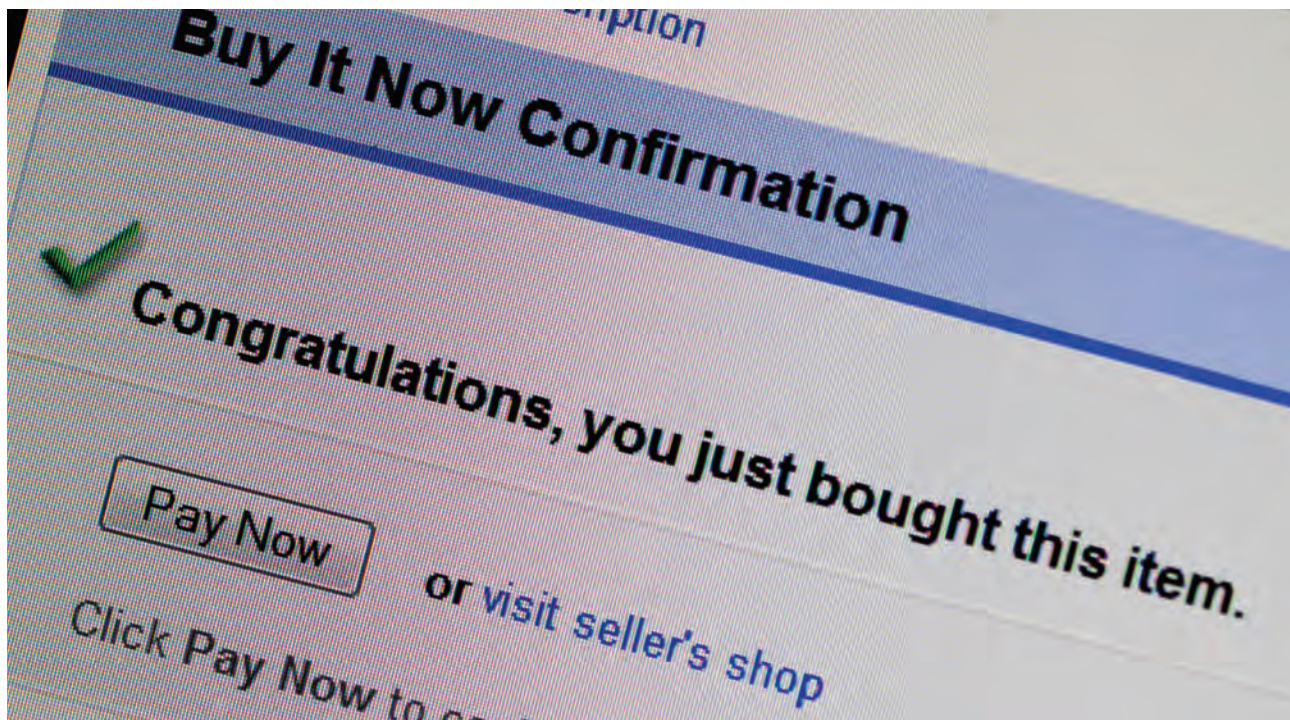
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/steuereinnahmen/index.html

Entnahme: 1.12.2014

- Umweltbundesamt: Klimaschutzbericht 2014

<http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0491.pdf>

Entnahme: 1.12.2014



Onlinehandel

Ein ökonomischer Fluch oder Segen?

Vor der Jahrtausendwende spielte der Handel im Internet eine noch weitgehend untergeordnete Rolle. Während der klassische Einzelhandel aufgrund stetig sinkender Kundenschaft ins Stöhnen gerät, scheint dem Wachstum des Onlinehandels derzeit keine Grenzen gesetzt zu sein.

Rasant steigende Zahlen von Internetnutzern, Breitbandinternet, günstige Datentarife sowie die Einrichtung von professionellen Online-Geschäften tragen zu einer regelrechten Explosion des Onlinehandels bei. Das Geschäft mit dem Verkauf von Waren im Netz hat sich längst zu einem Milliardengeschäft entwickelt, jährlich berichtet die Branche von neuen Umsatzrekorden.

Auch an den internationalen Finanzmärkten rückte der Fokus in den letzten Monaten zusehends auf Internethandelsfirmen. Der chinesische Online-Riese Alibaba hat Mitte September des Jahres die weltweite Finanzpresse mit seinem seit Monaten entgegengefieberten Börsengang in New York in den Bann

gezogen. Mit Einkünften von rund 25 Mrd. US Dollar sorgte das erst 1999 vom ehemaligen Englischlehrer Jack Ma gegründete Unternehmen für den größten Börsengang aller Zeiten. Kurze Zeit später wagte auch der deutsche Online-Versandhändler Zalando in Frankfurt den Sprung auf das Börsenparkett.

Chinas digitale Revolution

Will man den Prognosen von Experten Glauben schenken, liegt das meiste Entwicklungspotential bedingt durch eine aufstrebende, technikbegeisterte Mittelschicht vor allem in Asien, allen voran in China. Im Jahr 2012 kauften die Chinesen Waren im Wert von 190 Mrd. US Dollar über das Internet, im selben Zeitraum wurde der Online-Umsatz nur von den USA übertrumpft (225 Mrd. Dollar).

Aller Voraussicht nach wird China schon heuer die USA als größten Markt im Onlinehandel überholen, bis Ende des Jahres 2015 werden Jahresumsätze von bis zu 451 Mrd. US Dollar prognostiziert.¹ Im Jahr 2020 soll der chinesische Markt sogar größer

¹ <http://www.pwc.de/de/pressemitteilungen/2014/chinesische-verbraucher-sind-vorreiter-beim-online-shopping.jhtml>

sein als jene der USA, Japan, Großbritannien, Frankreich und Deutschland zusammen.²

Die digitale Ökonomie birgt insbesondere für Entwicklungsländer großes Potential. Durch den Aufstieg in die globale Mittelschicht werden vor allem Menschen Asiens und Lateinamerikas von einst billigen Produzenten und Arbeitskräften zu wichtigen Verbrauchern.³ Aber nicht nur Ballungsräume, ebenso ländlich geprägte Gegenden können vom Internetgeschäft enorm profitieren.

Mit Hilfe eines Smart Phones können Bewohner von aufstrebenden Entwicklungsländern auch in den entlegensten Gegenden jene Dinge kaufen, die bisher nur den Bewohnern von Großstädten vorbehalten waren. Einem chinesischen Landbewohner steht somit ein ähnliches Warensortiment zu Verfügung wie jenes der Bevölkerung von Peking oder Shanghai, und das zu vernünftigen Preisen.⁴ Während in Europa aufgrund des Onlinehandels das große Geschäftsterben in den Innenstädten befürchtet wird, hat in China das Internet den ländlichen Gegenden Massenkonsum erst ermöglicht. Das chinesische Unternehmen Alibaba, das mit Taobao und TMall die größten Verkaufsplattformen des Landes betreibt, hat mit der Initiierung von sogenannten Taobao-Dörfern ländlichen Regionen die Möglichkeit gegeben, die regionale Entwicklung des Einzelhandels voranzutreiben. Alibaba unterstützt solche Dörfer mit verkaufsfördernden Onlineschulungen, zudem werden den Betreibern von Online-Shops kostengünstig Lagerflächen zur Verfügung gestellt. Als Gegenleistung müssen 10% der Haushalte solcher Dörfer ein Online Geschäft betreiben und deren Waren über Alibabas Plattform Taobao vertreiben. Meistens sind es regionale, landwirtschaftlich oder industriell hergestellte Produkte, die auf diese Weise über das Internet vertrieben werden.⁵

Der Onlinehandel in Österreich

Auch in Österreich geht die steigende Popularität von Interneteinkäufen nicht spurlos vorüber und sorgt für eine immer tiefgreifendere Veränderungen des klas-



cc Val D'Aquila

Zwei wesentliche Konsequenzen des Internets: Onlinehandel und Katzenbilder.

sischen Einzelhandels. Während die Österreicher im Jahr 2006 „nur“ € 1,5 Mrd. für Online-Einkäufe ausgaben, stiegen die Ausgaben bis zum Jahr 2013 auf € 5,3 Milliarden an.

Die größten Profiteure davon sind allerdings nicht Firmen im Inland, fast die Hälfte der Umsätze fließt in die Kassen von im Ausland angesiedelten Firmen. Der Fokus der heimischen Internethandelsunternehmen liegt im Gegensatz dazu fast ausschließlich auf dem österreichischen Markt, nur 9% der heimischen Firmen in dieser Branche schaffen es ihre Produkte auch im Ausland anzubieten.

Generell schreitet der Einstieg österreichischer Firmen ins Internetgeschäft eher zaghaft voran. Gründe dafür liegen vor allem in der kleinteiligen Struktur der österreichischen Einzelhandelsunternehmen. 90% der Einzelhandelsunternehmen in Österreich gelten mit weniger als 10 Mitarbeitern als Kleinunternehmen.

Da der Einstieg in den Onlinehandel tendenziell personalintensiv und mit erheblichen Kosten verbunden ist, sind Österreichs Vertreter dieser Branche noch eher zurückhaltend, was ihre Präsenz im Internet betrifft.⁶ Unter den 10 umsatzstärksten Onlinefirmen in Österreich befinden sich im Jahr 2013 mit DiTech und E-Tec 2 große heimische Elektroeinzelhändler.

² <http://www.kpmg.com/CN/en/IssuesAndInsights/ArticlesPublications/Newsletters/China-360/Documents/China-360-Issue15-201401-E-commerce-in-China.pdf>

³ http://wirtschaftsblatt.at/home/meinung/gastkommentare/ivy_league/3812184/Die-digitale-Verdraengung-der-Arbeitskraft

⁴ <http://www.theguardian.com/technology/2014/aug/25/china-taobao-ecommerce-alibaba-rural-china>

⁵ <http://blog.zeit.de/china/2014/05/27/china-ist-weltmeister-im-online-shoppen/>

⁶ <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/3817299/Onlinehandel-waechst-Ausland-profitiert>



Der Sportartikelhändler Hervis sowie der steirische Vertreter von Snowboard- und Surfartikel Blue Tomato zählen ebenfalls zu den umsatzstärksten heimischen Unternehmen im österreichischen Onlinehandel. Generell wird der heimische Markt recht eindeutig von Amazon dominiert, daneben zählen deutsche Unternehmen wie Otto und Neckermann zu den erfolgreichsten Versandhändlern.⁷

Am meisten gaben die Österreicher im vergangenen Jahr für Bekleidung (€ 460 Mio.) und Elektroartikel aus (€ 370 Mio.), gefolgt von Büchern, Lebensmitteln, Heimwerkerartikel und Möbel (je € 220 Mio.). Die dynamische Entwicklung des Onlinehandels in Österreich spiegelt sich auch am prozentuellen Anteil der Branche am gesamten Einzelhandel wider. Während der Onlinehandel 2006 nur 1,3% des gesamten Einzelhandels ausmachte, stieg der prozentuelle Anteil bis 2013 auf immerhin 4,5%. Für die kommenden Jahre wird der heimische Internet-Einzelhandel von einer weiterhin dynamischen Entwicklung geprägt sein. Besonderes Entwicklungspotential wird vor allem im Bereich der Lebensmittelbranche erwartet, wo im Jahr 2013 nur rund 1% der Online-Umsätze erzielt wurden.⁸

Der Onlinehandel bringt aber nicht nur den Einzelhandel immer mehr unter Druck, anderen Branchen

macht die digitale Konkurrenz ebenfalls verstärkt zu schaffen. Das Start-up-Unternehmen Uber, Betreiber einer Vermittlungsplattform für Taxis, sorgt in auch in Österreich für Diskussionsstoff.

Das Unternehmen steht in direkter Konkurrenz mit Taxiunternehmen, da Fahrten auch unter Privatleuten vermittelt werden. Die Dienste des Unternehmens sind in der Zwischenzeit weltweit in 178 Städten und 44 Ländern verfügbar. In vielen europäischen Städten stiegen Taxifahrer bereits auf die Barrikaden.⁹ Die Sorgen der Taxifahrer sind durchaus berechtigt. In San Francisco, der Gründungsstadt von Uber, sank der Taxibedarf in den letzten 2 Jahren um 65%.¹⁰

Kauf per Mausklick – der ökologische Wahnsinn?

Die Vorteile des Einkaufens per Internet liegen auf der Hand: ungebunden an irgendwelche Öffnungszeiten können die benötigten Waren per Mausklick bequem von zu Hause aus bestellt werden.

Die Lieferung erfolgt wenn gewünscht sogar noch am selben Tag bis vor die Haustüre, und ist man mit dem Produkt nicht zufrieden, besteht die Möglichkeit des kostenlosen Rückversandes. Vor allem letzteres verleitet oft zu geradezu exzessiven Bestellungen. Für die Händler ist dieses Kaufverhalten natürlich alles andere als erfreulich. Bei Bekleidungskäufen ist es mittlerweile üblich, dass fast jedes zweite Paket vom Kunden zurückgeschickt wird.

Auch Zalando lockt seine Kunden mit der Möglichkeit des kostenlosen Rückversands. Laut Firmenangaben verzeichnet das Unternehmen eine Rücksendequote von ca. 50%. Das 2008 gegründete Unternehmen konnte unter anderem wohl auch deshalb erst im 2. Quartal 2014 erstmals einen quartalsweise operativen Gewinn verbuchen.¹¹

Mit Inkrafttreten einer neuen EU-Richtlinie am 13. Juni 2014 könnten die Versandkosten allerdings in Zukunft auf den Kunden abgewälzt werden. Die Richtlinie garantiert in allen 28 EU-Staaten ein 14-tägiges Widerrufsrecht, bisher war nur eine 7-tägige Frist vorgesehen. Innerhalb dieser 14 Tage kann der Kunde nun die bestellte Ware ohne Angabe von Gründen an den Händler zurückschicken. Theoretisch stünde es den Onlinehändlern nun zu auch das Porto für die Rücksendung auf den Kunden abzuwälzen. Zahlreiche Onlinehändler, darunter Amazon und Zalando, haben aber bereits angekündigt, von dieser

⁷ <http://www.tt.com/wirtschaft/markt/9279259-91/online-geschäft-läuft-für-austro-firmen-schleppend.csp>

⁸ https://www.wko.at/Content.Node/branchen/oe/Download_Internet-Einzelhandel_2014.pdf

⁹ <http://derstandard.at/2000004839073/Uber-baut-Limousinen-Service-massiv-aus>

¹⁰ <http://www.bruegel.org/nc/blog/detail/article/1445-the-economics-of-uber/>

¹¹ <http://derstandard.at/2000003247401/Onlinehaendler-Zalando-schreibt-erstmal-schwarze-Zahlen>

neuen EU-Richtlinie nicht Gebrauch zu machen und für die Rücksendekosten vorerst noch selbst aufzukommen.¹²

Die nach wie vor hohen Rücksendequoten im Onlineversandgeschäft führen aber nicht nur zu enormen Kosten für die Unternehmen sondern auch zu einer überaus schlechten Umweltbilanz. Der deutsche Zustelldienst DHL rechnete vor: Der Versand eines Paketes über deren Zustellsystem verursacht einen CO₂-Ausstoß von 500 Gramm. Bei 800.000 Paketen, die in Deutschland Tag für Tag von Kunden wieder zurückgeschickt werden, entspricht das einem CO₂ Ausstoß von 400 Tonnen. Die gleiche Menge verursachen 255 Autofahrten von Frankfurt nach Peking.¹³

Experten kritisieren auch die mangelnde Koordinierung der Paketzusteller. Expresszustellungen am selben Tag sind in der Branche im Kampf um Marktanteile mittlerweile gang und gäbe. Anstelle einer Reduktion des Verkehrsaufkommens bedingt durch wegfallende Einkaufswege führt der Onlinehandel unter derzeitigen Bedingungen sogar zu einer Verkehrszunahme. Dies liegt unter anderem an der mangelnden Optimierung der Lieferwege, vor allem bei Express-Zustellungen.¹⁴

Der Onlinehandel und seine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Die Schlagzeilen insolventer Einzelhandelsunternehmen haben in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Im Jänner 2012 sorgte das Aus von Schlecker für eine der spektakulärsten Pleiten der deutschen Handelsgeschichte. In Österreich gingen in den Jahren 2010 und 2013 mit Cosmos und Niedermeyer gleich zwei große Elektro Einzelhändler in Konkurs. Im April 2014 musste schlussendlich der Computerhändler Ditech seinem ungezügelt Expansionswahn Tribut zollen und meldete nach 15-jährigem Bestehen Konkurs an. 22 Standorte und rund 250 Mitarbeiter sind betroffen.¹⁵ Die Marke Ditech bleibt durch die Übernahme des



cc Tatsuo Yamashita

Computerhändlers E-Tec vorerst jedoch weiterhin bestehen.¹⁶

Neben dem Elektrohandel geriet in den letzten Jahren aber auch die Baumarktbranche immer mehr ins Straucheln. Nachdem die deutsche Baumarktkette Obi bereits 2012 eine erste Kündigungswelle in Österreich gestartet hatte, verkündete das Unternehmen im April 2014 die Streichung weiterer 73 Arbeitsplätze in der Wiener Zentrale.¹⁷ Um die Konkurrenten Hornbach und Baumax ist es finanziell ähnlich bestimmt. Bei der Suche nach möglichen Gründen spielt das Geschäft im Internet eine nicht unwesentliche Rolle. Tatsache ist, dass viele Baumarktketten den Trend zum Onlineverkauf falsch eingeschätzt beziehungsweise verschlafen haben. Im Jahr 2012 war es beispielsweise Amazon, das für die Verkäufe der meisten Bohrmaschinen in Österreich sorgte.¹⁸

¹² <http://derstandard.at/2000001593928/Onlinehandel-Die-einfache-Ruecksendung-reicht-bald-nicht-mehr-aus>

¹³ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-dienstleister/e-commerce-boom-online-shopping-ein-umwelt-wahnsinn/8186932-4.html>

¹⁴ <http://austria24.tv/ressorts/wirtschaft/vcoe-Onlinehandel-boom/>

¹⁵ <http://derstandard.at/1395364141627/DiTech-Sanierung-gescheitert>

¹⁶ <http://derstandard.at/2000004865918/DiTech-Neu-Erste-Filialen-oeffnen-naechste-Woche>

¹⁷ <http://wien.orf.at/news/stories/2643866/>

¹⁸ <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1326714/Baumarkte-Obi-und-Hornbach-straucheln-Baumax-hofft>

Angesichts solcher Entwicklungen wird die Popularität des Onlinehandels verstärkt kritisch betrachtet. Kritiker sehen durch die Konkurrenz des Internets die Existenz des stationären Einzelhandels und damit tausender Arbeitsplätze gefährdet. Trotz ständig wachsender Popularität des Einkaufens per Mausclick trifft diese These in Österreich allerdings nicht zu. Insgesamt hat sich in Österreich im Jahr 2013 der Personalstock im Einzelhandel (inklusive nicht-stationärer Handel) auf circa 325.000 erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Plus von 1.7%. Die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten im Einzelhandel ist im ersten Halbjahr 2014 prozentuell sogar stärker angestiegen als in der Gesamtwirtschaft (+1%). Tirol verzeichnete im selben Zeitraum ebenfalls ein Beschäftigungsplus von 2.2%. Es ist jedoch anzumerken, dass der Großteil der im österreichischen Einzelhandel angestellten Mitarbeiter nicht Vollzeit arbeitet – 46% arbeiten Teilzeit, 12% sind gar nur geringfügig beschäftigt.¹⁹

Die Zahl der im Versand- und Interneteinzelhandel tätigen Personen verzeichnet sowohl für Gesamt-Österreich als auch für Tirol einen stetigen Anstieg. In Tirol waren im Jahr 2013 insgesamt 190 Personen (73 Männer und 117 Frauen) im Versand- und Interneteinzelhandel beschäftigt. Im August 2014 waren es bereits 234 (89 Männer und 145 Frauen). Derselbe Trend lässt sich auch auf Österreich umwälzen. Seit 2008 (1.385 Angestellte) wuchs in dieser Branche die Zahl der unselbstständig Beschäftigten bis August 2014 auf 2.929.²⁰

Obwohl der Onlinehandel seinen oft unterstellten Ruf der Arbeitsplatzvernichtung im Einzelhandel wohl nicht so leicht abschütteln kann, bringt die Branche zweifelsohne auch arbeitsmarktstimulierende Effekte mit sich. Die Ausdehnung der Internetpräsenz von Handelsfirmen bietet oft ausgezeichnete Arbeitschancen für gut ausgebildete Programmierer oder IT-Spezialisten. Die Logistikbranche und Zustellfirmen profitieren enorm vom Boom des Onlinehandels. Diese Entwicklung könnte allerdings zum Nachteil eher gering qualifizierter Handelsangestellte sein, die wohl immer mehr um ihre Arbeitsplätze fürchten. Insofern wird der Onlinehandel womöglich zu einer verstärkten Verschiebung von Arbeitsplätzen führen – sowohl mit Gewinnern als auch Verlierern.

Der wirtschaftliche Erfolg hat aber oft auch seinen Preis. Immer wieder geraten große Onlinefirmen wie Amazon und Zalando aufgrund rechtswidriger Arbeitsbedingungen und der fragwürdigen Unterbringung von ausländischen Leiharbeitern ins Kreuzfeuer der Kritik. Auch mit Vorwürfen von Lohndumping werden große Onlinefirmen zusehends konfrontiert. Seit Jahren liegen Gewerkschaften mit Amazon im Clinch, da das Unternehmen eine Bezahlung nach den Tarifen des Einzel- und Versandhandels strikt ablehnt. Von Seiten Amazons heißt es, das Unternehmen sei ein Logistikunternehmen und versucht damit, die vorherrschende niedrigere Bezahlung gemäß dieser Branche zu rechtfertigen. Ein Einlenken des Konzerns konnten vorerst auch zahlreiche Streiks in deutschen Verteilerzentren nicht bewirken.

Fazit

Während sich der Verbraucher an den Vorteilen der neuen Einkaufsmöglichkeiten erfreut, bietet der Onlinehandel aus unternehmerischer Sicht auch Chancen zur Etablierung eines neuen und nachhaltigen Geschäftsmodelles. Obwohl dieser Trend in Zeiten der digitalisierten Gesellschaft immer mehr an Bedeutung gewinnt, bleiben die Kehrseiten der neuen Einkaufswelt jedoch meistens im Verborgenen. Fragen der Einhaltung sozialer Standards in den logistischen Verteilerzentren sowie einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Gesamtwertschöpfung bleiben dem Endverbraucher eher unbeantwortet. Ausschlaggebend für die zukünftige Entwicklung des Onlinehandels ist letzten Endes aber ohnehin der Konsument mit seinen Kaufentscheidungen.

¹⁹ https://www.wko.at/Content.Node/iv/presse/wkoe_presse/presseaussendungen/Konjunktur_im_Einzelhandel_HJI_2014_WK.PDF

²⁰ BALIweb Abfrage für die entsprechenden Zeiträume für Tirol und Österreich

IN ZAHLEN

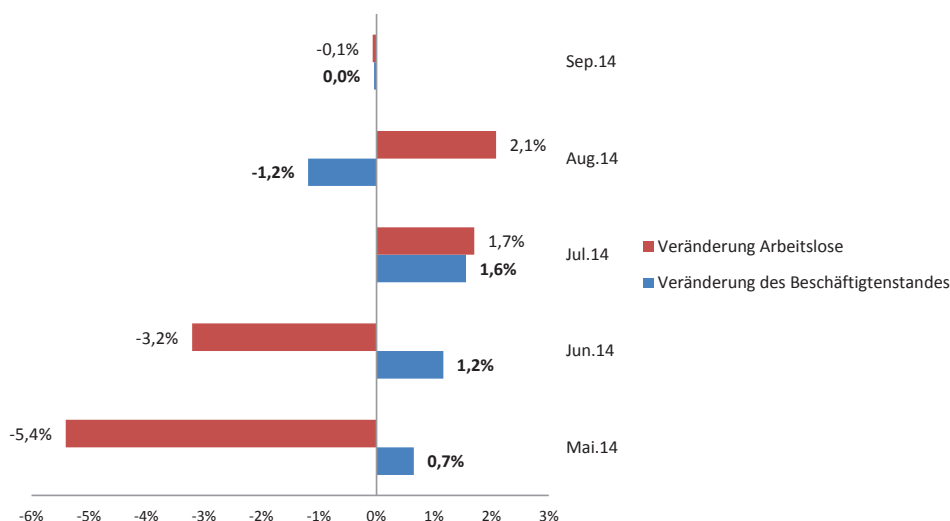
Das dritte Quartal 2014

Der Arbeitsmarkt in Österreich: Quartal II & III 14

Monat	Beschäftigte			gemeldete Arbeitslose			Arbeitslosenrate		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Apr. 14	3.476.480	1.620.293	1.856.187	307.517	136.950	170.567	8,1%	7,8%	8,4%
Mai. 14	3.499.099	1.629.026	1.870.073	290.892	130.495	160.397	7,7%	7,4%	7,9%
Jun. 14	3.539.795	1.645.066	1.894.729	281.566	127.946	153.620	7,4%	7,2%	7,5%
Jul. 14	3.594.981	1.672.845	1.922.136	286.363	132.108	154.255	7,4%	7,3%	7,4%
Aug. 14	3.552.264	1.651.564	1.900.700	292.321	136.406	155.915	7,6%	7,6%	7,6%
Sep. 14	3.550.791	1.647.501	1.903.290	292.135	133.614	158.521	7,5%	7,7%	7,6%
Veränderung gegenüber Vormonat									
Mai. 14	0,7%	0,5%	0,7%	-5,4%	-4,7%	-6,0%	-0,4	-0,4	-0,5
Jun. 14	1,2%	1,0%	1,3%	-3,2%	-2,0%	-4,2%	-0,3	-0,2	-0,4
Jul. 14	1,6%	1,7%	1,4%	1,7%	3,3%	0,4%	0,0	0,1	-0,1
Aug. 14	-1,2%	-1,3%	-1,1%	2,1%	3,3%	1,1%	0,2	0,3	0,2
Sep. 14	0,0%	-0,2%	0,1%	-0,1%	-2,0%	1,7%	-0,1	0,1	0,0

Q: AMS - Monatswerte, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit - Veränderungsraten
ÖSTERREICH



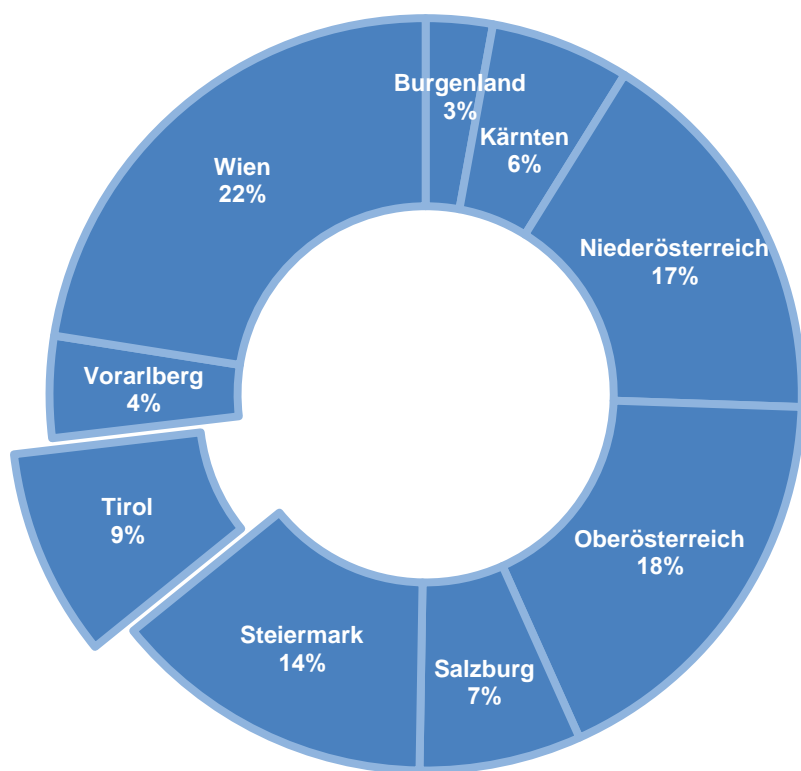
Die Beschäftigung in Österreich nahm monatsweise um jeweils mehr als ein Prozent zu. Das Ende der Sommersaison im August sah einen Rückgang der Beschäftigung um 1,2% und eine Stagnation im September 2014.

Der höchste Beschäftigungsstand wurde im Juli 2014 mit beinahe 3,6 Millionen Beschäftigten in Österreich erreicht.

Umgekehrt verhielt es sich mit der Zahl der Arbeitslosen. Im Mai 2014 fiel die Zahl der Arbeitsuchenden unter die Marke von 300.000 Personen und erreichte im Juni mit knapp 282.000 Personen ihren Tiefstand. Im September 2014 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf über 292.000 Personen an. Die höchste Arbeitslosenrate wurde im April 2014 mit 8,1% erreicht.

Unselbständige Beschäftigte in Österreich

Beschäftigung im Durchschnitt des ersten Halbjahres				
	Q III 2014	Q III 2013	Veränderung %	absolut
Burgenland	102.376	101.390	1,0%	986
Kärnten	213.635	215.058	-0,7%	-1.423
Niederösterreich	594.638	592.129	0,4%	2.509
Oberösterreich	633.296	631.941	0,2%	1.355
Salzburg	248.354	247.918	0,2%	436
Steiermark	496.290	493.813	0,5%	2.477
Tirol	319.478	316.824	0,8%	2.654
Vorarlberg	155.483	153.226	1,5%	2.257
Wien	802.462	800.241	0,3%	2.221
ÖSTERREICH	3.566.012	3.552.538	0,4%	13.474



Anteile der Bundesländer an allen unselbständigen Beschäftigten im dritten Quartal 2014

Im dritten Quartal 2014 nahm die Beschäftigung in Österreich um 0,4% gegenüber dem Vorjahresquartal zu. Das bedeutete ein Plus von fast 13.500 Personen. In allen Bundesländern bis auf Kärnten nahm die Zahl der beschäftigten Personen zu.

Das stärkste Beschäftigungswachstum sah Vorarlberg mit einer Zunahme von 1,5% bzw. von 2.257 Personen gegenüber dem Vorjahr.

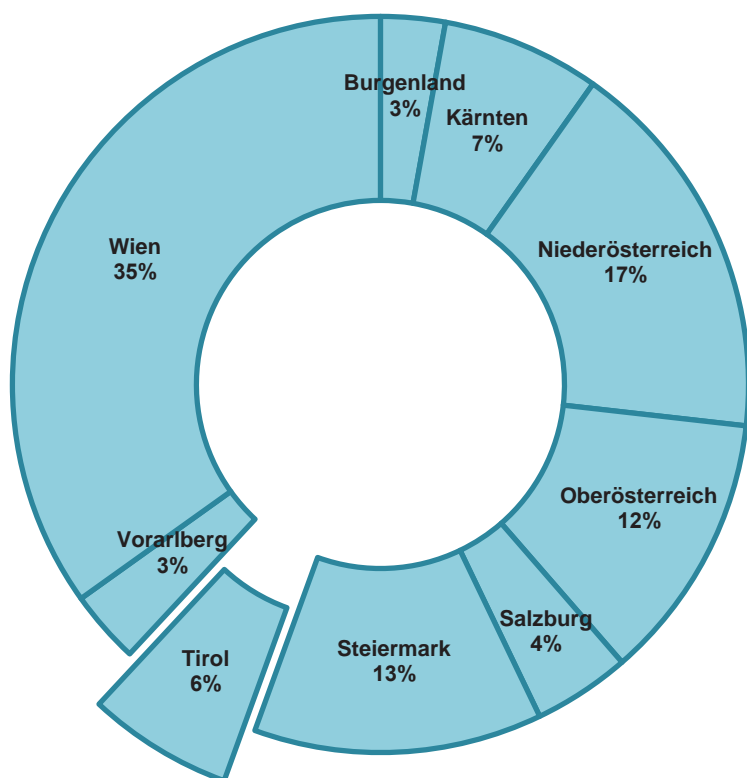
Tirol wies mit Zunahme von 0,8% ein leicht überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum auf. Im Vergleich zum Vorjahr kamen in Tirol 2.654 zusätzliche beschäftigte Personen hinzu.

Insgesamt waren in Tirol rund 9% aller Beschäftigten in Österreich zu finden. Mit 22% wies Wien den größten Anteil auf.

Arbeitslosigkeit in den Bundesländern

durchschnittliche Arbeitslosigkeit				
	Q III 2014	Q III 2013	ggü. VJ	absolut
Burgenland	8.222	7.651	7,5%	571
Kärnten	20.219	18.772	7,7%	1.448
Niederösterreich	49.335	44.833	10,0%	4.502
Oberösterreich	34.287	30.334	13,0%	3.953
Salzburg	12.401	11.122	11,5%	1.279
Steiermark	36.759	33.695	9,1%	3.064
Tirol	18.542	16.832	10,2%	1.710
Vorarlberg	9.270	8.797	5,4%	473
Wien	101.238	88.095	14,9%	13.143
ÖSTERREICH	290.273	260.130	11,6%	30.143

Q: AMS - Monatsdaten; Eigenberechnung der AK



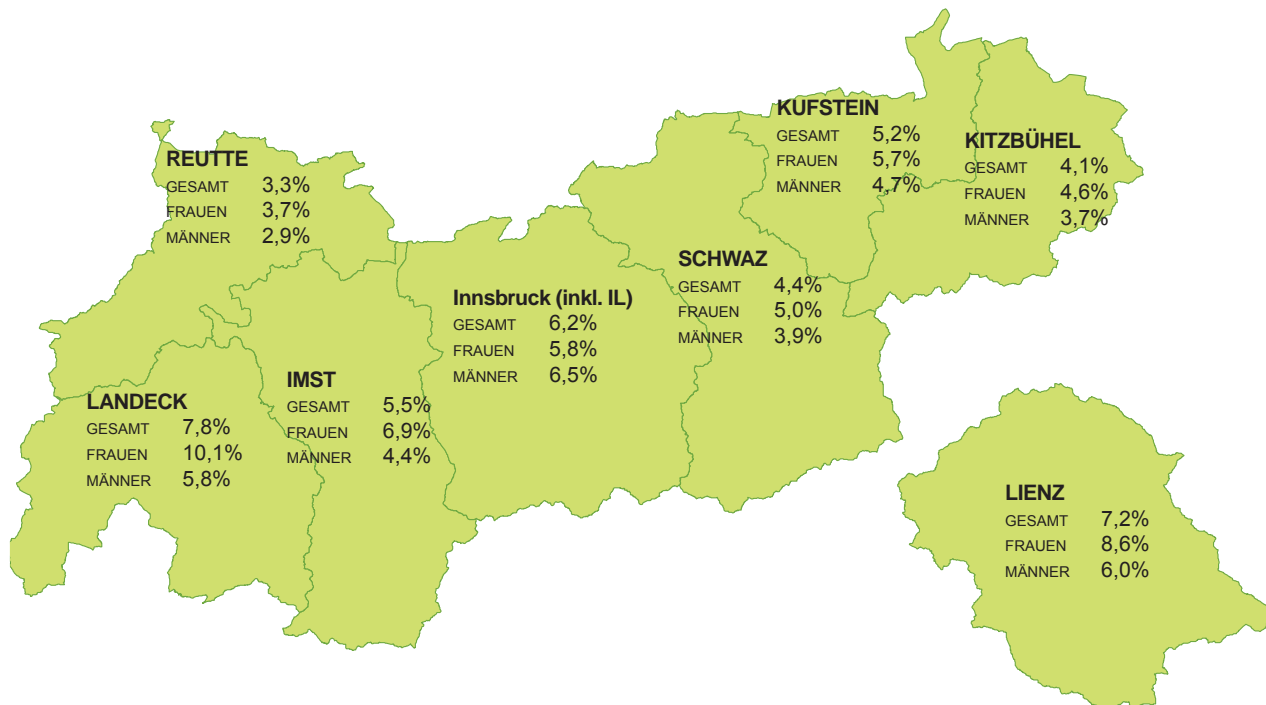
Anteile der Bundesländer an allen Arbeit suchenden Personen im dritten Quartal 2014

Die Arbeitslosigkeit in Österreich ist weiter im Steigen begriffen. Im Vergleich zum Vorjahr kamen in Österreich mehr als 30.000 zusätzliche arbeitslosen Personen hinzu - das bedeutete eine Steigerung von 11,6%!

Am stärksten nahm die Arbeitslosigkeit in Oberösterreich und Wien mit 13,0% bzw. mit 14,9% zu. Diese beiden Bundesländer machten zusammen mehr als

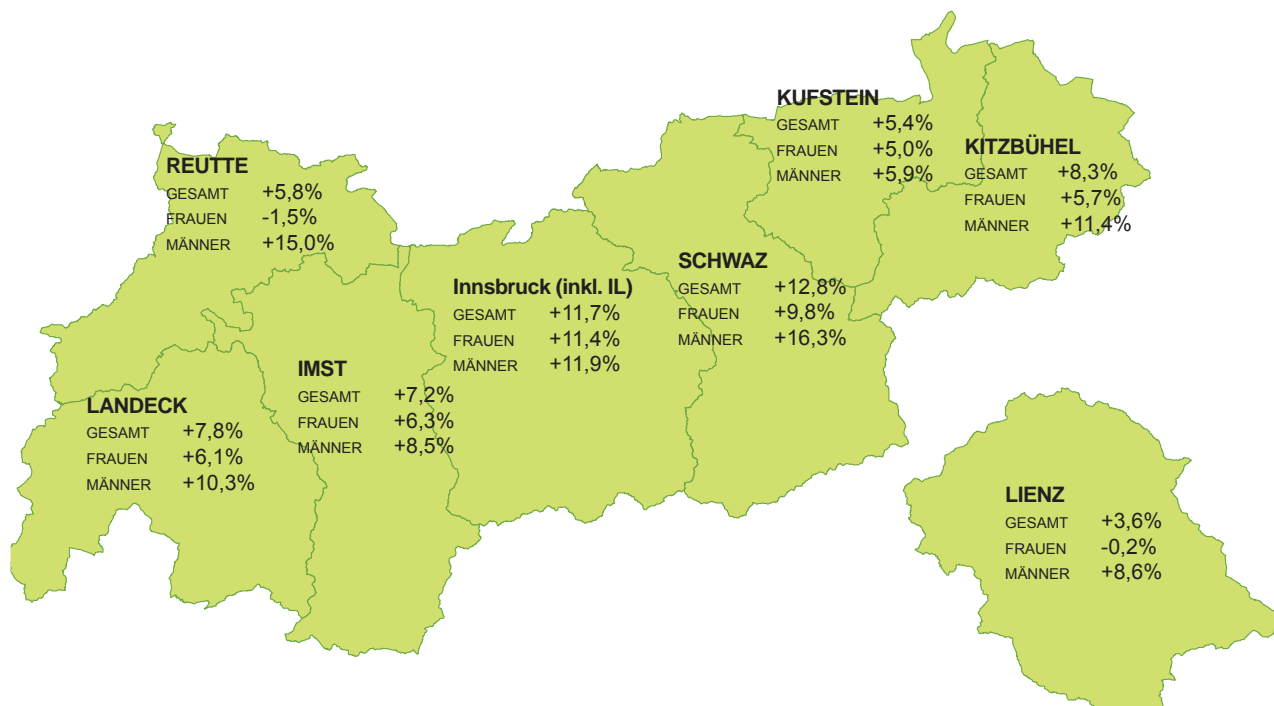
die Hälfte der gesamten Steigerung der Arbeitslosigkeit in Österreich aus. In Tirol stieg die Arbeitslosigkeit etwas weniger stark als im österreichischen Durchschnitt an. Eine Zunahme von 1.710 arbeitslosen Tirolerinnen und Tirolern bedeutete eine Zunahme von 10,2% gegenüber dem Vorjahr.

Arbeitslosenraten Quartal III 2014



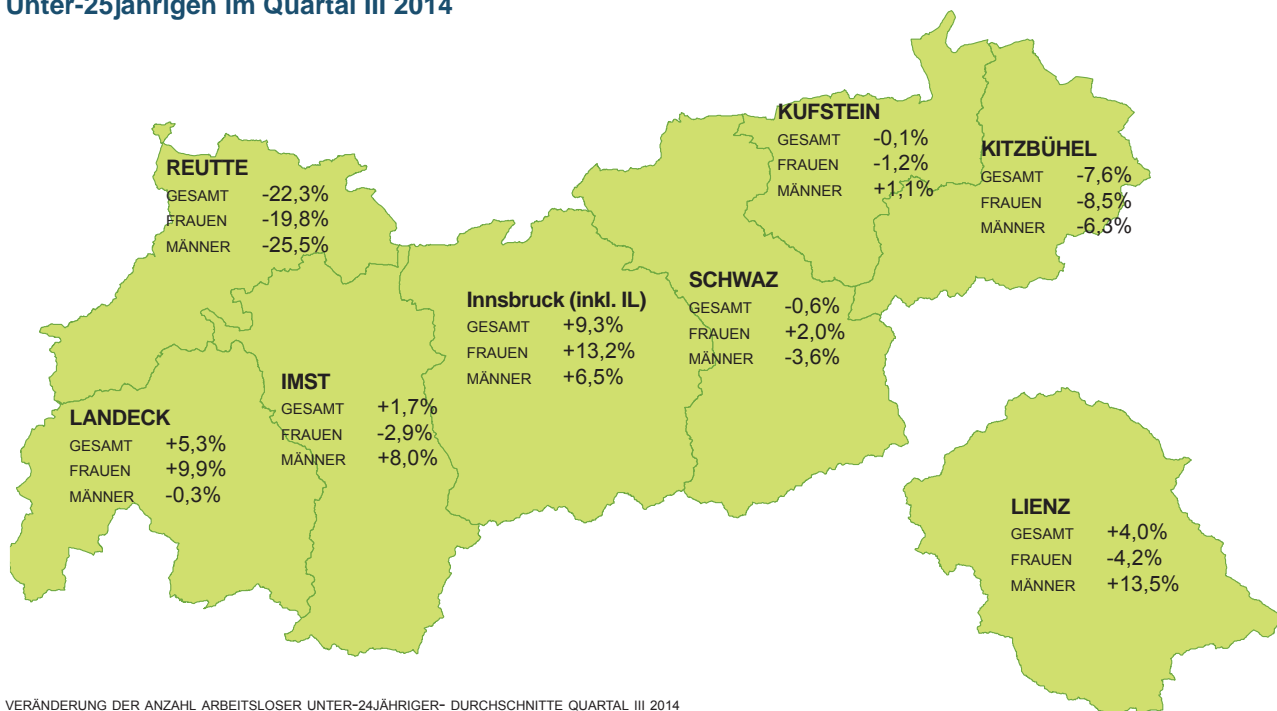
ARBEITSLOSENRATEN DER TIROLER BEZIRKE - DURCHSCHNITTE QUARTAL III 2014
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der Arbeitslose Quartal III 2014



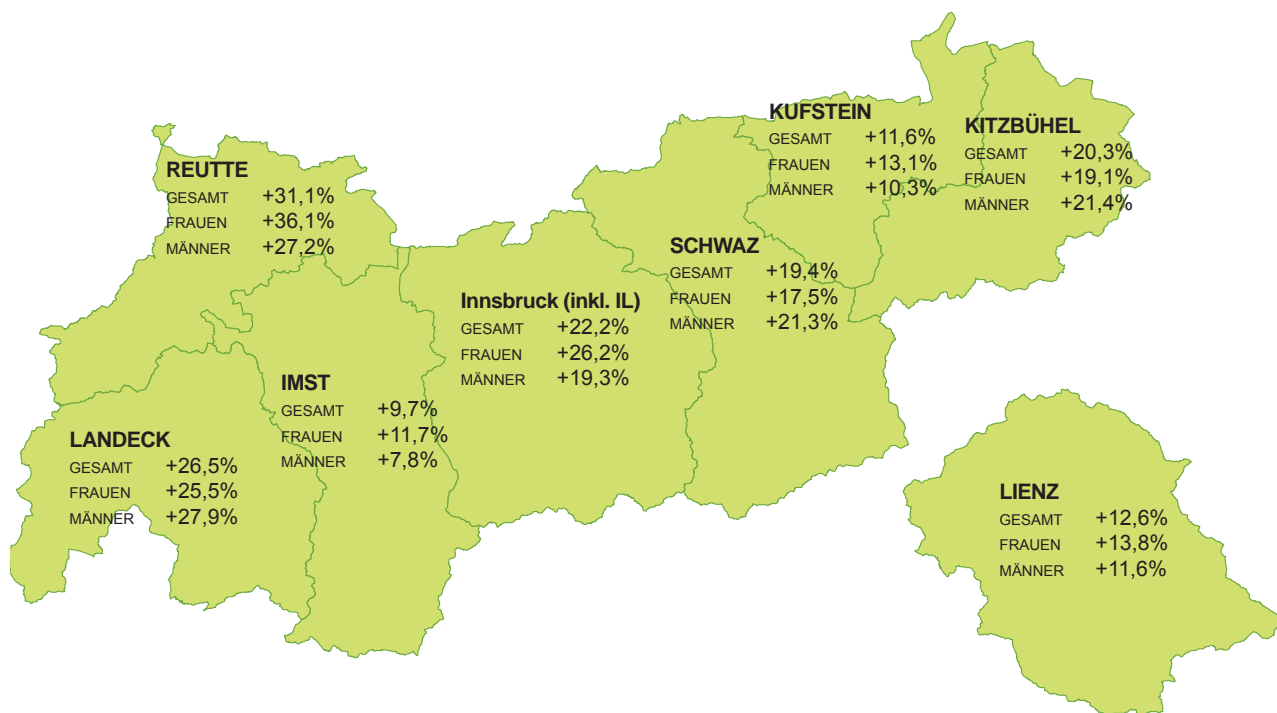
VERÄNDERUNG DER ANZAHL DER ARBEITSLOSEN GEGENÜBER DEM VORJAHR:
QUARTAL III 2014
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der arbeitslosen Unter-25jährigen im Quartal III 2014



VERÄNDERUNG DER ANZAHL ARBEITSLOSER UNTER-24JÄHRIGER- DURCHSCHNITTE QUARTAL III 2014
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der arbeitslosen Über-50jährigen im Quartal III 2014

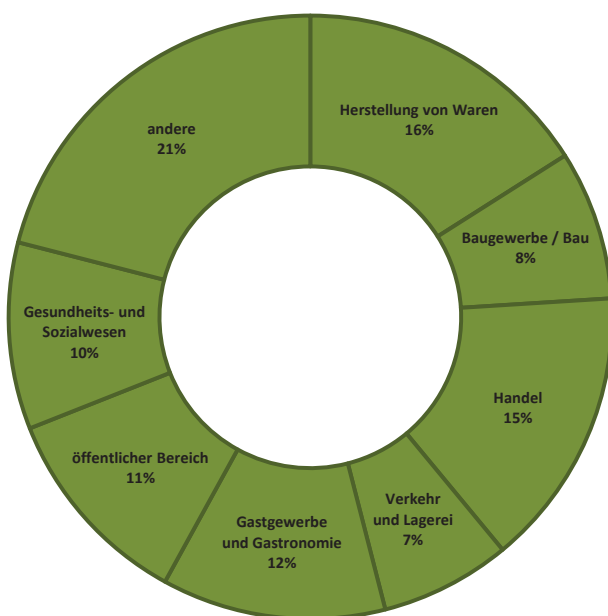


VERÄNDERUNG DER ANZAHL DER ARBEITSLOSEN ÜBER-50JÄHRIGEN - DURCHSCHNITTE QUARTAL III 2014
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

Beschäftigte pro Wirtschaftsabschnitt in Tirol

	Q III 14	Veränderung ggü. VJ	absolut
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.512	5,0%	72
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	467	0,8%	4
Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren	50.324	1,0%	489
Energieversorgung	2.909	3,1%	87
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	1.231	3,4%	41
Baugewerbe / Bau	26.911	-1,0%	-266
Handel	47.035	-0,7%	-308
Verkehr und Lagerei	21.902	2,0%	428
Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie	36.711	1,5%	549
Information und Kommunikation	3.634	1,1%	41
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	8.725	-2,5%	-224
Grundstücks- und Wohnungswesen	2.304	-3,8%	-91
freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	10.792	0,1%	16
sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	11.869	3,3%	379
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	35.779	1,0%	355
Erziehung und Unterricht	7.769	1,2%	95
Gesundheits- und Sozialwesen	31.382	2,4%	747
Kunst, Unterhaltung und Erholung	3.069	4,3%	126
sonstigen Dienstleistungen	6.472	4,1%	254
Private Haushalte	279	-2,7%	-8
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	-	-	0
Wirtschaftsklasse unbekannt	14	53,6%	5
PräsenzdienereInnen	533	-7,7%	-44
KBG- bzw. KRG- BezieherInnen	7.853	-1,1%	-90
Insgesamt	319.478	0,8%	2.655

Q: HV der Sozialversicherungen



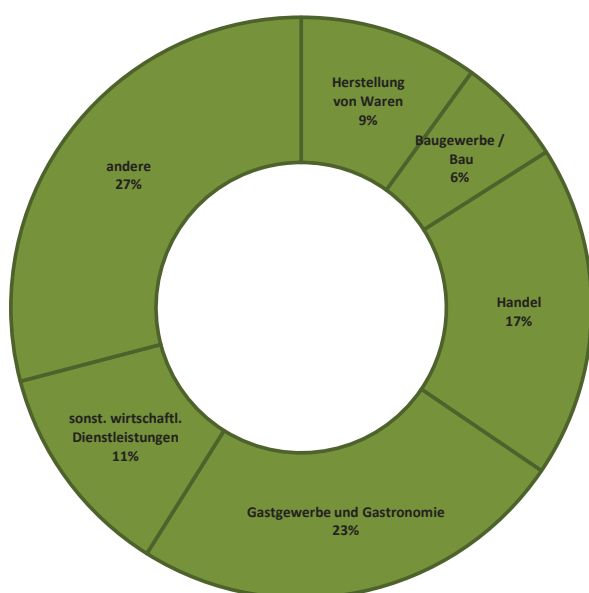
Branchen mit mehr als 5% Anteil an den Beschäftigten in Tirol (Halbjahresdurchschnitt).

* öffentlicher Bereich = öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen

Arbeitslose pro Wirtschaftsabschnitt in Tirol

	Q I 2014	Veränderung ggü. VJ	absolut
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	84	7,2%	6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	6	-52,5%	-7
Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren	1.718	6,6%	106
Energieversorgung	36	44,6%	11
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	62	8,8%	5
Baugewerbe / Bau	1.037	6,0%	58
Handel	3.183	12,7%	359
Verkehr und Lagerei	1.306	7,8%	95
Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie	4.205	7,7%	299
Information und Kommunikation	168	7,2%	11
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	200	5,3%	10
Grundstücks- und Wohnungswesen	120	28,0%	26
freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	527	9,7%	47
sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2.065	12,6%	231
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	731	15,6%	98
Erziehung und Unterricht	454	15,3%	60
Gesundheits- und Sozialwesen	1.348	8,1%	101
Kunst, Unterhaltung und Erholung	278	-3,5%	-10
sonstigen Dienstleistungen	386	10,5%	37
Private Haushalte	14	-20,4%	-4
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	-	-	0
sonstiges	615	3,4%	20
Insgesamt	18.542	9,2%	1.560

Q: AMS



Branchen mit mehr als 5% Anteil an den Arbeitslosen in Tirol (Halbjahresdurchschnitt).

CREDITS BILDER

Waiter - Hans van den Berg

<https://flic.kr/p/7CGATs>

CC BY 2.0

Row of unemployed – Nationaal Archief

<https://flic.kr/p/5XgRxR>

keine bekannte Urheberrechtseinschränkung

Cool as a cow – Aftab Uzzaman

<https://flic.kr/p/5XxKEa>

CC BY-NC 2.0

Bilfiger – Gas Liquefaction Hammerfest

<https://flic.kr/p/beKdw2>

CC BY-ND 2.0

Democracy – Len Matthews

<https://flic.kr/p/ecrbwR>

CC BY-NC-SA 2.0

Economic Growth – Simon Cunningham

<https://flic.kr/p/cov8b>

CC BY 2.0

EU Flag – Giampaolo Squarcina

<https://flic.kr/p/4brx6f>

CC BY-NC-ND 2.0

Newberg City Flag – Stuart Seeger

<https://flic.kr/p/fruwf>

CC BY 2.0

Müllauto - sbck

<https://flic.kr/p/lZ5QXP>

CC BY 2.0

Winterdienst Graz – holding graz

<https://flic.kr/p/dLsQ8E>

CC BY 2.0

Jochen – Fwnetz

<https://flic.kr/p/wCHF>

CC BY-NC-SA 2.0

Single mominess – Leon Fishman

<https://flic.kr/p/bDdlTj>

CC BY 2.0

Basingstoke Office Staff Desk „No computer“ – Cross Duck

<https://flic.kr/p/5XxKVN>

CC BY-NC-ND 2.0

Grapevine – Tommy Wooh

<https://flic.kr/p/9b66V2>

CC BY-NC-ND 2.0

Blue Gas – Alexander Babi

<https://flic.kr/p/pN2d9L>

CC BY-NC-SA 2.0

(untitled) – Michael Semensohn

<https://flic.kr/p/dUePqN>

CC BY-NC-ND 2.0

Gas station at night – Jim Crossley

<https://flic.kr/p/cAeUyU>

CC BY-NC-SA 2.0

17 – December 2010 – Lying Scumbags – reway 2007

<https://flic.kr/p/92zqTR>

CC BY-NC-SA 2.0

Bar Codes – Andrew Gustar

<https://flic.kr/p/pHTTj1>

CC BY-ND 2.0

□□□□□□□ – Tatsuo Yamashita

<https://flic.kr/p/6ZWjzy>

CC BY 2.0

Orville's nest (Project 365: 279/365) – Val D'Aquilla

<https://flic.kr/p/buvjGg>

CC BY-NC-SA 2.0

Jack Ma Yun - Annual Meeting of the New Champions Tianjin 2008 – World Economic Forum

<https://flic.kr/p/5pPcbN>

CC BY-NC-SA 2.0

The Fed's New Year's resolution - Day Donaldson

<https://flic.kr/p/qCv2wn>

CC BY 2.0

Waitress style 60 – No Crop Photo

<https://flic.kr/p/ny8Hq3>

CC BY-NC-SA 2.0

Alexis Tsipras – matthew_tsimitak

<https://flic.kr/p/ekoA3E>

CC BY-SA 2.0

Smoke Stacks from Sugar Factory in Belle Glade Florida – Kim Seng

<https://flic.kr/p/bdfKDe>

CC BY-NC-ND 2.0

Jean Claude Juncker presents the new Commission tot he Parliament – European Parliament

<https://flic.kr/p/pu2ao5>

CC BY-NC-ND 2.0

Wind Park in the Haze – m.prinke

<https://flic.kr/p/PhWo2>

CC BY-SA 2.0

20 Euros – Mando Gomez

<https://flic.kr/p/RCCQ5>

CC BY-NC-ND 2.0

50 Euros tienen la culpa – Ángel Apellido

<https://flic.kr/p/7AtboH>

CC BY-NC-SA 2.0

Bad Day at the Office – Tobi Gaulke

<https://flic.kr/p/dtRsRW>

CC BY-NC-ND 2.0

Wir sind für Sie da



Impressum:
Medieninhaber und Verleger:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck
Verfasser: Abteilung Wirtschaftspolitik, AK Tirol

Arbeiterkammer Tirol
Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck
www.ak-tirol.com
ak@tirol.com

AK Tirol in den Bezirken:

Imst, Rathausstraße 1, 6460 Imst
Kitzbühel, Rennfeld 13, 6370 Kitzbühel
Kufstein, Arkadenplatz 2, 6330 Kufstein
Landeck, Malsersstraße 11, 6500 Landeck
Lienz, Beda-Weber-Gasse 22, 9900 Lienz
Reutte, Mühler Straße 22, 6600 Reutte
Schwaz, Münchner Straße 20, 6130 Schwaz
Telfs, Moritzenstraße 1, 6410 Telfs

kostenlose AK-Servicenummer:
Tel.: 0800/ 22 55 22